



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe



Bevölkerungsschutz

Resilienz

1 | 2024



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe



Liebe Leserinnen und Leser,

der völkerrechtswidrige Krieg in der Ukraine dauert nun schon über zwei Jahre und ist – absolut kriegstypisch – mit einem ungeheuren Stress für die gesamte dortige Gesellschaft, die Menschen, die technischen Versorgungsinfrastrukturen, den Staatsapparat und vieles mehr verbunden. Hierzulande fragen sich nicht nur Bevölkerungsschützer, warum und wie die ukrainische Zivilgesellschaft trotz



Dr. Wolfram Geier Leiter der Abteilung Risikomanagement, Internationale Angelegenheiten im BBK (Quelle: BBK).

ständigen, schweren und unberechenbaren Angriffen auf zivile Ziele bislang verhältnismäßig erfolgreich durch diese extremen Zeiten zu kommen scheint. Eine mögliche Erklärung ist, dass die ukrainische Gesellschaft aufgrund verschiedener Faktoren schon frühzeitig begonnen hat, sich resilient, das heißt widerstandsfähig aufzustellen oder aber, dass eine resilientere Grundstruktur auch historisch in der Region vorhanden ist.

Resilienz, wie sie im sicherheitspolitischen und damit auch im bevölkerungsschutzspezifischen Sinn verstanden wird, „beschreibt die Fähigkeit eines Systems, einer Gemeinschaft oder einer Gesellschaft, sich rechtzeitig und effizient den Auswirkungen einer Gefährdung widersetzen, diese absorbieren, sich anpassen, sie umwandeln und sich von ihnen erholen zu können.“ Kein Wunder, dass sich diese Definition der Vereinten Nationen in der „Deutschen Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen“ von 2022 als Ziel für die deutsche Gesellschaft wiederfinden lässt und damit auch Eingang in die „Nationale Sicherheitsstrategie“ unter dem Titel „Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig – Integrierte Sicherheit für Deutschland“ und in die neuen „Verteidi-

gungspolitischen Richtlinien“ von 2023 gefunden hat. Da sich Risiken, Bedrohungen und Gefahren unterschiedlicher Art heute mehr denn je überlappend aneinander zu reihen und sich abzuwechseln scheinen – Stichworte sind unter anderem Klimakrise, Pandemien, Kriege – ist es für den Auf- und Ausbau einer resilienten Gesellschaft unbedingt wichtig, von einem „Allgefahrenansatz“ auszugehen, so wie es die vorgenannten Strategien übrigens mittlerweile tun.

Wer oder was rückt beim Ausbau resilienter Strukturen nun aber besonders in den Fokus? Neben einer robusten Widerstandsfähigkeit unserer heute teils sehr komplexen und damit auch verwundbaren kritischen/verteidigungswichtigen Infrastrukturen, ist die Aufrechterhaltung von Staats-, Regierungs- und Verwaltungsfunktionen in Krisenzeiten ebenso unabdingbar, wie die Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung. Funktionieren auch in Krisenzeiten die Versorgungsinfrastrukturen halbwegs verlässlich, kommen Staat und Verwaltungen ihren Kernaufgaben wirkungsvoll und transparent nach und ist die Bevölkerung selbstbewusst in der Lage, einen aktiven eigenen Beitrag zum gegenseitigen Schutz und zur gegenseitigen Hilfe zu leisten, schafft dies übergreifend gesamtgesellschaftlich Vertrauen, was letztendlich ein weiterer Grundpfeiler von Resilienz ist.

Allerdings nehmen die Herausforderungen für diese Mammutaufgabe zu. Die heutigen hybriden Erscheinungsformen von Kriegen und politischen Krisen in Form von Cyberattacken auf Infrastrukturen, Fake News und psychologischer Kriegsführung, gezielter Verunsicherung in politische Institutionen in Verbindung mit physischer Gewalt und auch klassischer militärischer Aggression erfordern nochmals besondere Maßnahmen, bei denen es auch extrem auf ein gutes Informations- und Kommunikationsmanagement ankommt.

In der heutigen Ausgabe unseres Magazins finden Sie interessante Beiträge zu Aspekten einer resilienten Gesellschaft, in deren Aufbau wir jetzt aus unterschiedlichsten Gründen kräftig investieren müssen, um unsere Zukunftsfähigkeit langfristig zu sichern.

Es grüßt

Ihr

Dr. Wolfram Geier



RESILIENZ

Die deutsche Resilienzstrategie	2
Critical Event Management der Deutsche Bahn AG Ein Schritt zur Stärkung der Resilienz	6
Die Resilienz von Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz	9
Wie mache ich meine Kommune resilienter gegenüber Cyberangriffen?	14
Erfahrungsaustausch zu den Entwicklungen im Katastrophenschutz auf Ebene der Länder	16
Resilienz und Kulturgutschutz in der Kultur	18
Mehr Resilienz durch Klimaanpassung Wie eine neue nationale Strategie aussehen könnte	21
Resilienzzentrum Ostalbkreis Ein Praxisbeispiel zu Verbesserung der Resilienz der Bevölkerung im Ostalbkreis	24

KRISENMANAGEMENT

Warum wir differenzierter über KRITIS sprechen müssen Die Governance Unterschiede beim physischen und informationstechnischen Schutz	28
Teil 1: Belastungen und Ressourcen im Kontext der Flutkatastrophe 2021 Ergebnisse der Studie FLUTPerspektive PSNV – quantitative Befragung der Einsatzkräfte	31
Teil 2: Belastungen und Ressourcen im Kontext der Flutkatastrophe 2021 Ergebnisse der Studie FLUTPerspektive PSNV – qualitative Interviews mit den Betroffenen	35

EHRENAMT

Glanzlichter des Engagements Rückblick auf die Verleihung des Förderpreises „Helfende Hand“ 2023	44
---	----

FORUM

ARKAT. Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten /-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	43
Arbeiter-Samariter-Bund	44
Deutscher Feuerwehrverband	46
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	48
Deutsches Rotes Kreuz	50
Johanniter-Unfall-Hilfe	51
Malteser	53
Technisches Hilfswerk	54

RUBRIKEN

Nachrichten	56
Impressum	56

SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland	57
--------------------------------	----

Unter: www.bbk.bund.de/magazin

ONLINE ARTIKEL RESILIENZ

Kernprozesse einer Landkreisverwaltung im Falle eines langanhaltenden, flächendeckenden Stromausfalls Ein Beispiel aus dem Landkreis Havelland

Die deutsche Resilienzstrategie

Nina Köksalan

Die Entwicklung

Was sind die Risiken, die unser Leben und unsere Lebensgrundlagen gefährden? Wie lassen sich Risiken reduzieren oder gar vermeiden? Sollte es doch zu einer Katastrophe kommen, wie kann eine Gesellschaft sich vorbereiten, reagieren und sich schnell wieder erholen?

Es ist eine komplexe Aufgabe: Lebenswerte Verhältnisse zu bewahren oder zu verbessern und dabei gleichzeitig Robustheit und Anpassungsfähigkeit für extreme Ereignisse stärken. Die Erfolge im Katastrophenrisikomanagement – also die Vorsorge, Vorbereitung, Bewältigung und Nachbereitung von Katastrophen – lassen sich dabei nur schwer aufzeigen. Zum einen kommt es durch gute Vorsorge bestenfalls gar nicht zu einer Katastrophe. Zum anderen erfährt Katastrophenrisikomanagement in Krisenzeiten sowohl technisch, medial als auch politisch sehr viel Aufmerksamkeit, gerät jedoch oft schnell wieder in Vergessenheit, wenn es gerade ‚gut läuft‘ – ein Dilemma.

Die Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen (Resilienzstrategie) setzt dem eine Vision entgegen und erklärt Risiko- und Krisenmanagement als gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe.

Den Anstoß für die Entwicklung einer deutschen Resilienzstrategie gab das Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge (2015-2030). Es handelt sich dabei um ein globales freiwilliges Abkommen aus 2015, welches vorsieht, die Auswirkungen von Katastrophen substantiell zu verringern. Im Fokus steht der Schutz von Menschenleben, Existenzgrundlagen und der Gesundheit sowie Vermögenswerte jeglicher Art von Menschen, Unternehmen, Gemeinwesen und Staaten. Eine der sieben Zielsetzungen des Sendai Rahmenwerks für Katastrophenvorsorge sieht vor, nationale und lokale Strategien zu entwickeln.

2017 wurde eine Nationale Kontaktstelle (NKS) für das Sendai Rahmenwerk beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) eingerichtet. Die NKS agiert seitdem als koordinierende Geschäftsstelle, die fachlich berät, Akteure vernetzt, Wissen bereitstellt, für die Fortschrittsmessung verantwortlich ist und Ansprechpartner für die Vereinten Nationen bezüglich der Umsetzung des Sendai Rahmenwerks ist. Die NKS unterstützt von Anfang an inhaltlich und organisatorisch die Entwicklung einer nationalen Strategie. Zunächst wurden bestehende Anstrengungen und neue



Abbildung 1: Titelseite der Resilienzstrategie. (Quelle: Resilienzstrategie)

Bedarfe im Umgang mit Risiken und Krisen in Deutschland identifiziert. Während der Fachtagung Katastrophenvorsorge im Oktober 2018 wurden Empfehlungen der Fachöffentlichkeit für die Gestaltung der Resilienzstrategie zusammengetragen. Die Ergebnisse sind in einem ersten Strategieentwurf 2019 eingeflossen und wurden in darauffolgenden Jahren weiterentwickelt. Erfahrungen insbesondere aus der COVID-19 Pandemie, der Flutkatastrophe im Juli 2021, der Krieg in der Ukraine oder vermehrter Cyberangriffe, haben dabei die Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes bekräftigt und die weitere Ausgestaltung der Resilienzstrategie wesentlich beeinflusst. In 2021 wurde der Entwurf der Resilienzstrategie mit allen Bundesministerien und dem Bundeskanzler-



Abbildung 2: Risiko- und Krisenmanagement im Kontext der Handlungsfelder des Sendai Rahmenwerks. (Quelle: Resilienzstrategie)

amt inhaltlich abgestimmt und im Juli 2022 vom Bundeskabinett verabschiedet.

Der Ansatz

Die Resilienzstrategie steht für ein Neudenken im Umgang mit Risiken und Katastrophen. In Anlehnung an die Handlungsprioritäten des Sendai Rahmenwerks (farblicher Kreis in der Abbildung 2) bietet die Resilienzstrategie einen gemeinsamen Rahmen, um bestehende Bestrebungen, Wissen, Netzwerke, Initiativen et cetera zu verknüpfen, zu verbessern und zu ergänzen. So können die Wirkung und die Reichweite einzelner Maßnahmen erhöht werden. Im Fokus steht dabei die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichsten Akteuren über fachliche oder administrative Zuständigkeiten hinweg.

Die Aufgabenbereiche des Bevölkerungsschutzes in der Prävention von, Vorbereitung auf, sowie in der Bewältigung und Nachbereitung von Krisen (graue Kreise der Abbildung 2) bieten anderen Fachbereichen praktische Werkzeuge und Ressourcen. Zu nennen sind hier beispielsweise die Aufgaben der Risikoanalyse, der Selbstschutz, die Risikokommunikation, Identifizierung von Kritischen Infra-

strukturen, Notfallvorsorge, Aus- und Fortbildung von Einsatz- und Führungskräften, das Ehrenamt, die Strategische Vorausschau, Krisenfrüherkennung und Warnung sowie die Aufarbeitung von Schadensereignissen.

Genauso müssen sektorale Perspektiven im Risiko- und Krisenmanagement stärker berücksichtigt werden. Also was genau sind die Bedarfe und Anforderungen beispielsweise in der Wirtschaft, Verteidigung, der Bildung, der digitalen Infrastruktur oder im Umweltschutz et cetera, um Katastrophenrisikomanagement im Einklang mit anderen Prioritäten umzusetzen.

Die Resilienzstrategie konkretisiert diese Grundgedanken für den deutschen Kontext. Risiko- und Krisenmanagement können so besser ineinandergreifen und Synergien mit verwandten Prozessen wie beispielsweise der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, der Deutschen Anpassungsstrategie oder der Cybersicherheitsstrategie ausgebaut werden.

Die Ausgangslage in Deutschland für diesen ganzheitlichen Ansatz war günstig. Es existieren bereits eine Vielzahl an Strategien, die spezifische Gefahren wie Angriffe aus dem Cyberraum, extreme Wetterereignisse oder Pandemien betrachten. Außerdem werden einige Fragen des Risiko- und Krisenmanagements bereits in sektorspezifischen Stra-

tegien wie in der Landwirtschaft, der Forschung oder der Stadtentwicklung berücksichtigt. Das bedeutet, es werden bereits eine Vielzahl an Resilienz fördernden Maßnahmen in verschiedensten Politikbereichen wahrgenommen, wenngleich diese nicht immer als solche deklariert sind. Einige Aufgaben des Katastrophenrisikomanagements können verbessert oder vermehrt und systematisch wahrgenommen werden, insbesondere in Anbetracht neu auftretender Risiken. Dazu zählen etwa die Erfassung von Schadensdaten. Betrachtet werden alle denkbaren Gefahren. Anders als in konkreten Notfallplänen, die oft für spezifische Gefahrenlagen erstellt werden, kann der All-Gefahren-Ansatz auf strategischer Ebene Synergien und mögliche Schutzzielkonflikte aufzeigen. So wird deutlich, welche Maßnahmen einen Doppelnutzen haben und welche Maßnahmen das Risiko für andere Gefahren erhöhen können. Hinter konkreten Maßnahmen bedarf es daher vor allem die Zusammenarbeit von ganz vielen unterschiedlichen Akteuren.

Die Nationale Plattform

Der Staat trägt für die Sicherheit der Bürger und Bürgerinnen eine besondere Verantwortung. Jedoch kann kein Staat alleine Katastrophen verhindern. Das heißt,

gelingen kann Resilienz nur, wenn Aufgaben des Risiko- und Krisenmanagements noch mehr als Querschnittsaufgabe von der lokalen bis zur internationalen Ebene und in allen Sektoren verstanden werden. Die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, der Forschung und mit Medien ist dabei für ein ganzheitliches Katastrophenrisikomanagement unverzichtbar.

Startschuss für eine Nationale Plattform war 2016 die Gründung einer Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG Sendai) als Steuerungsgremium auf Bundesebene für die Umsetzung des Sendai Rahmenwerks. Anfangs mit nur drei aktiven Ministerien haben sich mit der Verabschiedung der Resilienzstrategie inzwischen alle Bundesressorts der Arbeitsgruppe angeschlossen. Die IMAG Sendai hat mit Unterstützung durch die NKS die Resilienzstrategie des Bundes erarbeitet. Seit 2023 wird die Umsetzung der Resilienzstrategie außerdem fachlich durch eine Behörden-Arbeitsgruppe (AG) begleitet.

In 2023 fanden Dialogveranstaltungen zur Umsetzung der Resilienzstrategie mit den Ländern, den kommunalen Spitzenverbänden sowie mit einer ausgewählten Fachöffentlichkeit aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien statt. Mit und unter diesen Akteuren soll in Zukunft der Austausch stärker gefördert werden. Hierfür wird in 2024 die Nationale Plattform

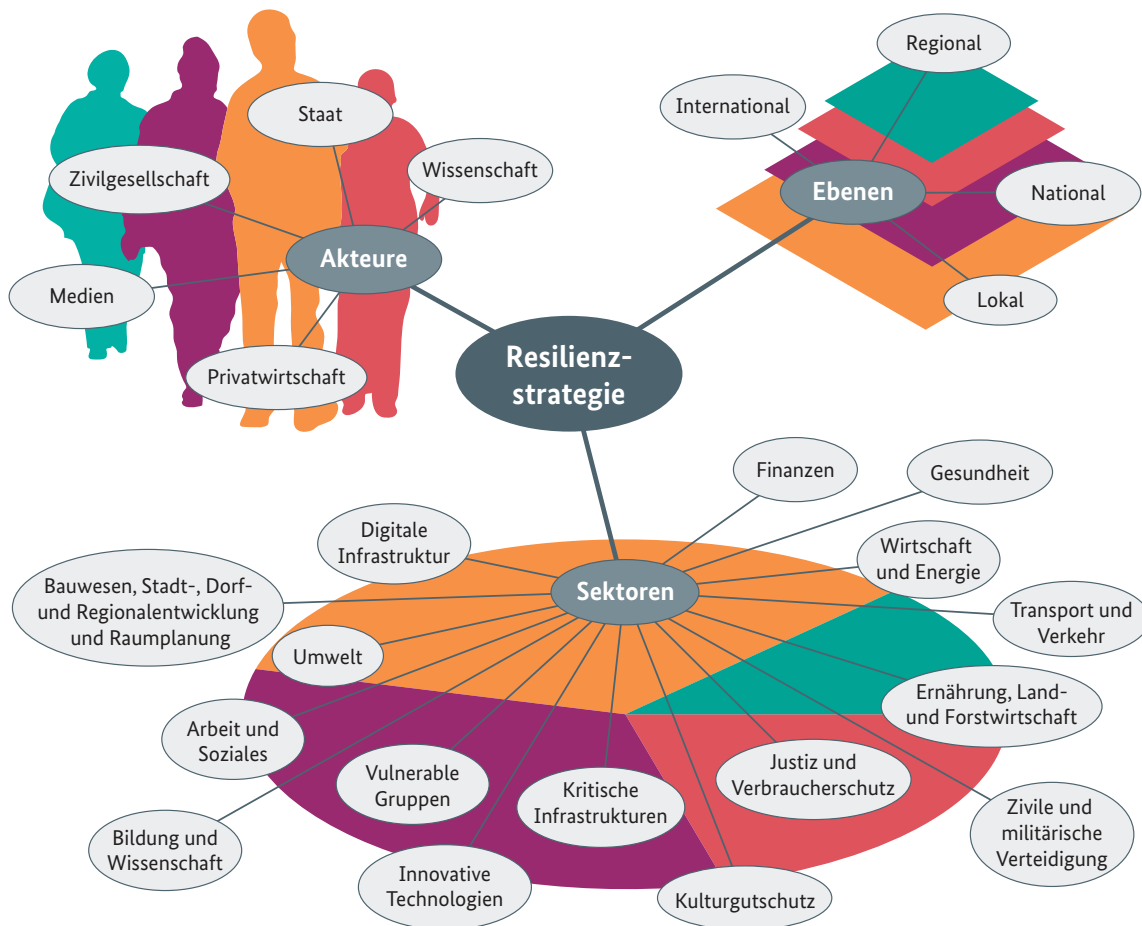


Abbildung 3: Zusammenarbeit zwischen Akteuren, Ebenen, Sektoren in der Umsetzung der Resilienzstrategie. (Quelle: Resilienzstrategie)

erweitert. So sollen diverse Akteure die Möglichkeit bekommen, den Umsetzungsprozess der Resilienzstrategie aus nichtstaatlicher Perspektive mitzugestalten. Die Nationale Plattform steht dabei allen offen, die sich aktiv in die Umsetzung der Resilienzstrategie und dem verbesserten Katastrophenrisikomanagement in und durch Deutschland einbringen möchten und dabei einem Netzwerk, einer Institution, einem Verein et cetera angehören. Durch ein jährliches Treffen und den regelmäßigen Austausch werden Empfehlungen und Informationen zu spezifischen Themen zusammengetragen.

Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit für die Öffentlichkeit, sich über das Webportal der Bundesregierung zum Katastrophenrisikomanagement (KatRiMa.de) zu informieren oder selber Informationen bereitzustellen. Hier werden aktuelle Veranstaltungen angekündigt und über staatliche und nichtstaatliche Akteure, Regelwerke (Strategien, Gesetze, Verordnungen et cetera) oder praktische Instrumente (Handbücher, Apps oder Informationsportale et cetera) sowie bewährte Praktiken (insbesondere Erfahrungen aus Projekten) informiert. Weiter erfährt man mehr über nationale und internationale Meilensteine im Katastrophenrisikomanagement.

Seit 2023 gibt es auf KatRiMa.de außerdem eine Übersicht von gravierenden nationalen und internationalen Schadensereignissen. Diese Übersicht ist ein erster Schritt, um Schäden und Verluste durch Katastrophen in Deutschland besser zu dokumentieren. Das Webportal ist partizipativ. Das bedeutet, jeder kann und ist eingeladen über das Kontaktformular Inhalte, Daten, Ideen und Informationen beizutragen.

Ein Ausblick

Die Verabschiedung der Resilienzstrategie war ein wichtiger Meilenstein. Sie hat den Weg für ein ganzheitliches Katastrophenrisikomanagement in Deutschland geebnet, zu dem staatliche und nichtstaatliche Akteure einen Beitrag leisten. Aktuell finalisiert der Bund einen



Abbildung 4: Das Logo des Webportals der Bundesregierung zum Katastrophenrisikomanagement. (Quelle: KatRiMa)

Umsetzungsplan, der gestartete oder bevorstehende Vorhaben erläutert. Gleichzeitig wurde eine Reihe an Initiativen und Projekten durch die Länder, Kommunen und nichtstaatlicher Akteure angestoßen.

Zu welchen Ergebnissen die Umsetzung der Resilienzstrategie in der Praxis führt, wird sich erst im Laufe der Jahre zeigen. Was sich allerdings schon jetzt sagen lässt, ist dass der Resilienzansatz sowohl lokal, national als auch international neue Verknüpfungen und Kooperationen aus allen Fachrichtungen fördert. Bereits 2023 wurde anlässlich der „Halbzeit“ in der Umsetzung des Sendai Rahmenwerks in Deutschland ein Zwischenbericht erstellt und für Ende 2025 ist ein erster Fortschrittsbericht für die Umsetzung der Resilienzstrategie geplant.

Die NKS wird den Umsetzungsprozess der Resilienzstrategie weiterhin fachlich, koordinativ und organisatorisch unterstützen. Wir wollen die Erfolge genauso wie Herausforderungen und neue Bedarfe dokumentieren und damit ein stetiges Lernen und die Weiterentwicklung der Resilienzstrategie voranbringen. Wir stehen dabei dem Bund, den Ländern und Kommunen sowie nichtstaatlichen Akteuren beratend zur Seite.

Literatur

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (2021-2022): Förderung zur Umsetzung von resilienzstärkenden Maßnahmen.

Bundesministerium des Innern und für Heimat (2022): Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen.

Bundesministerium des Inneren und für Heimat (2023): Nationaler Beitrag Deutschlands zur Zwischenevaluation des Sendai Rahmenwerks für Katastrophenvorsorge 2015 – 2030.

Informationsplattform zum Katastrophenrisikomanagement: katrima.de

Nina Köksalan ist Leiterin der Nationalen Kontaktstelle für die deutsche Resilienzstrategie und das Sendai Rahmenwerk beim BBK.

Critical Event Management der Deutsche Bahn AG

Ein Schritt zur Stärkung der Resilienz

Tom Theisejans

Ein ‚Critical Event Management‘ (CEM) ist in der heutigen Welt von entscheidender Bedeutung zur Bewältigung von außergewöhnlichen Ereignissen, insbesondere für Organisationen wie die Deutsche Bahn AG (DB AG). Aber was bedeutet Resilienz konkret und was zeichnet das CEM der DB AG aus? Der Begriff Resilienz wird häufig als ‚Widerstandsfähigkeit‘ übersetzt und meint dabei in Bezug auf Gemeinschaften und/oder Menschen das ‚Überstehen von schwierigen Situationen ohne dauerhafte Beeinträchtigungen‘. Unser Verständnis von Resilienz bei der DB AG geht noch weiter: Wir sehen sie als ‚Fähigkeit unserer Organisation, aus uns selbst heraus im Falle einer außerordentlichen Situation, wieder in unseren Ursprungszustand oder in einen neuen Zustand zu gelangen, der uns eine gleichwertige Fortführung unserer Organisation ermöglicht wie vor einem solchen Ereignis‘. Ziel unseres CEM ist es, betroffene Organisationen innerhalb der DB AG zu vernetzen und einen flexiblen Austausch zu ermöglichen. Einzelne Prozesse zur Bewältigung außerordentlicher Situationen sollen zusammengeführt werden. Das soll gerade auch bei unvorhergesehenen Ereignissen ermöglichen, abgestimmt und schnell zu reagie-

ren. Grundlage hierfür sind die jeweils bestehenden rechtlichen Vorgaben. Wir verstehen das CEM dabei nicht als festes Konstrukt, sondern als flexibles Projekt, das sich aktuellen Entwicklungen anpasst.

Strukturgedanken der Critical Event Management Vision der DB AG

Wir forcieren mit unserer Vision des Critical Event Management das Zusammenbringen der unterschiedlichen fachlichen, betrieblichen und technischen Handlungssichten, die an einer gemeinsamen Lösungsmethodik ansetzen können. Im Ereignisfall soll so sofort im gemeinsamen Verständnis agiert werden können. Unser CEM soll die organisatorische Struktur mit den handelnden Menschen in Verbindung bringen. Dadurch soll die benötigte Zeit reduziert werden, die es bräuchte, im Ereignisfall zu klären, wessen Fachbereich die Führung übernehmen sollte. Mittels CEM soll unsere bestehende klare Hierarchie aufgegriffen und gefördert und dabei zeitgleich die maximal notwendige be-

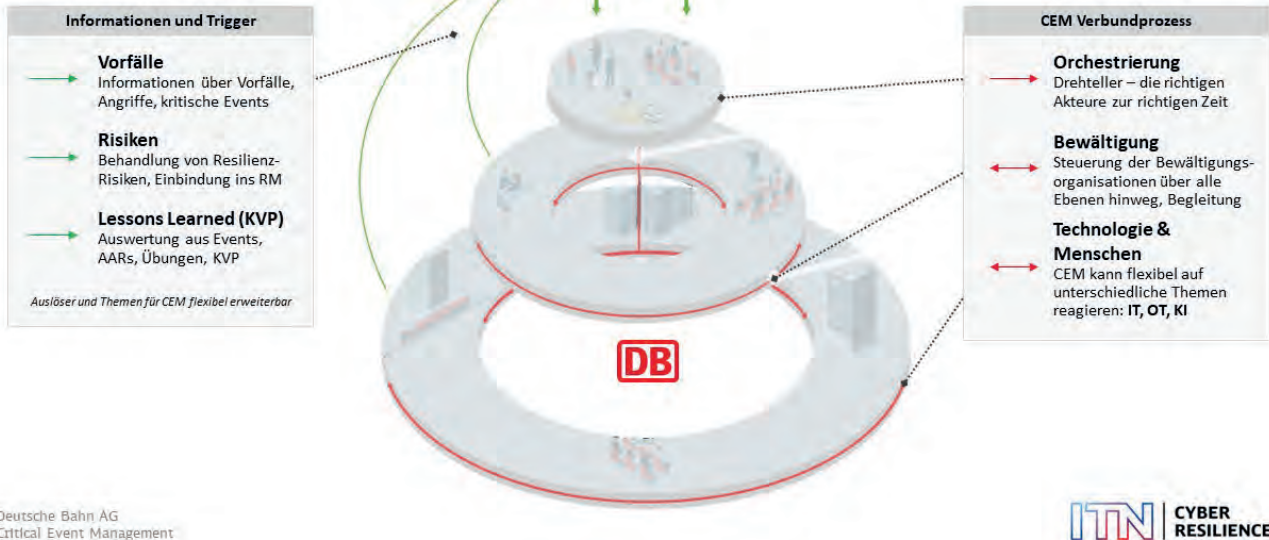


Die deutsche Resilienzstrategie und das CEM der DB AG





CEM-Steuerungslogik



triebliche Flexibilität ermöglicht werden. Damit erreichen wir, dass alle Einheiten wissen, wo und wie sie disziplinarisch agieren müssen, aber dass es auch je nach Ereignisfall gewisse Spielräume gibt, um schnell reagieren zu können. Denn Zeit ist in einem Ereignisfalls das kostbarste Gut, das wir nicht mit Verantwortungsdiskussionen oder Prozessklärungen zubringen wollen, sondern mit der Lösung des Problems.

Hintergrund: Handlungsstrukturen im Allgemeinen

Klare Handlungsstrukturen sind in außergewöhnlichen Situationen unerlässlich. Dies beinhaltet einen eindeutig geregelten Prozess sowie klare Zuständigkeiten. Grundlage hierfür sind betriebliche und rechtliche Anforderungen, internationale Standards und Normen (zum Beispiel NIS2, KRITIS Dachgesetz) sowie die Abstimmung mit externen Partnern. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Definition eines Übungsplans, der als Basis der Zusammenarbeit dient. Denn das Üben einer außergewöhnlichen Situation ist besser als ein Eintritt eben dieser.

Fallbeispiel: Glücksfälle gibt es wirklich

Im Frühjahr 2023 durfte ich als Vertreter der DB AG im Bundesministerium des Innern und für Heimat, der Dialogveranstaltung zur Umsetzung der deutschen Resilienzstrategie mit nichtstaatlichen Akteuren beiwohnen, die sich, geführt durch die Nationale Kontaktstelle für die Deutsche Resilienzstrategie und das Sendai Rahmenwerk (NKS), mit der Deutschen Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen (Resilienzstrategie) befasste. Das Sendai Rah-

menwerk für Katastrophenvorsorge 2015-2030 (Sendai Rahmenwerk) und die Resilienzstrategie haben uns dazu veranlasst, einmal unsere vorhandenen Strukturen zur Bewältigung von außergewöhnlichen Situationen zu nehmen und sie dem Sendai Rahmenwerk und der Resilienzstrategie gegenüberzustellen. Dabei wurde klar, dass sowohl die Resilienzstrategie des Bundes als auch unser CEM jeweilige bestehende Strukturen berücksichtigen. Prozesse einzelner Organisationseinheiten sollen nicht geändert, nicht überschrieben, nicht dirigiert werden. Sondern CEM will davon lernen und Erfolgreiches inkludieren.

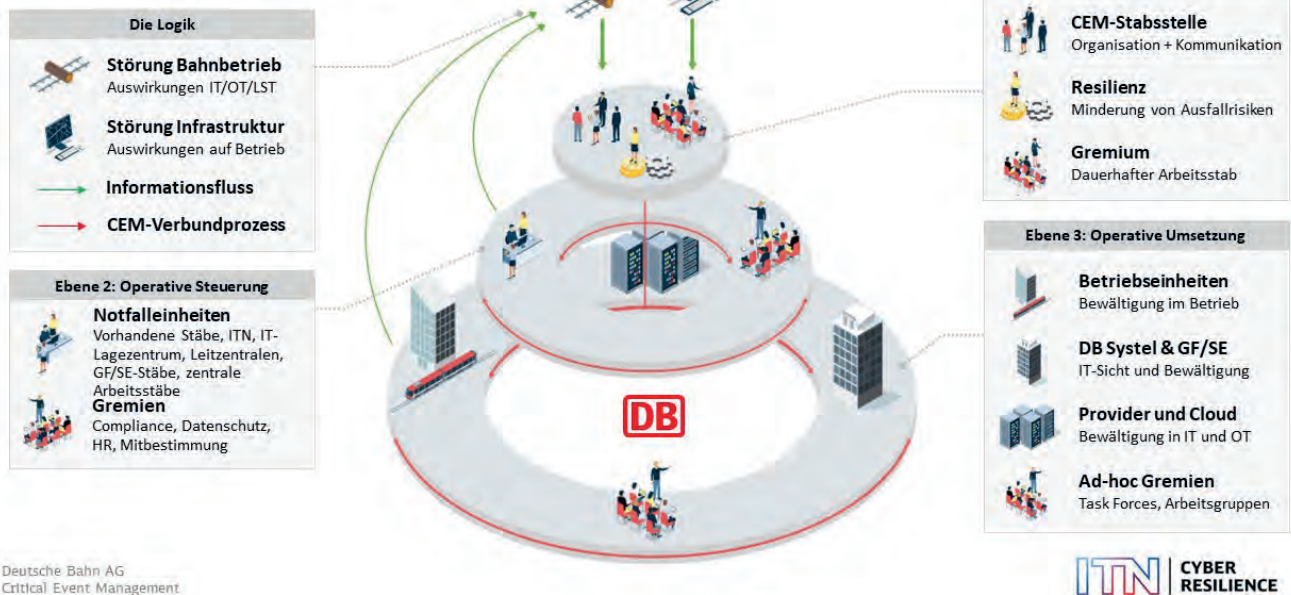
Herausforderung: Interpretation der Begrifflichkeiten

Im Arbeitsalltag haben viele Menschen ein unterschiedliches Verständnis davon, wie einzelne Begrifflichkeiten zu interpretieren sind. Was meint Notfall, was meint Krise, was ist ein Incident und was ist eigentlich Cyber? Was ist eine Störung?

Um ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln, war es wichtig mit allen fachlichen Disziplinen unseres Unternehmens zu sprechen und deren Bedürfnissen zusammenzutragen – sowohl aus rein betrieblicher Betrachtung, als auch unserer Mitarbeitenden selbst. Denn im Sinne einer resilienten und damit gemeinsamen Lösungsfindung ist es nötig, sich in einem gemeinsamen Sprachraum zu bewegen. Den Weg für die grundlegenden Daten, die hierfür die Basis bilden, ebnet dabei die IT. „Sprache, somit Kommunikation ist der Schlüssel, um überhaupt in eine gemeinsame und resiliente Lösung eines Problems, eines Vorfalls, eben auch einer Krise zu gelangen!“ Es ist wichtig, uns in ruhigen Zeiten Gedanken darüber zu machen, auf Basis welcher Informationen wir einem Problem



Die Vision: CEM @ DB



Abbildungen: Deutsche Bahn AG

zuvorkommen oder es schnell lösen wollen. Wie bereits erwähnt: Zeit ist das kostbarste Gut in einem Notfall, einer Störung, einer Krise! Damit alle Einheiten gemeinsam agieren können, haben wir bei der Deutschen Bahn AG eine klare Definition, was eine „Krise“ ist. Auch eindeutige Prozesse und Leitlinien, wer wann führt, gibt es.

Steuerungslogik des CEM

Wir haben in unserer Idee des CEM keine revolutionären Gedanken gewälzt, wir haben Bewährtes aus allen fachlichen Brillen gesucht, übereinandergelegt und sortiert. Wir sind auch noch lange nicht am Ende, haben aber eine Grundidee, anhand derer wir die Ebenen „Strategie, Taktik und Durchführung“ in ein gemeinsames Bild setzen können. Grundlage war und ist immer ein gemeinsamer Sprachraum und ein abgestimmter Prozess zur Bewältigung außerordentlicher Situationen. Und ein Höchstmaß an Flexibilität, um auf noch nie vorgedachte Ereignisse bestmöglich reagieren zu können!

Wie funktioniert das konkret? Zunächst müssen die richtigen Akteure (welches Geschäftsfeld?) identifiziert werden („Orchestrierung“). Hier helfen uns die klar definierten Zuständigkeiten. Im zweiten Schritt kommen die Fachexpertinnen und -experten des jeweiligen Geschäftsfelds oder der

jeweiligen Einheit zusammen und definieren die weitere Vorgehensweise („Bewältigung“). Schließlich erfolgt die konkrete Unterstützung vor Ort durch die verschiedenen Einheiten und Netzwerke („Technologie und Menschen“). Das Wissen, dass es organisatorische Ansprechpartner gibt, die diese Unterstützung mobilisieren und steuern können, verhindert die aufwendige Suche nach genau dieser Unterstützung. Das schafft Zeit für andere Fragen. Alle drei Ebenen zeichnet eine klare Hierarchie mit hoher Flexibilität aus. Jede Ebene findet ihre jeweiligen Ansprechpersonen. Durch den gemeinsamen Sprachraum und klare Prozesse, reduzieren wir das unabgestimmte, mehrfache Vorhandensein von Aktivitäten.

CEM ist eine wachsende Idee, ein Gedanke, eine sich ständig anpassende Vision!

Wichtig ist: Ziel des CEM ist es, ein flexibles Konstrukt zu schaffen, das eine schnelle und nachhaltige Bewältigung außergewöhnlicher Situationen ermöglicht, betriebliche sowie rechtliche Anforderungen und Vorgaben berücksichtigt und unkompliziert an aktuelle Entwicklungen angepasst werden kann. Es soll ermöglichen, unterschiedliche Perspektiven und Akteure zusammenzubringen und unnötige Dopplungen zu reduzieren.

Tom Theisejans ist Chief Expert IT Notfallmanagement, Deputy Chief Information Security Officer und IT Notfallbeauftragter der DB AG.

Die Resilienz von Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz

Kathrin Stolzenburg

Durch Bildung wird die Fähigkeit unserer Gesellschaft im Umgang mit Krisen gestärkt. Um gerade im Bevölkerungsschutz tätige Menschen für ihr Handeln im Heute und Morgen bestmöglich zu schulen, müssen die Bildungsangebote in der Gesamtheit nicht nur so organisiert sein, dass sie auf den Lernenden/die Lernende abgestimmt sind und auch relevante Inhalte vermitteln (können). Darüber hinaus müssen die Anbieter von Bildungsdienstleistungen resilient sein. Denn

künftigen Herausforderungen im Bevölkerungsschutz kann nur begegnet werden, wenn Lernangebote kontinuierlich (ohne längere Unterbrechungen) zur Verfügung stehen, Inhalte und deren Vermittlungswege immer wieder auf Aktualität geprüft und gegebenenfalls angepasst werden und die Lernenden sie auch abrufen können. Der folgende Beitrag stellt Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie zur Resilienz von Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz vor.

Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz als Säule der gesellschaftlichen Resilienz

Bildung ist eine wesentliche Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und somit eine wichtige Säule für den Schutz der Bevölkerung. Gerade die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Menschen, die im Bevölkerungsschutz tätig sind, trägt entscheidend zur Bewältigung von Krisen bei. Dieser Personenkreis muss handlungsfähig sein, wenn die Gesellschaft oder Teile davon sich in katastrophalen Ausnahmesituationen befinden, deren Ablauf von einem hohen Maß an Unsicherheit geprägt ist (vergleiche Renn, 2016). Hierfür benötigen die Bevölkerungsschützerinnen und Bevölkerungsschützer umfassendes Wissen und Kompetenzen. Die sich teils überlagernden Krisenlagen der letzten Jahre haben zudem gezeigt, dass entsprechende Bildungsangebote mitunter während der Ereignisse abrufbar sein müssen. Die Bevölkerungsschützerinnen und Bevölkerungsschützer müssen auch in Krisen lernen können (verleiche Kleinebrahn, 2022).

Um diese Anforderung zu erfüllen und Bildungsangebote auch in länger andauernden Lagen bereitstellen zu können, müssen die Bildungseinrichtungen für Bevölkerungsschützerinnen und Bevölkerungsschützer nicht nur zukunftsfähig aufgestellt sein. Sie müssen auch selbst resilient sein. Doch die erste Corona-Welle Anfang 2020 zeigte einige Defizite in der institutionalisierten Erwachsenenbildung zum Bevölkerungsschutz (vergleiche Kleinebrahn, 2022). Viele Bildungseinrichtungen wie die Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) fielen Wochen; einige gar Monate; aus. Um zu erfahren, wie es mit der Resilienz dieser Schulen und Akademien nun, einige Jahre und viele Krisenereignisse später, bestellt ist, wurden in einer wissenschaftlichen Studie vier Leiter einer Bil-

dungseinrichtung im Bevölkerungsschutz sowie vier Bildungsforscher befragt.

Die gute Nachricht ist: Diese systemrelevanten Einrichtungen sind gut aufgestellt. An verschiedenen Stellen konnten sogar Maßnahmen ergriffen werden, die zu einer Erhöhung der Resilienz beitragen. Dazu gehören ein zukunftsorientiertes Personalmanagement oder auch technische Schutzmaßnahmen wie die zusätzliche Absicherung der Notstromversorgung.

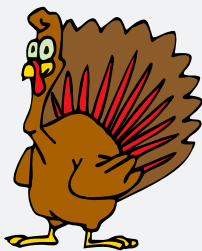
Die schlechte Nachricht ist: Um die Resilienz dieser Einrichtungen zu steigern beziehungsweise künftig zu erhalten, sind weiterhin Maßnahmen erforderlich. Einige „liegen auf dem Tisch“; andere Maßnahmen sind noch unbekannt und müssten auf Basis weiterer Forschung und Expertendialoge noch entwickelt werden.

Bedarfe angesichts systemischer Risiken

Oft entwachsen Krisenlagen im Bevölkerungsschutz sogenannten systemischen Risiken. Zu solchen Risiken gehören Pandemien, Fluten oder auch kriegerische Auseinandersetzungen. Systemischen Risiken ist gemein, dass sie zwar der Wissenschaft und den Expertenkreisen durchaus bekannt sind, sie jedoch Politik und Gesellschaft mit ihrer Plötzlichkeit überraschen (vergleiche Renn, 2016). Seit der ersten Corona-Welle wurde uns deutlich vor Augen geführt, dass diese Risiken nicht zeitlich versetzt nacheinander auftreten, sondern sich oftmals parallel ereignen und auch gegenseitig verstärken können. Bildung im Bevölkerungsschutz muss deshalb zwar weiterhin aus Ereignissen der Vergangenheit Lehren ziehen. Die Vermittlung von Wissen und Kompetenzen im Risiko- und Krisenmanagement muss jedoch darüber hinaus erfolgen können, wenn die Krisenlage noch anhält. Sie muss auch prospektiv sein, das heißt, auf eine

Die Truthahn-Illusion beschreibt eine falsche Wahrnehmung, die mit „empirischen“ Daten begründet wird. Diese Fehleinschätzung kann massive negative Auswirkungen auf den Beurteilenden haben:

Der Truthahn wird 1000 Tage lang jeden Morgen vom Bauern gefüttert. Der Bauer, schlussfolgert der Truthahn, ist gut und er ist sein Freund. Dieses Wissen gibt der Truthahn auch an seine Küken weiter. Er schaut zuversichtlich in die Zukunft. Dann kommt Tag 1001, beziehungsweise Thanks Giving ...



In manchen Erzählungen zur Truthahn-Illusion werden noch die Mahnungen der Gans ergänzt: Ihr erzählt der Truthahn, wie freundschaftlich und auch selbstlos der Bauer handelt. Die Gans, der ihre Eier gestohlen werden und die die schmerzhafteste Prozedur des Ruffens über sich ergehen lassen muss, hat hier eine andere Perspektive.

Abbildung 1: Truthahn-Illusion in Anlehnung an Nassim Taleb. (Grafik: Clker-Free-Vector-Images / pixabay)

mögliche Zukunft hin ausgerichtet, die nicht ein Abbild der Vergangenheit ist. Dabei muss eine mögliche Zukunft nicht unbedingt eine erwartete Zukunft darstellen. Das Konzept der systemischen Risiken zugrundeliegend, kann aus Erfahrungen der Vergangenheit nur bedingt gelernt werden (vergleiche Renn, 2016) (siehe Abbildung 1 Truthahn-Illusion).

Bildung zum Schutz der Bevölkerung findet an vielen Orten und zu verschiedenen Zeiten im Leben statt: von frühkindlicher Bildung bis hin zu beruflicher und ehrenamtlicher Weiterbildung; von Institutionen der staatlichen Bildung bis hin zu Social Media und Bevölkerungsschutztagen. Das Bildungswesen im Bevölkerungsschutz ist sehr heterogen aufgestellt (vergleiche Mitschke & Karutz, 2017). Für im Bevölkerungsschutz Tätige gibt es spezifische, institutionelle Bildungsangebote. Auf Ebene von Bund und Ländern gibt es circa 60 Schulen/Akademien des Bevölkerungsschutzes. An diesen können Fach-, Führungs- und Einsatzkräfte sich umfassend fortbilden (siehe Abbildung 3). Ein zentrales Merkmal der Lehre im Bevölkerungsschutz ist, dass die Lernenden auf ein Handeln in großer Unsicherheit vorbereitet werden. Deshalb ist die Lehre auch sehr übungslastig und bedient sich zunehmend der Möglichkeiten virtueller Welten. Ein weiteres Merkmal, das durchaus ein Alleinstellungsmerkmal ist: Viele der im Bevölkerungsschutz Ausgebildeten werden im Rahmen ihrer

Zuständigkeiten nicht regulär im Krisenmanagement tätig werden. Nicht jeder Landrat, zum Beispiel, wird im Rahmen seiner Amtszeit mit Auswirkungen von Fluten, Bränden oder terroristischen Akten zu tun haben. Aber wenn er/sie damit konfrontiert wird, dann hat der Umgang mit der Katastrophe unverzüglich, handlungsorientiert und mit der richtigen Inneren Haltung zu erfolgen.

Erhebung zur Resilienz von Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz

Im Jahr 2023 wurden für eine wissenschaftliche Untersuchung vier Leiter von Bildungseinrichtungen auf Bund- und Länderebene sowie vier Bildungsexperten gewonnen, um ihre Perspektiven bezüglich der Resilienz von Einrichtungen im Bereich des Bevölkerungsschutzes zu erörtern. In Abbildung 2 ist die forschungsleitende Frage aufgeführt.

Die Studie zeigt, dass Bildungseinrichtungen im Bereich des Bevölkerungsschutzes sich intensiv mit dem Konzept der Resilienz auseinandergesetzt haben und bereits über eine ausgeprägte Resilienzfähigkeit verfügen. In den letzten Jahren scheint die Krisenresilienz der Akademien und Schulen im Bereich des Bevölkerungsschutzes gestiegen zu sein. Sowohl Schulen als auch Trägerinstitutionen und politische Entscheidungsträger haben eine Sensibilisierung für erforderliche präventive Maßnahmen erfahren. Dies lässt sich auch auf Lehren aus der ersten Welle der Covid-19-Pandemie zurückführen. Die Erhebung ergab, dass Trägerinstitutionen und die Politik die Systemrelevanz und Prestigewürdigkeit dieser Einrichtungen anerkennen. Somit können diese Schulen bereits als Kritische Infrastrukturen (KRITIS) betrachtet werden.

Basierend auf den Expertenaussagen konnten verschiedene Faktoren identifiziert werden, die die Resilienz von Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz beeinflussen und potenzielle Handlungsoptionen skizzieren. Diese Faktoren sind qualitativer Natur, da es bisher keine einheitliche Grundlage zur Bewertung der Resilienz von Bildungseinrichtungen gibt. Sie zeichnen sich durch eine eingeschränkte Abstrahierbarkeit aus und sind nicht pauschal verallgemeinerbar. Nicht alle identifizierten Faktoren sind gleichermaßen auf sämtli-

Welche Faktoren steigern die Resilienz von Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz in komplexen Krisenlagen?

Die Forschungsfrage wurde in die folgenden vier Teilfragen untergliedert:

- Teilfrage 1: Wie krisenfest sind die Schulen im Bevölkerungsschutz gegenüber systemischen Risiken?
- Teilfrage 2: Welche internen Entwicklungen / Maßnahmen können einer zukünftigen Resilienz der Einrichtungen dienen?
- Teilfrage 3: Welche externen Rahmenbedingungen sollten hinsichtlich einer möglichen Resilienzsteigerung beachtet werden?
- Teilfrage 4: Welche weiteren Lösungsansätze gibt es?

Abbildung 2: Die Forschungsfrage war Grundlage für die Erhebung in den Interviews. Quelle: Stolzenburg, Kathrin (2023) unveröffentlicht: In Krisen lernen heißt in Krisen lehren (können)! Faktoren zur Resilienzsteigerung der Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz.



Abbildung 3: Übersicht der Bildungsanbieter im Bevölkerungsschutz oberhalb der kommunalen Ebene. (Quelle: Guerrero Lara, 2020, S. 35; grafisch aufbereitet)

che Bildungseinrichtungen im Bereich des Bevölkerungsschutzes anwendbar. Eine detaillierte Auflistung der identifizierten Faktoren, die durchaus noch zu diskutieren sind, befindet sich in Tabelle 1. Im Folgenden werden ausgewählte Faktoren sowie übergreifende Aspekte kurz dargestellt.

Ausgewählte Faktoren zur Steigerung der Resilienz

Ein überraschendes Ergebnis der Untersuchung war die bedeutende Rolle einer „Zweitfunktion“ vieler Bildungseinrichtungen im Bereich des Bevölkerungsschutzes. Einrichtungen und ihr Fachpersonal könnten im Notfall herangezogen werden. Allerdings scheint an einigen Stellen eine implizite Erwartungshaltung zu bestehen, dass die Bewältigung der Lage, beispielsweise im Auftrag der Trägerinstitution, Vorrang vor dem regulä-

ren Lehrbetrieb hat. Im Ernstfall könnten schulische Ressourcen, Krisenmanagementstrukturen und insbesondere das Personal genutzt werden.

Ein interessanter Punkt ist, dass der Einsatz im operativen Geschäft für einige Bildungseinrichtungen einen bedeutenden Anreiz für die Personalgewinnung und -motivierung darstellt und von den Einrichtungen proaktiv angestrebt wird. Eine Integration operativer Tätigkeiten in Stellenausschreibungen und Tätigkeitsdarstellungen könnte das Berufsprofil des Fachdozenten im Bereich des Bevölkerungsschutzes für potenzielle Bewerberinnen und Bewerber attraktiver machen. Eine ideale Umsetzung erfordert jedoch die entsprechende organisationale Planung und Berücksichtigung von Lehrkräften im Overhead. Das bedeutet, dass im operativen Lehrbetrieb vergleichsweise mehr Lehrkräfte benötigt werden. Somit würde auch die „Zweitfunktion“ ausgefüllt werden können, ohne zwangsläufig die „Erstfunktion“, also die Erbringung von Bildungsangeboten, zu beeinträchtigen.

Nach Abschluss der Studie wurde die Autorin auf eine erfreuliche und bereits vor mehreren Jahren begonnene diesbezügliche Entwicklung hingewiesen: Erste Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz bilden diese „Zweitfunktion“ regulär im Personalplan ab: Das heißt, es wird ein sogenannter „Overhead“ an

Dozierenden im Bevölkerungsschutz eingestellt. Diese haben neben ihrem Lehrdeputat auch einen gewissen Prozentsatz an (operativen) Tätigkeiten im Krisenmanagement in ihrem Tätigkeitsprofil. Die damit einhergehende, eher geringfügige, Erhöhung des Lehrkörpers hat sicher weitere positive Beieffekte wie die Möglichkeit, Spitzen der Lehre abzufangen oder auch Digitalisierungsprojekte zu stärken.

Die physische Absicherung von Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz, beispielsweise durch eine ausreichende Notstromversorgung, ist ein weiterer relevanter Faktor. Sie trägt nicht nur zur Sicherung der Infrastruktur bei, sondern erhöht auch die Durchhaltefähigkeit in besonderen Lagen.

Ein vorhandener Hotelbetrieb und Stabsräume inklusive des dafür zuständigen Personals sind hier natürlich von Vorteil. In diesem Kontext ist es ratsam, die Erhaltung und den Ausbau eigener Liegenschaften sowie

Faktor	Handlungsrichtung Ebene		
	Mikro	Meso	Makro
ganzheitliche Digitalisierungskonzepte		x	x
personelle und infrastrukturelle Autarkiefähigkeit (zum Beispiel eigener Hotelbetrieb vor externer Anmietung von Räumlichkeiten und Personal)		x	x
physische Härtung der Infrastruktur		x	x
fachliche Expertise zu Krisenmanagement		x	
Trägerinstitutionen und Politik verstehen Einrichtungen als KRITIS			x
operative Krisenmanagementfähigkeit der Lehrenden bilden sich in Personalschlüssel und -struktur ab	x	x	x
Personalauswahl und -schulungen orientieren sich an pädagogischen und fachlichen/operativen Kompetenzen	x	x	x
operative Einsätze der Lehrkräfte können vertraglich vereinbart werden	x	x	x
Deputate/Tätigkeitsdarstellungen berücksichtigen erforderliche Zeiten für (digitale) Lehre und Einsatz	x	x	x
Bewältigungskapazitäten weiterer Akteursgruppen in den Einrichtungen vorhanden	x		
gezielte Bildungskampagnen und mitarbeitergerichtete Maßnahmen zur Selbstresilienz	x		
Agilität und Wandel als Teil der Schulkultur; positive Fehlerkultur		x	
externe Evaluation		x	
kluge Führungsmodelle (inklusive salutogener Führung, Führung auf Vertrauensbasis)	x		
Ausbildung, Gewinnung, Schulung von Leitungen hinsichtlich der besonderen Bedarfe der Schulen	x		x
Netzwerke zum Krisenmanagement		x	
organisationsübergreifende Personalverfügbarkeit/-einsetzbarkeit		x	
Harmonisierung von Bildungsinhalten		x	
Krisencurricula		x	
eigene Krisenmanagementbücher und -übungen finden Anwendung		x	
eigene Lehrkräfte fungieren als Coaches im Krisenmanagement für Einrichtung und Trägerorganisationen		x	
eigene Lehrmeinung in der Einrichtung umsetzen		x	
dynamische Schulstrategie beinhaltet Management systemischer Risiken		x	
Eintrag von Forschungsbedarfen in die Wissenschaft			x
Bildungsmarketing an Zielgruppen ausgerichtet			x
Einforderung organisatorischer und gesetzlicher Rahmenbedingungen für geschützte Lernräume			x
Bevölkerungsschutz in andere Bildungssysteme integrieren			x
Pädagogische Kompetenzen in der Erwachsenenbildung ausbauen			x
Bildung ganzheitlich verstehen			x
Gesamte Bildungslandschaft krisenresilient gestalten			x

Tabelle 1: Faktoren der Resilienz von Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz. Mit „Mikroebene“ sind Maßnahmen gemeint, die sich an Akteursgruppen der Einrichtung wenden. Die „Mesoebene“ betrachtet Rahmen und Handlungsspielraum der Einrichtung selbst. Die „Makroebene“ sind Einflussnahme und Beobachtung von Trägerinstitutionen, Politik und Gesellschaft. (Stolzenburg, 2023)

des Personalstamms zu priorisieren, anstatt auf Ein- und Anmietungen zurückzugreifen.

Viele in der Arbeit identifizierte Faktoren, wie beispielsweise „ganzheitliche Digitalisierungskonzepte“, setzen sich oft aus mehreren Facetten zusammen. Die digitale Lehre trägt auf verschiedenen Ebenen zur Steigerung der Resilienz des Bildungsangebots bei. Sie ermöglicht eine Anpassung an veränderte Lebens- und Arbeitswelten, was sowohl den Vorgaben der Bundesregierung als auch den Empfehlungen der Bildungswissenschaft entspricht. Zudem kann die Handlungskompetenz der Lernenden durch digitale Lehrmethoden gesteigert werden, insbesondere durch die Simulation

von unsicheren und unvorhersehbaren (fiktiven) Ereignissen. Die Digitale Infrastruktur dient auch als unmittelbare Rückfallebene, wenn Präsenzlehre kurzfristig nicht möglich ist. Digitale Maßnahmen tragen insgesamt dazu bei, die Handlungsfähigkeit der Einrichtung zu gewährleisten. Selbstverständlich ist wichtig, die IT-Infrastruktur abzusichern, um Ausfälle und Angriffe zu vermeiden. Zu einem ganzheitlichen Konzept gehört selbstverständlich eine abgestimmte Didaktisierung über verschiedene Medien hinweg.

Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz unterliegen nicht nur dem Wandel des Bildungssystems, sondern auch dem dynamischen Wandel des Systems

der Öffentlichen Sicherheit. Daher ist ein hohes Änderungspotenzial erforderlich, das mit einem Innovationspotenzial einhergeht. Ein besonderes Augenmerk sollte auf den Gesamtprozess der Organisationsentwicklung gelegt werden, wobei die Leitung von Bildungseinrichtungen umfassende Anforderungen erfüllen muss. Hierzu gehören die Rahmensetzung, die Integration systemischer Risikoanalysen in Schulstrategien, die Anwendung eigener Lehrmeinungen sowie die Praxis des eigenen Krisenmanagements. Externe Evaluationen sind ein weiterer bedeutender Faktor, um Betriebsblindheit vorzubeugen.

Fazit

Bevölkerungsschützerinnen und Bevölkerungsschützer lernen aus und in Krisen; seien es Naturkatastrophen, Pandemien oder technische Unglücke. Bildungs-

einrichtungen im Bevölkerungsschutz sind Orte, an denen dieses Lernen institutionalisiert wird. In den letzten Jahren konnte deren Resilienz gesteigert werden. Es gilt, die Resilienzfähigkeit auch prospektiv aufrecht zu erhalten und noch zu erhöhen. Dafür müssen diese Schulen und Akademien in der Lage sein, Änderungen und Wandel im Schulungsbedarf von Fach-, Führungs- und Einsatzkräften zu antizipieren und in ihre Bildungsangebote umzusetzen. Handlungsrahmen und Optionen für die Einrichtungen wurden in einer Studie untersucht. Die vorliegenden Faktoren können als ein erster Impuls für Umsetzungsmaßnahmen und auch weitere Forschungsbedarfe dienen. Viele weitere Aspekte und Akteure im Bevölkerungsschutz sind hinsichtlich ihrer Resilienzfähigkeit zu prüfen. Denn letztlich, hier zitiere ich Albrecht Broemme, trägt zur Resilienz des Bildungssystems im Bevölkerungsschutz auch bei, wenn jeder Einzelne die individuelle Resilienz steigert.

Literatur

Guerrero Lara, Anna; Gerhold Lars; Bornemann Stefan; Schwedhelm, Elmar; Müller, Jutta (2020): Bildung im Bevölkerungsschutz. Teil 1: Bildungsatlas Bevölkerungsschutz – strukturelle Merkmale der Bildung im Bevölkerungsschutz. In: Forschung im Bevölkerungsschutz. Band 26. Hrsg.: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Frankfurt.

Kleinebrahn, Anja (2022): Aus- und Fortbildung. In: Karsten, Andreas & Voßschmidt, Stefan (Hrsg.): Resilienz und Pandemie. Handlungsempfehlungen anhand von Erfahrungen mit Covid-19. Kohlhammer.

Mitschke, Thomas & Karutz, Harald (2017): Aus-, Fort- und Weiterbildung im Bevölkerungsschutz. In Karutz, Harald; Geier, Wolfram & Mitschke, Thomas (Hrsg.), Bevölkerungsschutz. Notfallvorsorge und Krisenmanagement in Theorie und Praxis. Springer-Verlag GmbH. Berlin.

Renn, Ortwin (2016): Systemic Risks: The New Kid on the Block. Environment: Science and Policy for Sustainable Development 58(2): 26-36, DOI:10.1080/00139157.2016.1134019

Kathrin Stolzenburg ist Leiterin des Referates Grundlagen der Aus- und Fortbildung, Qualitätsmanagement an der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK).

Wie mache ich meine Kommune resilienter gegenüber Cyberangriffen?

Elżbieta Behm

In enger Zusammenarbeit zwischen BBK und BSI entsteht gerade eine neue Handreichung „Kommunale IT-Krisen: Handlungsfähigkeit sichern. Ein Wegweiser zur Bewältigung und Prävention“. Sie bietet Kommunen einen niederschweligen Einstieg in das IT-Notfallmanagement, um den Auswirkungen von Cyberangriffen besser begegnen zu können. Die anschauliche Auseinandersetzung mit Cyberge-

fahren soll Kommunalverwaltungen dazu motivieren, auch bei eklatantem Ressourcenmangel notwendige Schritte zur besseren Absicherung zu unternehmen. Zahlreiche weiterführende Hinweise auf bestehende Regelungen und vorhandene Fachpublikationen bieten Möglichkeiten, in jedem angesprochenen Bereich das Wissen weiter zu vertiefen.

Seit Mitte 2021 mehren sich die Schlagzeilen über Cyberangriffe auf kommunale IT-Infrastruktur und deren Auswirkungen auf die kommunalen Dienstleistungen für die Bevölkerung (siehe Abbildung 1). Gerade der Ausfall solcher kommunalen Dienstleistungen führt uns die Bedeutung wichtiger und unersetzbarer Aufgaben der Kommunen vor Augen: Die Auszahlung der Bürgergelder, die Müllentsorgung, die Trinkwasserversorgung, die Ausstellung von Kfz-Zulassungen oder von Ausweisdokumenten sind nur einige Beispiele dessen, was Kommunen im Alltag leisten. Durch den direkten Kontakt zu ihren Bürgerinnen und Bürgern verfügen sie dazu über große Mengen sensibler Daten.

Zuletzt nutzten Cyberkriminelle insbesondere Ransomware, also Schadsoftware zur Verschlüsselung und Extraktion von Daten, um Kommunen finanziell zu erpressen. Das Resultat war teils ein monatelanger Stillstand in den betroffenen Verwaltungen. Wie konnten so viele dieser Angriffe erfolgreich durchgeführt werden? Und vor allem: Was muss sich ändern, um diesen Trend abzuwenden? Um Antworten auf diese Fragen zu finden, wurden zahlreiche Gespräche mit Verantwortlichen in kommunalen Verwaltungen, mit kommunalen IT-Dienstleistern sowie mit kommunalen Spitzenverbänden und Ländern geführt. Als Grund für die mangelnde Resilienz auf kommunaler Ebene wurde insbesondere der weit verbreitete Ressourcenmangel genannt: Finanzielle Engpässe sorgen für starke Konkurrenz um Haushaltsmittel und Fachkräftemangel führt zu fehlendem Fachwissen. Hinzu kommen wachsende Aufgaben und Anforderungen durch die Verwaltungsdigitalisierung in Verbindung mit teilweise fehlendem Bewusstsein für die abstrakten Cybergefahren.

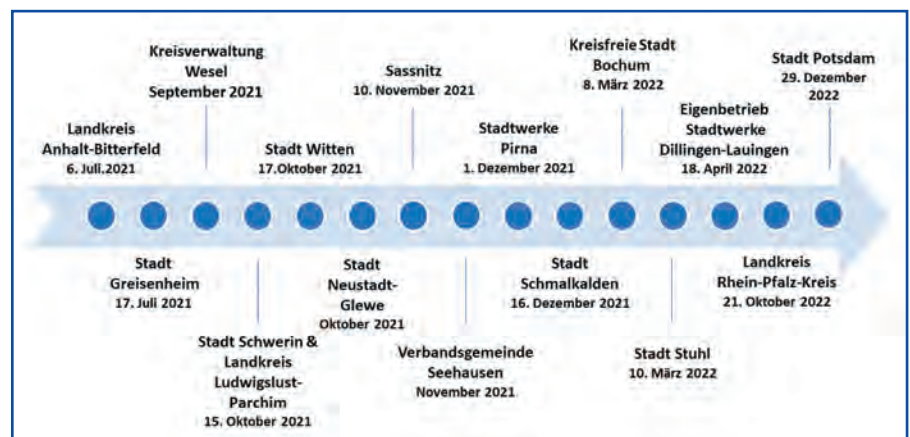


Abbildung 1: Zeitstrahl kommunaler IT-Vorfälle in Deutschland zwischen Mitte 2021 und Ende 2022 ohne Anspruch auf Vollständigkeit (Quelle: BBK).

Es wurde in den Gesprächen übereinstimmend ein starker Bedarf nach einem niedragschweligen Einstieg in die Umsetzung der existierenden Standards wie das IT-Grundschutzprofil Basis-Absicherung Kommunalverwaltung¹ der Kommunalen Spitzenverbände oder der BSI-Standard 200-4² geäußert. Es brauche eine „Übersetzung“ und pragmatische Ansätze, um den Transfer in die kommunale Praxis zu vereinfachen. Auf dieser Basis wurde die Entscheidung gefasst, eine Handreichung als Katalysator eines Verbesserungsprozesses für Risikomanagement und Informationssicherheit in deutschen Kommunalverwaltungen bereitzustellen.

¹ IT-Grundschutz-Profil: Basis-Absicherung Kommunalverwaltung | https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Grundschutz/Hilfsmittel/Profile/Basis_Absicherung_Kommunalverwaltung.html

² BSI-Standard 200-4 | https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/Unternehmen-und-Organisationen/Standards-und-Zertifizierung/IT-Grundschutz/BSI-Standards/BSI-Standard-200-4-Business-Continuity-Management/bsi-standard-200-4_Business-Continuity-Management_node.html

Für eine ganzheitliche Stärkung der Resilienz arbeiten zwei Behörden in enger Zusammenarbeit an der Handreichung: Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) ist ein Kompetenzzentrum für den Zivilschutz in Deutschland. Integriert in das allgemeine Risiko- und Krisenmanagement ist das übergeordnete Ziel, gravierende Ausfälle kritischer Dienstleistungen und damit erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit zu vermeiden. Die Vorsorge und die Minderung von Folgen möglicher Cyberangriffe stehen im Rahmen des All-Gefahren-Ansatzes hierbei im Fokus. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hat die Aufgabe, den sicheren Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu ermöglichen. Die Informationssicherheit soll als Voraussetzung der Digitalisierung verstanden und eigenverantwortlich umgesetzt werden. Neben der Entwicklung von Standards gehört auch die Beratung der Zielgruppen bei der Umsetzung geeigneter Maßnahmen zu den Kernaufgaben des BSI.

Die Handreichung richtet sich an alle lokalen Entscheidungsträger einer Kommune sowie ihre Mitarbeitenden und alle von der Thematik betroffenen Organisationseinheiten. Um den Ablauf und die potentiellen Auswirkungen eines Cyberangriffs auf die eigene Kommune greifbar zu machen, wird in jedem Kapitel der Bezug zu einem durchgehenden Beispielszenario hergestellt. Auf diese Weise sollen Berührungspunkte im Umgang mit abstrakten Bedrohungen aus dem Cyberraum abgebaut und ein Grundverständnis für im Hintergrund laufende Prozesse geschaffen werden. Gleichzeitig werden Möglichkeiten zur Prävention und Reaktion aufgezeigt.

Für die Mitarbeitenden der kommunalen Verwaltung, ob mit dem IT-Betrieb oder dem allgemeinen Risiko- und Krisenmanagement betraut, fasst das Dokument die wichtigsten Aspekte zur Prävention und Reaktion zusammen. Auch Angestellte für die Öffentlichkeitsarbeit oder mit Bürgerkontakt können von den Ausführungen zur Krisenkommunikation profitieren. Verweise auf weiterführende Publikationen und Standards erlauben eine vertiefende Auseinandersetzung mit den einzelnen Thematiken.

Die einzelnen Kapitel führen durch die Phasen eines Cyberangriffs: Vor dem Angriff findet die Prävention statt. Je besser in dieser Phase die Anforderungen der Informationssicherheit und des IT-Notfallmanagements umgesetzt werden, desto geringer die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Angriffs und desto geringer das Ausmaß des Schadens. Zu Beginn des Cyberangriffs wird dieser detektiert, dann beginnt die Phase der Reaktion. Je besser die notwendigen Meldewege und Sofortmaßnahmen vorgedacht wurden, desto schneller können sie umgesetzt und desto eher kann der Schaden begrenzt werden. Anschließend folgt die Phase der Wiederherstellung und Nachbereitung, einschließlich der Aufbereitung der gewonnenen Erkenntnisse. Ergänzt wird dies durch einen Wegweiser zu weiteren für das kommunale Risikomanagement relevanten Themen wie Strom- oder Kommunikationsausfall, Sabotageschutz oder allgemeinere Resilienzsteigernde Maßnahmen. Die Handreichung ist dabei modular aufgebaut. So können Lesende in



Abbildung 2: Der Schutz der digitalen Verwaltung muss verbessert werden. (Quelle: © Levin / stock.adobe.com)

Teilbereiche und -aspekte einsteigen, die aus eigener Perspektive am dringlichsten erscheinen oder bei denen sich Synergien zu anderen internen Veränderungsprozessen herstellen lassen. Die Handreichung ist jedoch keine Schritt-für-Schritt-Anleitung oder Musterrichtlinie. Sie bietet erste Anhaltspunkte für den Einstieg in die Verbesserung der eigenen Resilienz. Für geeignete Präventions- und Reaktionsprozesse müssen zudem die jeweils lokalen rechtlichen, organisatorischen und technischen Gegebenheiten in Betracht gezogen werden.

Die Gewährleistung der Informationssicherheit trägt wesentlich zur Resilienz einer Kommune bei und ist ein essentieller Bestandteil bei der Prävention von Cyberangriffen. Das BSI hat daher parallel zu dieser Handreichung den „Weg in die Basisabsicherung“ (WiBA)³ entwickelt. WiBA bietet einen niedrighschwelligigen und ressourcenschonenden Einstieg in die Informationssicherheit, mit dem gerade kleinere Kommunen eine erste Sachstandserhebung durchführen können: Anhand themenspezifischer Checklisten mit konkreten Prüffragen und zugehörigen Hilfsmitteln können Kommunen die dringlichsten Maßnahmen für die Informationssicherheit aufwandsarm identifizieren und umsetzen, sodass im Anschluss das IT-Grundschutz-Profil „Basis-Absicherung Kommunalverwaltung“ nahtlos bearbeitet werden kann.

Mit diesen neuen Angeboten möchten BBK und BSI in behördenübergreifender Zusammenarbeit einen praktischen Beitrag zur Resilienzsteigerung in Kommunalverwaltungen leisten. Demnächst kann „Kommunale IT-Krisen: Handlungsfähigkeit sichern. Ein Wegweiser zur Bewältigung und Prävention“ in der Mediathek auf www.bbk.bund.de heruntergeladen und bestellt werden.

Elżbieta Behm ist Absolventin des Studiengangs „Katastrophenvorsorge und -management“ an der Universität Bonn und arbeitet seit 2004 an verschiedenen Stellen im BBK. Seit 2021 ist sie im Referat Strategie KRITIS, Cyber-Sicherheit KRITIS tätig. Als BBK-Verbindungsperson im Nationalen Cyber-Abwehrzentrum beschäftigt sie sich mit bevölkerungsschutzrelevanten Auswirkungen von IT-Vorfällen.

³ <https://www.bsi.bund.de/dok/WIBA>

Erfahrungsaustausch zu den Entwicklungen im Katastrophenschutz auf Ebene der Länder

Karsten Göwecke und Frank Blümel



Abbildung: Gruppenbild des Workshops „Krisen kreieren Chancen“ vor dem Gebäude des DIN e. V. (Foto: Stephan Müller)

Die Projektgruppe der Senatsverwaltung für Inneres und Sport zur Schaffung einer zentralen behördlichen Struktur für den Katastrophenschutz in Berlin lud gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Normung (DIN e. V.) am 28. und 29. November 2023 nach Berlin zu einem Workshop ein. Herr Senatsdirigent Klaus Zuch, Abteilungsleiter Öffentliche Sicherheit und Ordnung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, überbrachte in Vertretung für Frau Innensenatorin Iris Spranger Grußworte.

Innensenatorin Iris Spranger hatte im Dezember 2022 das Projekt initiiert. Herr Zuch blickte auf die Aufgaben für den nächsten Doppelhaushalt der Jahre 2024 und 2025: Ein wichtiges Anliegen, aus den Erfahrungen der Pandemie, wäre die Schaffung eines Rumpf- und Krisenstabes, der Berliner Behörden in Krisenlagen unterstützen kann. Um die Reaktionszeiten in einer Katastrophe zu verkürzen, müssten Strukturen und Standards zukünftig vereinheitlicht werden. Für die schnelle und

effiziente Bereitstellung von Einsatz- und Hilfsmitteln werden funktionsfähige Katastrophenschutzlager benötigt. Seitens des DIN begrüßten die Chief Operating Officer (COO) Herr Dr. Michael Stephan und Frau Dr. Bärbel Wernicke die Anwesenden und informierten über die nationalen, europäischen und internationalen Normungsaktivitäten bei DIN, speziell um den Sicherheitsbereich sowie über die Wirkungsweise von der Erstellung bis zur Anwendung von Normen und Standards.

In die Veranstaltung wurde durch den Leiter der Projektgruppe, Karsten Göwecke, eingeführt. Sehr gute Erfahrungen lagen aus dem Dialog mit den Akteuren im Bevölkerungsschutz in etlichen Bundesländern und im deutschsprachigen Ausland der letzten Monate vor. Der bisherige Austausch hatte gezeigt, dass man sich derzeit in allen Bundesländern mit sehr ähnlichen Themen beschäftigt und die zentralen Strukturen im Bevölkerungsschutz auf Ebene der oberen und obersten Katastrophenschutzbehörden weiterentwickelt werden.

Ziel der Veranstaltung war, den Erfahrungsaustausch fortzusetzen und die Vorstellung von einzelnen konkreten Katastrophenschutzprojekten zu ermöglichen. Man konnte aus den Inhalten der Vorträge schnell erkennen, dass sich die meisten Bundesländer mit strukturellen Veränderungen innerhalb des Katastrophenschutzes beschäftigen, wobei die resiliente digitale Krisenkommunikation, die schnelle Verfügbarkeit von Lagebildern, die Verbesserung der zentralen Koordinations- und Führungsfähigkeit auf Landesebene, die Warnung der Bevölkerung, die Bereitstellung von Mangelressourcen, die Stärkung der operativen Fähigkeiten und auch konkrete Projekte wie die Einrichtung von „Katastrophenschutzleuchttürmen“ Schwerpunkte sind.

Der Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Ralph Tiesler, betonte die Notwendigkeit solcher Veranstaltungsformate für den Bevölkerungsschutz. Die zunehmende Bedeutung der zivil-militärischen Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland war ein weiterer Schwerpunkt seines Vortrages.

Albrecht Broemme, ehemaliger Landesbranddirektor der Berliner Feuerwehr und Ehrenpräsident des Technischen Hilfswerkes, forderte die Anwesenden in seinem Impulsvortrag auf, föderale Aspekte bei dem Aufbau behördlicher Strukturen im Katastrophenschutz zu berücksichtigen. Aus seiner Sicht sei es beispielsweise wichtig, operative Ansprechstellen für das BBK in den Bundesländern zu schaffen.

Es folgten neben den Vorträgen der Vertreter der Bundesländer Impulsvorträge zum gesundheitlichen Bevölkerungsschutz und zur Normung und Standardisierung im Sicherheitsbereich. Aber auch das „Netzwerken“, also das Zusammenbringen von unterschiedlichen Akteuren, war ein Ziel dieser zweitägigen Veranstaltung.

Insgesamt nahmen Vertreter aus acht Bundesländern und weitere Akteure im Katastrophenschutz teil: Bayern, Berlin, Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Hamburg, BBK, Deutsches Institut für Normung, Berliner Feuerwehr und Polizei Berlin.

Innerhalb der Arbeitsgruppen wurde sich eingehender mit den Themen Lagebild, Katastrophenschutzlager und mit der Abgrenzung ministerieller und operativer Aufgaben befasst. Zum Thema Lagebild wurden verschiedene Ansätze erarbeitet, beispielsweise welche Informationen benötigt der Anwender eines Lagebildes, oder für welche Akteure ist ein Lagebild von besonderer Bedeutung. Ein weiterer Punkt war es, eine Definition für ein Lagebild abzuleiten. Die Gruppe Katastrophenschutzlager beschäftigte sich mit den Fragen, welche Aufgaben ein Katastrophenschutzlager übernehmen soll und was für eine Rolle die Logistik dabei spielt. Weitere Schwerpunkte waren die örtliche Lage und der Lagerumfang. Die dritte Gruppe setzte sich mit dem Thema Abgrenzung ministerieller und operativer Aufgaben auseinander, mit den Schwerpunkten Argumente für und gegen eine Trennung oder Zusammenlegung zu erarbeiten.

Für die Beteiligten war die Veranstaltung besonders hilfreich, um einen Überblick zu bekommen, wie der Katastrophenschutz in den anderen Bundesländern umgesetzt wird. Erkenntnisreich waren die unterschiedlichen Planungs- und Realisierungsstände innerhalb der einzelnen Bundesländer. Auch der sehr große Unterschied hinsichtlich der laufenden und geplanten Investitionen war bemerkenswert. Alle Teilnehmenden wünschten sich eine Fortsetzung des Formates und hofften dabei auch Informationen aus den übrigen Bundesländern zu bekommen. Ein Netzwerk für die Zukunft!

Karsten Göwecke ist Leiter der Projektgruppe zur Schaffung einer zentralen behördlichen Struktur für den Katastrophenschutz in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport in Berlin.

Frank Blümel ist Mitarbeitender der Projektgruppe zur Schaffung einer zentralen behördlichen Struktur für den Katastrophenschutz in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport in Berlin.

Resilienz und Kulturgutschutz in der Kultur

Olaf Zimmermann



Abbildung 1: Seit 1961 werden wichtige Kulturgüter auf Digitalisaten und Mikrofilmen festgehalten. Inzwischen sind es mehr als eine halbe Milliarde. (Quelle: BBK / Holzern)

Zweimal unterbrochener Heulton, nach 30 Sekunden eine Wiederholung, dieser sogenannte ABC-Alarm warnte in meiner Kindheit regelmäßig vor dem Einsatz atomarer, biologischer oder chemischer Waffen. Regelmäßig wurde so wachgehalten, dass es jeden Moment anders sein kann, dass Handlungsfähigkeit und vor allem Schutz im Notfall dringend erforderlich sind. Einen großen Stellenwert hatten dabei die Übungen vor militärischen Angriffen. Manöver von NATO-Truppen, insbesondere US-amerikanischer Einheiten, gehören zu meinen westdeutschen Kindheitserinnerungen. Mit dem Fall der Mauer schien dieses nicht mehr erforderlich zu sein. Manche sprachen gar vom Ende der Geschichte, zumindest aber hatte der Kalte Krieg seinen Schrecken verloren. Manöver waren von gestern. Ebenso war es ewiggestrig, Vorräte anzulegen. Der weltweite Markt schien alles ‚just in time‘, also zu dem Zeitpunkt, wo es gebraucht wurde, kostengünstig anzubieten. Produktion in Europa oder gar in Deutschland galt als zu teuer.

Drei Jahre Corona-Pandemie haben gezeigt, dass fehlende Vorsorge äußerst kurzsichtig war. Sie haben verdeutlicht, wie Lieferketten zusammenbrechen, wie plötzlich selbst elementare Utensilien im Krankenhaus wie Masken oder Schutzkittel fehlen. In diesem Winter fehlen schon das zweite Jahr in Folge Arzneimittel zur Behandlung von bakteriellen Infektionen bei Kindern und auch Erwachsene, die Medikamente benötigen, bekommen immer öfter in einer Apotheke zu hören, dass ein Medikament weder vorhanden ist noch kurzfristig bestellt werden kann. Die Auslagerung der Medikamentenproduktion an vermeintlich preiswertere Standorte kommt uns teuer zu stehen.

Die Hochwasser an Ahr und Erft im Sommer 2021 haben einmal mehr vor Augen geführt, welche dramatischen Auswirkungen Starkregen haben können und dass die bisherige Art des Bauens an Flussnähe im Vertrauen darauf, dass schon nichts passieren wird, dringend hinterfragt werden muss. Die Dürren in den letzten Som-

mern und fehlende langsame Sommerregen führen nicht nur zu Ernteeinbrüchen, sie stellen auch die Gartenkultur, insbesondere den Schutz und die Pflege historischer Gärten, vor neue Herausforderungen.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine und der seit mehr als einem Jahr andauernde Krieg zeigen, dass in Europa, fast in unserer unmittelbaren Nachbarschaft Kriege möglich sind. Mit ‚Zeitenwende‘ wird die vor wenigen Jahren kaum vorstellbare Aufrüstung beschrieben.

Krankheiten, Klima, Krieg, das sind nur drei Bedrohungen, mit denen sich die gesamte Gesellschaft und so auch der Kulturbereich auseinandersetzen müssen. Sie verlangen Vorsorge und Investitionen, deren Nutzen auf den ersten Blick nicht zu erkennen ist. Vorsorge im Kulturbereich ist wenig ‚sexy‘, sie kann nicht ausgestellt werden. Lobeshymnen in den Feuilletons sind kaum zu erwarten.

Aktuell stehen drei Maßnahmen an, um den Kulturbereich vor Katastrophen besser zu schützen: die Umsetzung des Sendai Rahmenwerks, das KRITIS-Dachgesetz und das Klimafolgeschutzgesetz. Bei allen drei Maßnahmen sollte der Sachverstand aus dem Kultursektor eingebunden werden und vor allem kommt es bei allen drei auf den kooperativen Kulturföderalismus an. Denn: Katastrophenschutz ist zuallererst Aufgabe der Länder und Kommunen.

Sendai Rahmenwerk und Kultur

Das Sendai Rahmenwerk wurde im Jahr 2015 auf der dritten Weltkonferenz zur Reduzierung von Katastrophenrisiken in Sendai in Japan verabschiedet. Es wurde zeitgleich zur UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und zum Pariser Klimaabkommen entwickelt. Alle drei Dokumente wurden 2015 von der Weltgemeinschaft verabschiedet, um vor Katastrophen zu schützen und die Gesellschaften in die Lage zu versetzen, Gefährdungen zu erkennen, sich gegebenenfalls anzupassen, sie umzuwandeln und sich davon zu erholen. Also, resilienter zu werden. Im Sendai Rahmenwerk werden Pandemie, Naturkatastrophen beziehungsweise der Klimawandel angesprochen. Die deutsche Interpretation des Sendai Rahmenwerks im Rahmen der deutschen Resilienzstrategie zielt darauf ab:

- das Katastrophenrisiko zu verstehen,
- die Institutionen zu stärken, um das Katastrophenrisiko zu steuern,
- in die Katastrophenvorsorge zu investieren, um die Resilienz zu stärken,
- die Vorbereitung auf den Katastrophenfall zu verbessern und einen besseren Wiederaufbau ermöglichen,
- die internationale Zusammenarbeit zu stärken.

Es geht also darum, einen ganzheitlichen Ansatz zur Katastrophenvorsorge zu entwickeln und das Bewusstsein für die Vorsorge zu schärfen. Besonders wichtig ist

im Sendai Rahmenwerk, dass staatliche und nichtstaatliche Akteure zusammenarbeiten. Federführend für die Umsetzung des Sendai Rahmenwerks ist das Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) als nachgeordnete Behörde. Das BBK ist auch Ansprechpartner für den Kulturgutschutz und hat beispielsweise einen entsprechenden Leitfaden für die Kulturgut bewahrenden Einrichtungen erstellt. Ferner hat das BBK die Federführung für die Bundessicherungsverfilmung. Hier werden seit 1961 historisch bedeutsame Dokumente verfilmt. Dabei findet eine enge Zusammenarbeit von Bund und Ländern sowie der Stiftung Preussischer Kulturbesitz statt. Die Mikrofilme werden seit 1975 im Barbarastollen im baden-württembergischen Oberried in speziellen Edelstahlbehältern gelagert. Seit einigen Jahren werden statt einer Verfilmung auf Mikrofilm die Dokumente digitalisiert. Inzwischen ist der Bestand auf über eine Milliarde Digitalisate und Mikrofilme angewachsen. Es handelt sich jeweils um Dokumente mit besonderer Aussagekraft zur deutschen Geschichte und Kultur. Das BBK setzt damit die Verpflichtungen um, die die Bundesrepublik Deutschland mit der Ratifizierung der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten im Jahr 1967 eingegangen ist. Bei dieser Regelung muss es nicht nur bleiben, im Sinne eines zukunftsweisenden Kulturgutschutzes ist sie um die Langzeiterhaltung von digitalisiertem und genuin digitalem Kulturgut in Bund und Ländern zu erweitern. Mit der Etablierung der Nationalen Kontaktstelle für die deutsche Resilienzstrategie und das Sendai Rahmenwerk (NKS) beim BBK wurde der Aktionsradius für den Kulturgutschutz über die Haager Konvention hinaus ausgeweitet.

Innerhalb des Kultursektors ist das Sendai Rahmenwerk mit seinem Nachhaltigkeitsansatz leider noch viel zu wenig bekannt. Viele im Kultursektor haben sich inzwischen mit der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung auseinandergesetzt und diskutieren ihre Anwendung beziehungsweise Umsetzung in den verschiedenen Sektoren des kulturellen Lebens. Insbesondere in der Baukultur, der Designbranche sowie der kulturellen Bildung hat sich die UN-Agenda 2030 als ein wesentliches Referenzdokument etabliert. Das Sendai Rahmenwerk sollte einen ähnlich wichtigen Stellenwert einnehmen, insbesondere mit Blick auf die anzustrebende Resilienz des Kultursektors. Der Deutsche Kulturrat setzt sich daher dafür ein, dass das Sendai Rahmenwerk im Kultursektor mehr Bekanntheit erlangt und die Zusammenarbeit mit der Nationalen Kontaktstelle für die deutsche Resilienzstrategie und das Sendai Rahmenwerk (NKS) beim BBK verstärkt gesucht wird.

KRITIS-Dachgesetz

Mit dem KRITIS-Dachgesetz, kurz für Kritische-Infrastruktur-Dachgesetz, soll die EU-Richtlinie zur Siche-

Die Kritische Infrastruktur in deutsches Recht umgesetzt werden. Kritische Einrichtungen im Sinne der EU-Richtlinie sind: Energieversorgung (Strom, Fernwärme und -kälte, Erdöl, Erdgas, Wasserstoff), Verkehr (Luftfahrt, Schienenverkehr, Schifffahrt, Straßenverkehr, öffentlicher Verkehr), Bankwesen, Finanzmarktinfrastrukturen, Gesundheit, Trinkwasser, Abwasser, Digitale Infrastruktur, öffentliche Verwaltung, Weltraum. Ziel ist es, auf Pandemien, Krieg, Naturkatastrophen et cetera gemeinschaftlich reagieren zu können. Hierzu sollen Mindestvorgaben im Bereich der physischen Sicherheit sowie ein Resilienzplan entwickelt werden, der regelmäßige Risikobewertungen und Maßnahmen zur Sicherung der Infrastruktur vorsieht. In der EU-Richtlinie ist Kultur nicht explizit genannt. Umso wichtiger ist es nun, auf der nationalen Ebene Kultur einzubeziehen und dabei beim dringend erforderlichen Kulturgutschutz nicht stehen zu bleiben, sondern ebenso die Kulturrorte in ihrer Breite und die immaterielle Kultur in den Blick zu nehmen.

Der erste Referentenentwurf aus dem Bundesministerium des Innern und Heimat verweist die Kultur in die Zuständigkeit der Länder, was unter anderem zur Folge hätte, dass in einem Katastrophenfall das Bundesministerium des Innern und für Heimat mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien im Unterschied zu anderen Ressorts kein Einvernehmen über zu ergreifende Maßnahmen herstellen müsste. Der bisherige Referentenentwurf ist ein deutlicher Rückschritt hinsichtlich der geübten Praxis. In den aktuell geltenden zwischen Bund und Ländern abgestimmten Regelungen wird Kultur als Kritische Infrastruktur geführt, weil ihr mit Blick auf die Identitätsstiftung eine besondere Rolle zukommt wie zum Beispiel Theatern oder Konzerthäusern. In Kulturrorten, wie Archiven, Bibliotheken und Museen, werden identitätsstiftende Kulturgegenstände und Dokumente aufbewahrt.

Klimafolgeschutzgesetz

Die Erarbeitung eines Klimafolgeschutzgesetzes wurde von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im Koalitionsvertrag vereinbart. Hier geht es in erster Linie darum, angesichts des Klimawandels, die unterschiedli-

chen Anforderungen aus dem Kulturbereich in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen. Erste Konsultationen mit dem Kultursektor fanden im Dezember 2023 statt. Sie können aber erst den Anfang bilden. Es kommt darauf an, bei der Erarbeitung des Klimafolgeschutzgesetzes den Kulturbereich von Anfang an mit zu bedenken. Es geht darum, das kulturelle Erbe in seiner ganzen Vielfalt vor den Folgen des Klimawandels zu schützen beziehungsweise an den Klimawandel angepasste Strategien zu entwickeln. Beispiele hierfür sind Schutzmaßnahmen vor Hochwasser oder auch die Sicherung von Landschaftsdenkmälern durch angepasste Pflanzstrategien.

Notfallallianz Kultur

Neben den gesetzlichen Maßnahmen beziehungsweise der Umsetzung internationaler Verpflichtungen spielt im Kultursektor auch der gegenseitige Austausch und im Notfall die Unterstützung eine wichtige Rolle. Auf Initiative der Kulturstiftung der Länder wurde daher die Notfallallianz Kultur gebildet. Sie ist ein gesamtgesellschaftliches Bündnis und vereint Institutionen und Organisationen, die im Krisenfall jeweils eigenständig und im Rahmen ihrer spezifischen Fähigkeiten und Möglichkeiten unterstützen können. Das kann von der Weitergabe von Informationen über die Bereitstellung von Know how bis hin zur Weitergabe von Materialien reichen.

Darüber hinaus bietet die Notfallallianz Kultur ein Forum, um sich gegenseitig über ergriffene Resilienzmaßnahmen zu informieren und Erfahrungen auszutauschen. Der Deutsche Kulturrat wirkt in der Notfallallianz Kultur mit und sieht sich in der Rolle, den Kulturbereich in seiner Breite für das Thema zu sensibilisieren.

Die Stärkung der Resilienz des Kultursektors ist ein unverzichtbarer Baustein nachhaltiger Kulturpolitik und muss auf den verschiedenen politischen Ebenen, den Kommunen, den Ländern und dem Bund, konsequent verfolgt werden. Es ist erforderlich eine entsprechende Vorsorge vor Katastrophen wie Krieg, Wetterextremen und Pandemien getroffen wurde. Das ist zwar wenig sexy, für die Resilienz des Kultursektors aber unverzichtbar.

Mehr Resilienz durch Klimaanpassung

Wie eine neue nationale Strategie aussehen könnte

Christina Nikogosian



Abbildung 1: Extremwetter wie Starkregen werden in Zukunft häufiger auftreten. (Quelle: © Levin / stock.adobe.com).

Die Anpassung an den Klimawandel ist eine der großen Aufgaben unserer Zeit. Wie kaum eine andere umfasst sie zahlreiche ineinandergreifende Themen- und Handlungsfelder, deren Institutionen sich langfristig gegenüber den negativen Auswirkungen des Klimawandels als robust erweisen sollten – von Gesundheit über Infrastrukturen, Wasser oder Wirtschaft bis hin zum Bevölkerungsschutz. Aktuelle Entwicklungen auf nationaler Ebene, darunter die Erarbeitung einer neuen vorsorgenden Klimaanpassungsstrategie mit messbaren Zielen, tragen unmittelbar zur Resilienzsteigerung in all diesen Sektoren sowie auf gesamtgesellschaftlicher und -staatlicher Ebene bei – und sie sind wichtiger denn je.

Die Erderwärmung ist auch in Deutschland bereits in vollem Gange. Dies spiegeln die Messdaten im neuen Monitoringbericht zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel der Bundesregierung wider, nach denen die Temperaturen von Luft, Wasser und Boden in den vergangenen Jahren weiter gestiegen sind und sich

extreme Wetterereignisse wie Dürren und Hitzewellen signifikant häufen [1].

Damit einhergehend verstärken sich auch die Auswirkungen für Mensch, Umwelt und Infrastrukturen. Allein zwischen 2018 und 2020 starben in Deutschland rund 19.300 Menschen zusätzlich infolge von Hitzeperioden [2]. Auch das extreme Starkregen- und Überflutungsereignis im Juli 2021 mit einem Schwerpunkt im Westen Deutschlands führte mit seinen schwerwiegenden Folgen vor Augen, wie sich die Klimakrise hierzulande äußern kann.

Dabei verursachen nicht nur die medizinischen Notfälle und Aufräumarbeiten, sondern auch Funktionseinschränkungen bis hin zu Ausfällen im Bereich des Verkehrs, der Energie-, Wasser-, Lebensmittel- oder Gesundheitsversorgung neben zahlreichen weiteren Aufgaben regelmäßig Einsatzspitzen der Organisationen im Bevölkerungsschutz. Im Juli 2021 etwa waren allein in Nordrhein-Westfalen bis zu 23.000 Einsatzkräfte in über

43.000 Einsätzen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr gebunden [3]. Ereignisse dieser Art werfen mit Nachdruck die Frage auf, wie derartige hohe Einsatzbelastungen bei einer Zunahme der Ereignisse künftig noch durch das überwiegend ehrenamtlich getragene Bevölkerungsschutzsystem bewältigt werden können.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund gewinnt neben den langjährigen nationalen sowie internationalen Bemühungen zum Klimaschutz auch die Anpassung an die als nicht mehr vermeidbar geltenden Folgen mehr und mehr an Bedeutung.

Bundeseitig wird dies aktuell unter anderem durch die Verabschiedung eines neuen Gesetzes unterstrichen, welches die staatlichen Anstrengungen zur Klimaanpassung auf die Stufe einer bisher nicht dagewesenen Verbindlichkeit hebt.

Ein neuer gesetzlicher Rahmen für die Klimaanpassung

Am 16. November 2023 wurde der Entwurf eines Bundes-Klimaanpassungsgesetzes (KANg) vom Bundestag beschlossen. „Ziel dieses Gesetzes ist es, zum Schutz von Leben und Gesundheit, von Gesellschaft, Wirtschaft und Infrastruktur sowie von Natur und Ökosystemen negative Auswirkungen des Klimawandels, insbesondere die drohenden Schäden, zu vermeiden oder, soweit sie nicht vermieden werden können, weitestgehend zu reduzieren“ (§ 1 Satz 1 KANg-Entwurf). Wesentliche der darin angesprochenen Schutzgüter – Mensch, Infrastrukturen und natürliche Lebensgrundlagen – sind auch aus Sicht des Bevölkerungsschutzes immanent. Mit dem Ziel der Vermeidung beziehungsweise Reduktion von Schäden wird an die Widerstandsfähigkeit der genannten Bereiche gegenüber den bisherigen und noch zu erwartenden klimatischen Veränderungen appelliert – und damit per se an die Erhöhung der sozioökonomischen und ökologischen Resilienz.

Dementsprechend weisen die im KANg festgelegten Mittel für die Zielerreichung auch einige Parallelen zu Inhalten der deutschen Resilienzstrategie auf (mehr dazu ab Seite 2 im Heft). Um etwa das Katastrophenrisiko besser zu verstehen (Handlungsfeld 1 der Resilienzstrategie), ist auch im KANg die regelmäßige Erstellung einer Klimarisikoanalyse nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft vorgesehen, welche bereits seit Jahren zur etablierten Berichtspraxis im Kontext der nationalen Klimaanpassung zählt. Vergleichbar mit der Empfehlung der Resilienzstrategie, Erkenntnisse aus Trendanalysen und Risikobewertungen konsequent in die Konzepte zum Katastrophenrisikomanagement auf allen Ebenen



Abbildung 2: Auch in Deutschland kam es in den letzten Jahren immer wieder zu Waldbränden. (Quelle: © gilitukha / stock.adobe.com)

einzubringen, soll die bundesweite Klimarisikoanalyse eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung einer neuen, nationalen Klimaanpassungsstrategie bilden. Neben dem Bund werden mit dem KANg aber auch Länder und Kommunen zur Erstellung von Klimaanpassungsstrategien und -konzepten verpflichtet.

Die neue vorsorgende Klimaanpassungsstrategie des Bundes

Im Jahr 2008 wurde mit Verabschiedung der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) erstmalig ein strategischer Rahmen für die Klimaanpassung in Deutschland gesetzt. Seitdem wurden ressortübergreifende Gremien sowie ein Berichtszyklus für die Fortschreibung und Umsetzung der DAS fest etabliert und zahlreiche wirkungsvolle Maßnahmen in den verschiedenen Handlungsfeldern ergriffen. Anders als für den Klimaschutz ist die Messbarkeit der Erreichung von Zielvorgaben für die Anpassung allerdings sehr begrenzt. Mit anderen Worten: Wann die getroffenen Maßnahmen ausreichend sind, um den Klimafolgen zu begegnen, ist in aller Regel eine willkürliche Entscheidung. Ursächliche Faktoren hierfür sind unter anderem die Komplexität in der Messung von Anpassungserfolgen und die normative Wertung, welche mit der Festlegung eines gerade noch hinnehmbaren Schadens (zum Beispiel der Anzahl von Hitzetoten) häufig einhergeht.

Um Maßnahmen und Ressourcen künftig dennoch konsequenter ausrichten zu können, soll die bestehende DAS bis Ende September 2025 zu einer neuen Strategie mit messbaren Anpassungszielen weiterentwickelt werden. Für jedes der Ziele werden Indikatoren mit entsprechender Datengrundlage sowie geeignete Maßnahmen des Bundes als Beitrag für die Zielerreichung definiert und, sofern erforderlich, auch Empfehlungen für Maßnahmen weiterer Akteure ausgesprochen. Die Zieleentwicklung geschieht dabei entlang unterschiedlicher Themencluster wie Gesundheit, Wasser, Wirtschaft,

Land und Landnutzung oder Infrastruktur. Als Teil des Clusters „Stadtentwicklung, Raumplanung und Bevölkerungsschutz“ werden auch Anpassungsziele für den Bevölkerungsschutz erarbeitet, die sich nach derzeitigem Stand im Bereich einer Verbesserung der Warnung sowie der Information und Vorsorge der Bevölkerung abzeichnen – Themenfelder also, die unmittelbar auf die Erhöhung der gesamtgesellschaftlichen Resilienz abzielen.

Daneben lassen aber auch einige in anderen Clustern formulierte Ziele und Maßnahmen auf eine längerfristige Entlastung für den operativen Bevölkerungsschutz hoffen, indem durch deren Umsetzung einsatzrelevante Schäden an Menschen oder Infrastruktur verringert werden.

Förderung und Kompetenzaufbau für Kommunen

Auch unabhängig von den Zielen und Maßnahmen der Strategie gilt allerdings, dass die Resilienzsteigerung vor Ort in puncto Klimaanpassung nur mit Hilfe von ausreichend Finanzierungsmitteln und der nötigen Fachexpertise gelingen kann. Um Kommunen in diesen

Punkten zu unterstützen, hat das Bundesumweltministerium bereits 2022 das Sofortprogramm Klimaanpassung auf den Weg gebracht, mit dessen Hilfe erste Schritte und Maßnahmen zügig in die Praxis gebracht werden sollten [4]. Zu den konkreten Instrumenten des Programms zählen dabei insbesondere die finanzielle Förderung von kompetenz- und resilienzsteigernden Maßnahmen (zum Beispiel der Einstellung von Klimaanpassungsmanager*innen) sowie die Ausweitung von Informations-, Beratungs- und Vernetzungsangeboten für Kommunen, allem voran durch das im Juli 2021 neu gegründete Zentrum KlimaAnpassung (ZKA).

Der Dringlichkeit der Klimaanpassung wird in diesem Sinne nunmehr auf verschiedenen Ebenen verstärkt Rechnung getragen. Wenn Resilienz als Ziel dabei nicht nur als Robustheit von Staat, Umwelt und Gesellschaft gegenüber negativen Einflüssen, sondern vielmehr auch als Chance zur Transformation verstanden wird [5], kann die Anpassung an den Klimawandel einen elementaren Beitrag für die nachhaltige Weiterentwicklung jeglicher betroffenen und verantwortlichen Bereiche bewirken – auch des Bevölkerungsschutzes.

Literatur

- [1] Umweltbundesamt (2023): Monitoringbericht 2023 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel.
- [2] Winklmayr, C., Muthers, S., Niemann, H., Mücke, H-G., an der Heiden, M. (2022): Heat-Related Mortality in Germany From 1992 to 2021. In: Deutsches Ärzteblatt International 2022/119, S. 451–457.
- [3] Bundesministerium des Innern und für Heimat, Bundesministerium für Finanzen (o. J.): Bericht zur Hochwasserkatastrophe 2021: Katastrophenhilfe, Wiederaufbau und Evaluierungsprozesse.
- [4] Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (2022): Sofortprogramm Klimaanpassung.
- [5] Abeling, T., Daschkeit, A., Mahrenholz, P., Schauser, I. (2018): Resilience – A Useful Approach for Climate Adaptation? In: Fekete, A., Fiedrich, F. (Hrsg.): Urban Disaster Resilience and Security. S. 461–471.

Christina Nikogosian ist Referentin im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und dort für das Themenfeld „Klimakrise und Bevölkerungsschutz“ zuständig.

Resilienzzentrum Ostalbkreis

Ein Praxisbeispiel zur Verbesserung der Resilienz der Bevölkerung im Ostalbkreis

Petra Weber

Vorbemerkung der Autorin:

Als eine von 11 Regionen in Deutschland erhält der Ostalbkreis Fördermittel in Höhe von knapp 700.000 Euro aus dem Bundesprogramm ländliche Entwicklung, kurz BULE, des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen. Das Geld fließt in den modellhaften Aufbau des „Resilienzzentrums Ostalbkreis“. Das Resilienzzentrum hat als übergeordnetes Ziel, den Kreis und somit die Bürgerschaft gegenüber krisenhaften Ereignissen resilienter, also widerstandsfähiger zu machen. „Die vergangenen und aktuellen Krisen haben uns deutlich vor Augen geführt, dass wir uns auf allen Ebenen besser vorbereiten müssen. Nur so werden wir uns bei weiteren Ereignissen schneller erholen und gestärkt aus der Krise hervorgehen.“, betonte Landrat Dr. Joachim Bläse und etablierte das Resilienzzentrum als Novum in der

Vorsorgelandschaft im Ostalbkreis. Es sieht neben der Einrichtung eines Risikodialoges innerhalb der Landkreisverwaltung und der Vernetzung aller bisherigen Beteiligten im Vorsorgeprozess vor, die Bevölkerung mit einzubinden und über Bildungs- und Informationsangebote zu sensibilisieren und zu unterstützen, die Eigenvorsorge und Selbsthilfefähigkeit zu stärken. Kooperationspartner des Landratsamts im Projekt sind das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg, der Regionalverband Ostwürttemberg, das Bildungsbüro des Ostalbkreises (BiRO), die Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd, die Hochschule Aalen sowie die Hochschule für Gestaltung Schwäbisch Gmünd.

Bedrohungslagen, wie zum Beispiel Überflutungen, Stromausfälle, Extremwetterereignisse gab es mehr oder weniger schon immer, und auch die Verunsicherung hierzu. Jedoch gibt es viele Faktoren, insbesondere Veränderungsprozesse (Demographischer Wandel, Klimawandel, veränderte Risikowahrnehmung, komplexe technische Systeme, um nur einige zu nennen), die diese Bedrohungslagen häufiger, intensiver und inzwischen spürbarer machen. Die immer älter werdende Bevölkerung wird zukünftig veränderte Bedarfe haben, durch komplexe technische Systeme und deren Vernetzung kann eine Störung weitreichendere Folgen haben als bisher; kriegerische Auseinandersetzungen, innerhalb und auch außerhalb von Europa, stellen die Versorgung der Menschen in Deutschland auf die Probe. Und manchmal kommt die nächste Krise schneller als gedacht.

Nicht nur der Brand- und Katastrophenschutz, sondern auch andere Sektoren, wie zum Beispiel die Wasserwirtschaft, die Landwirtschaft, Ver- und Entsorger, das Gesundheitssystem, müssen sich mit den immer häufiger und intensiver auftretenden Krisen auseinandersetzen. Nicht zu warten, bis die Krise da ist, sondern sich vor der Krise mit dem Risiko zu beschäftigen, wird glücklicherweise immer populärer. Das zeigt die Vielfalt an Flyern, Broschüren und Kartenmaterial, die auf institutioneller Seite erstellt werden und meist im Internet abgerufen werden können und sich vornehmlich an die Bevölkerung richten.

Trotz der vielfältigen Möglichkeiten scheint aber dieser Prozess nicht ausreichend zu funktionieren, die Durchgängigkeit von der öffentlich-rechtlichen Vorsorge bis hin zur Bevölkerung ist nicht gegeben. Es klafft eine Vorsorgelücke. Um diese Vorsorgelücke zu schließen, hat sich der Ostalbkreis entschlossen, ein Resilienzzentrum einzurichten. Ge-



Abbildung 1: Vorsorgelücke mit Resilienzzentrum als Lückenschluss und verbindendes Element zwischen den Akteuren. (Quelle: Petra Weber)

startet ist das Resilienzzentrum mit dem Plan, die Handlungsfelder Gesundheit und Bevölkerungsschutz zu stärken. Als Teil des Geschäftsbereichs Brand- und Katastrophenschutz wurde die Geschäftsstelle des Resilienzzentrums mit einer fachlichen Leitung und einer zusätzlichen Person, die für die Koordinierung des Projektes verantwortlich ist, ausgestattet. In der Geschäftsstelle werden innerhalb des Projektes Konzepte und Maßnahmen entwickelt und umge-

setzt. Unterstützt wird die Geschäftsstelle von einer internen Projektgruppe (Arbeitsgruppe), die weitere Personen aus den Geschäftsbereichen Brand- und Katastrophenschutz sowie Gesundheit beinhalten sowie eine Vertretung des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Zusätzlich sind noch Werkstudierende und eine Praktikantin im Resilienzcenter beschäftigt.

Doch was heißt Resilienz im Sinne des Projektes? Sie zielt darauf ab, den Ostalbkreis zu befähigen, sich besser auf mögliche Krisen vorzubereiten, die Folgen einer Krise zu vermindern und sich danach schneller zu erholen. Ein zusätzlicher Punkt hierbei ist die Anpassung auf die veränderten Bedingungen nach einer Krise, um gestärkt daraus hervorzugehen. Als drittgrößter Landkreis in Baden-Württemberg mit ca. 320.000 Einwohnern verteilt auf 42 Städte und Gemeinden ist es wichtig, auch die kleinen Gemeinden miteinzubeziehen, denen zur Krisenvorbereitung oft nur geringe strukturelle, personelle, finanzielle und fachliche Kapazitäten zur Verfügung stehen. Die Projektziele verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz, um die benötigte Durchgängigkeit auf verschiedenen Ebenen zu verbessern. Konkret sind dies folgende:

Ziel 1: Schaffung resilienterer Strukturen im Landkreis und Etablierung eines Risikodialoges

Hierfür wird das Resilienzcenter als vollkommen neue Struktur in der Landkreisverwaltung verankert. Die häufig sehr fachspezifisch und in klassischen Verwaltungsstrukturen vorhandenen Ansätze sind letztendlich nicht ausreichend geeignet, sich effizient und nachhaltig auf die komplexen Bedrohungslagen vorzubereiten und erforderliche fachliche, personelle und infrastrukturelle Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um die Resilienz der Bevölkerung zu stärken. Der ganzheitliche Ansatz des Resilienzcenters ist fachübergreifend und kooperativ mit den vorhandenen Fachbehörden zusammenzuarbeiten, unterstützend und ergänzend zu wirken. Ein gemeinsamer Risikodialog soll dazu führen, in allen Ebenen zu sensibilisieren, wie wichtig die gesamtgesellschaftliche Resilienz für die Entwicklung eines resilienten Landkreises ist. Er soll Vertrauen aufbauen und stärken, um neue resilienzfördernde Strukturen zu schaffen.

Um auch Grundlagendaten für den Risikodialog zu haben, werden aktuell mit dem Projektpartner Regionalverband Ostwürttemberg regionale Risikoanalysen erstellt, die relevante Risiken ermitteln und vulnerable Bereiche identifizieren. So kann der Bedarf an resilienzfördernden Maßnahmen zielgerichteter eingesetzt werden.

Auch ist vorgesehen, zum Ende des Projektes Ende September 2025 ein Konzept zu entwickeln, um die Entwicklung der Resilienz im Ostalbkreis als Transformationsprozess zu verstetigen.

Ziel 2: Vernetzung der Beteiligten im Resilienz- und Vorsorgegedanken

Was haben ein Bürgerverein, eine Pädagogische Hochschule und ein Bauverein gemeinsam? Sie haben sich vernetzt und ermitteln im Rahmen einer Photovoice-Studie in einem Stadtteil von Schwäbisch Gmünd gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern den Bedarf an Vorsorgeangeboten. Dieser partizipative Ansatz soll es dem Resilienz-

zentrum erleichtern, zielgerichtete und in der Bevölkerung akzeptierte Vorsorgemaßnahmen zu entwickeln. Bisherige Hemmnisse und Probleme in der Akzeptanz sollen so vermindert oder gar vermieden werden. Geplant ist auch ein weiteres neues Netzwerk mit den Vertreterinnen und Vertretern der Schulen und der Kreisjugendfeuerwehr. Es soll herausgefunden werden, unter welchen Bedingungen Schulen den zusätzlichen Lehrstoff „Katastrophenschutz an Schulen“ anwenden können und welche Probleme bisher dazu geführt haben, dass das Thema, insbesondere nach Corona, noch nicht ausreichend angenommen wurde.

Ebenfalls auf der Agenda des Resilienzcenters ist die Sensibilisierung und Unterstützung vorhandener Netzwerke, wie zum Beispiel die Teilnahme an der kommunalen Gesundheitskonferenz, die einmal im Jahr die Bürgerschaft über aktuelle Gesundheitsthemen informiert. Auch in weiteren Netzwerken und Gremien ergeben sich bereits spannende Ansätze für weitere Maßnahmen, die im Laufe der Projektlaufzeit angegangen werden sollen.

Ziel 3: Sensibilisierung der Bevölkerung und Förderung der Eigenvorsorge und Selbsthilfefähigkeit mit Bildungs- und Informationsangeboten

Es ist eine sehr große Herausforderung und ein langwieriger Prozess, Menschen zu befähigen, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten besser auf Krisen vorzubereiten. Unsere Gesellschaft zeichnet sich durch ein immer höheres Maß an Heterogenität aus. Diese Vielfalt bedingt eine individuelle und spezifische Ansprache der jeweiligen Zielgruppen in sprachlicher oder auch technischer Hinsicht. Im Ergebnis stoßen einheitlich konzipierte Vorsorgekonzepte an Grenzen. Selbst die Wissenschaft verweist darauf, dass die klassische Einteilung von Bevölkerungsgruppen meist nicht die Einflüsse und Hintergründe der Menschen, die zu einer unterschiedlichen Aufnahmefähigkeit und Verarbeitung von Informationen führen, berücksichtigt.

Das Resilienzcenter übernimmt hier eine Entwicklungs- und Beratungsfunktion. Einerseits stehen die Mitarbeitenden der Bevölkerung auf Veranstaltungen und bei Aktionen beratend zur Seite, andererseits werden mit Funktionspersonen verschiedener Einrichtungen und Institutionen Angebote entwickelt, die es zum Beispiel Jugendwarten, Lehrerinnen und Lehrern, Vertretende der insbesondere kleineren Gemeinden oder auch Betreuungspersonal leichter macht, in ihrem Umfeld passende und leicht umzusetzende (niedrigschwellige) Informationen zu vermitteln. Hierzu zählen beispielsweise die Erweiterung bereits bestehender Schulungsmaterialien um das Thema Resilienz und Vorsorge, zielgruppengerechtes Informationsmaterial (zum Beispiel Spiele, Wettbewerbe, Zertifikate). Diese Funktionspersonen kennen die Bedürfnisse und Kapazitäten der Menschen besser als au-



Abbildung 2: Logo des Resilienzcenters mit Darstellung der Kurve für die Leistungsfähigkeit einer resilienten Gesellschaft nach einem krisenhaften Ereignis. (Quelle: Resilienzcenter Ostalbkreis)

ßenstehende Dritte und genießen häufig ein hohes Vertrauen.

Weitere Ansätze, die bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen angewendet werden, aber hier nicht im Detail ausgeführt werden:

- Nutzung vorhandener Strukturen im sozialen Umfeld der Menschen (unter anderem Vereine, Kirchen, bereits bestehende Freizeitangebote)
- Einbindung lokaler Akteure (unter anderem Vertreter der Hilfsorganisationen, Gewerbe, Verbände)
- Gemeinsame Entwicklung von Informations- und Bildungsangeboten mit der Bevölkerung
- Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung oder auch Sprachbarrieren
- Berücksichtigung von Angeboten, die zu den jeweiligen Zielgruppen gebracht werden
- Schaffung einer Anlaufstelle
- Durch Zuhören herausfinden, auf welcher Stufe präventiven Handelns sich die jeweilige Person oder Zielgruppe befindet, um sie dort abzuholen, wo sie steht
- Zielgruppengerechte Angebote
- Entwicklung und Vermittlung von Bildungsangeboten, die bereits vorliegen oder an die jeweiligen Bedarfe angepasst werden müssen
- Besondere Berücksichtigung der Kinder und Jugendlichen, um eine frühzeitige Beschäftigung und Normalität mit dem Umgang von Krisen zu erlangen
- Nutzung geeigneter und bereits vorhandener Materialien bei der Kommunikation (das Rad nicht neu erfinden; Ressourcen einsparen)
- Vulnerable Bevölkerungsgruppen ermitteln und gezielte Maßnahmen entwickeln
- Vorausschauend planen und Gelegenheiten nutzen (zum Beispiel Warntag, Tag des Notrufes, Weltgesundheitstag)
- Ausbildung der Ausbilder (Resilienzberater), die Vorgesetzten in die Breite bringen

Maßnahmen des Resilienzentrums

Im ersten Jahr des Projektes war es wichtig, das Resilienz-Zentrum innerhalb der Bevölkerung bekannt zu machen. Daher nahm das Resilienz-Zentrum an verschiedenen Veranstaltungen im Ostalbkreis teil. Neben dem Bürgerfest anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Ostalbkreises in Aalen war das Resilienz-Zentrum auch auf einem Blaulichttag und auf einem Stadtteilstfest in Schwäbisch Gmünd vertreten. Hier wurden gleichzeitig mögliche Teilnehmende der vorher genannten Photovoice-Studie angesprochen. Das wichtigste Instrument auf den Veranstaltungen war das persönliche Gespräch, bei dem vor allem die persönlichen Bedarfe und Bedürfnisse der Menschen in Erfahrung gebracht und so auch die Kommunikation angepasst wurde. Neben bereits informierten Bürgerinnen und Bürgern, fanden sich an den Informationsständen auch Menschen ein, die sich noch gar nicht mit der Vorsorge auf krisenhafte Ereignisse befasst

hatten. Fast alle einte die Wahrnehmung, dass es Zeit für eine derartige Einrichtung sei, an die sich die Menschen wenden können. Niedrigschwellige Angebote und Anreize wie Gewinne und Spielbereiche für Kinder haben den Zugang zu den Menschen erleichtert. Die bisher entwickelten Informationsmaterialien verschiedenster Einrichtungen, wie dem BBK, dem Deutschen Wetterdienst und viele weitere, reichten vollkommen aus und mussten nicht durch das Resilienz-Zentrum erneut entwickelt werden.

Zum bundesdeutschen Warntag wurden Informationsmaterialien an Flüchtlingsbetreuende im Ostalbkreis verteilt, die die Menschen, die bei Sirenenalarm emotional überfordert sind, frühzeitig über den Warntag zu informieren. Kinder der 6. Klassen eines Gymnasiums in Oberkochen



Abbildung 3: Beratung auf dem Gmünder Blaulichttag 2023. (Quelle: Resilienz-Zentrum Ostalbkreis)

haben gemeinsam mit dem Kreisbrandmeister und dem Resilienz-Zentrum eine Unterrichtsstunde zum Warntag erhalten, an dessen Ende mit Spannung die Warnung mittels Cell Broadcast erwartet wurde. Per E-Mail wurden alle schulischen Einrichtungen über den Warntag informiert und auch über die Zugangsmöglichkeiten von Informationsmaterial. Tatsächlich kamen Rückmeldungen von Schulen, die die Gelegenheit für eine besondere Schulstunde genutzt hatten. Im Bereich einer Ausländerbehörde und einer Zulassungsstelle in Schwäbisch Gmünd, die viel Kundenverkehr hatten, wurde mit Plakaten und Materialien in verschiedenen Sprachen und auch kindgerecht auf den Warntag hingewiesen. Und auch das Mitarbeiterportal der Landkreisverwaltung sowie die Mitteilungsblätter der Gemeinden im Landkreis wurden genutzt. Das waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht alle vorstellbaren Kanäle, aber es wurden Erfahrungen gesammelt, um in diesem Jahr noch mehr Aktionen in der Fläche anbieten zu können.

Informationen müssen aktuell, spannend, zielgruppen-gerecht und niederschwellig sein und sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Vermittlung von richtigem Verhalten auf Eis auf einer temporären Eisbahn im Stadt-

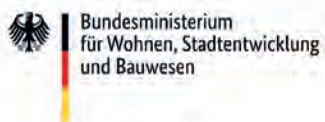


Abbildung 4: Auftritt des Landratsamtes auf Social Media Blaulichttag 2023. (Quelle: Resilienz-Zentrum Ostalbkreis)

zentrum von Schwäbisch Gmünd mit Schülerinnen und Schülern einer Grundschule im Januar, oder auch ein begleiteter Anruf in die integrierte Leitstelle des Ostalbkreises aus dem Unterricht heraus anlässlich des Europäischen Tag des Notrufes, nehmen Schülerinnen, Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer einer Gemeinschaftsschule in Ellwangen gerne an und hinterlassen einen Eindruck, von dem erhofft wird, dass dieser auch in die Familien gelangen.

Kinder sind gute Multiplikatoren, die auf diese Weise aktiviert werden sollen. Weitere Multiplikatoren sollen noch in diesem Jahr ausgebildet werden, um in ihrem persönlichen Umfeld, wie zum Beispiel in Vereinen oder Einrichtungen, Vorsorgethemen weitertragen zu können. Erste Gespräche mit dem Kreisjugendfeuerwehrwart waren sehr vielversprechend, um hier die Jugendwarte der 68 Jugendfeuerwehren im Ostalbkreis auszubilden und somit über Übungsabende die 1200 Jugendlichen der Jugendfeuerwehren zu erreichen. Mit Unterstützung der im Ostalbkreis ansässigen Hochschulen werden weitere Ideen und Konzepte entwickelt, wie zum Beispiel partizipatorische Formate für verschiedene Zielgruppen. Studierende sind besonders von der Idee des Resili-

Gefördert durch:



Das Vorhaben „Resilienz-Zentrum Ostalbkreis“ wird innerhalb des Programms *Region gestalten* des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung gefördert.

Petra Weber ist Inhaberin der InVo Notfall- und Katastrophenvorsorge GmbH und Leiterin des Resilienz-Zentrums Ostalbkreis. Die Idee und Entwicklung des Zentrums fußt auf der Masterarbeit im Rahmen ihres Aufbaustudiums KaVoMa.

enzentrums angetan und haben bereits in Praxisprojekten eigene Ideen entwickelt, wie die Bevölkerung besser angesprochen und sensibilisiert werden kann. Durch qualitative Leitfadeninterviews von Praxisakteuren verschiedener Handlungsfelder werden zusätzliche Einblicke in die Hemmnisse und Hürden der eigenen Vorsorge ermittelt und die Belastung durch eine nicht ausreichend resiliente Gesellschaft erhalten.

Fazit

Eine gesamtgesellschaftliche Resilienz ist natürlich nicht nur mit der Sensibilisierung der Bevölkerung allein zu erreichen. Sie muss aus inter-, intra- und transdisziplinärer Zusammenarbeit entstehen und laufend angepasst werden. Ein Förderzeitraum von 34 Monaten kann zwar nur erste Erfahrungen widerspiegeln, die aber genutzt werden können, um zu lernen, welche Methoden im Ostalbkreis erfolgreich waren. Für die Anpassung ist die Agilität der Akteure von besonderer Wichtigkeit. Offen denken, neue Ansätze ausprobieren und Bewährtes nutzen klingt einfach und folgerichtig, jedoch sind auch an einigen Stellen Hürden zu überwinden. Vorbehalte sind häufig nicht erst über Nacht entstanden, sondern hatten häufig in der Vergangenheit ihre Berechtigung. Auch hier heißt es zuhören und gegenseitiges Verständnis entwickeln. Erfreulicherweise ist die Mehrheit der angesprochenen Akteure aber sehr angetan von der Idee und sehr offen und ideenreich.

Das Resilienz-Zentrum wird sich aber auch der Diskussion stellen müssen, woran man die Verbesserung der Resilienz der Bevölkerung im Ostalbkreis messen will. Da aber selbst die Wissenschaft in der Findung geeigneter Resilienz-faktoren noch auf dem Weg ist, können praktische Erfahrungswerte nicht falsch sein. Die im Resilienz-Zentrum Ostalbkreis angewendeten Ansätze sollen deutlich machen, dass die Nähe zur Bevölkerung, das Wissen um die individuellen Bedürfnisse, die Nutzung vorhandener Strukturen sowie bestehende und langjährige Kontakte wichtige Faktoren sind, die nur lokal umgesetzt werden können. Wie erfolgreich das Projekt letztendlich sein wird, zeigt hoffentlich nicht die nächste Krise, sondern die Selbstverständlichkeit aller Strukturen, die wissen, was Resilienz ist und sich dies zu eigen machen.

Warum wir differenzierter über KRITIS sprechen müssen

Die Governance Unterschiede beim physischen und informationstechnischen Schutz

Dr. Eva K. Platzer

Die Diskussion um das KRITIS-Dachgesetz hat dazu geführt, dass der physische Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) eine höhere Relevanz erhalten hat. Allerdings fehlt es sowohl bei den Fachbehörden als auch bei den Betreibern oft an Hintergrundwissen über die bestehenden Strukturen. Oft wird der Schutz Kritischer Infrastrukturen fälschlicherweise mit dem IT-Sicherheitsgesetz (IT-SiG) und der KRITIS-Verordnung (BSI-KritisV) gleichgesetzt.

2022 legten die Kabeldiebstähle bei der Deutschen Bahn und die Anschläge auf die Pipeline North-Stream 2 die Vulnerabilität der Kritischen Infrastrukturen in Deutschland offen. In der Folge wurde die Diskussion um die Verbesserung des physischen Schutzes Kritischer Infrastrukturen durch ein KRITIS-Dachgesetz intensiviert. Bisher gibt es in Deutschland – sowohl in der Praxis als auch in der Wissenschaft – eine Vorherrschaft der Auseinandersetzung mit dem informationstechnischen Schutz von Infrastrukturen. Nicht zuletzt die Verankerung der Anforderungen an KRITIS-Betreiber im Rahmen des IT-Sicherheitsgesetzes ab 2015 und die dafür notwendige Identifizierung von Kritischen Infrastrukturen haben diesen Fokus verstärkt.

Der Schutz Kritischer Infrastrukturen besteht somit aus zwei zentralen Teilbereichen: Dem physischen und dem informationstechnischen Schutz, wobei der physische Schutz (entgegen der Begriffsbedeutung) nicht nur den Objektschutz, sondern alle Schutzmaßnahmen außerhalb des IT-Schutzes beschreibt.

Eine Herausforderung ist, dass sowohl beim informationstechnischen als auch beim physischen Schutz auf denselben Begriff Kritischen Infrastrukturen zurückgegriffen wird und die Unterschiede der Teilbereiche sowohl in der Praxis bei (Behörden, Verbänden und Betreibern) als auch in der Wissenschaft kaum präsent sind. Dabei sind nicht nur die involvierten Behörden, sondern auch die Instrumente der Steuerung und die Identifizierungen grundlegend unterschiedlich (Tabelle 1). Eine deutlichere Differenzierung ist somit notwendig.



Abbildung: Der Schutz Kritischer Infrastrukturen besteht aus zwei zentralen Teilbereichen: Dem physischen und dem informationstechnischen Schutz. (Quelle: michel jarmoluk_pixabay)

Vergleich der Governance zum physischen und informationstechnischen Schutz Kritischer Infrastrukturen

In den 1990er und 2000er Jahre wurde der Schutz Kritischer Infrastrukturen in Deutschland immer klarer und der Begriff KRITIS institutionell verankert. 2009 wurde die „Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen“ (KRITIS-Strategie) durch das BMI veröffentlicht und legte den Grundstein für die Umsetzung des Schutzes Kritischer Infrastrukturen. Die Strategie behandelt dabei sowohl physische als auch informationstechnische Fragestellungen des Schutzes Kritischer Infrastrukturen. Trotz dieser gemeinsamen Grundlage entwickelten sich die beiden Teilbereiche in den folgenden Jahren unterschiedlich (Tabelle 1). Bezogen auf die Informationstechnik (IT) ist das Thema im 1991 gegründeten Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) angesiedelt. Nicht-IT bezogene Fragestellungen wurden ab 2004 im gegründeten Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) bearbeitet.

Die KRITIS-Strategie legte den Grundstein für den physischen Schutz Kritischer Infrastrukturen. Eine Rei-

he von Aspekten des physischen Schutzes wurden im Laufe der Jahre durch zusätzliche Dokumente weiter ergänzt. Den Schwerpunkt bilden dabei Dokumente zu Hilfsmitteln, Empfehlungen oder Zielbeschreibungen. Die Implementation ist freiwillig und die Grundstruktur baut auf einer Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft auf, die partnerschaftlich und auf Augenhöhe sein soll.

Der informationstechnische Infrastrukturschutz wurde zunächst auch im Rahmen von Handlungsempfehlungen wie dem IT-Grundschutz (heute IT-Kompendium) weiter vertieft. Die Vulnerabilität von Kritischen Infrastrukturen wird auf die Abhängigkeit von informationstechnologischen Systemen heruntergebrochen (Bruijne/van Eeten 2007: 19).

Hingegen wird der physische Schutz primär als Thema des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes behandelt. Der Bund übernimmt mit dem BBK eine koordinierende Rolle, während die Umsetzung des Schutzes Kritischer Infrastrukturen (im Rahmen des Katastrophenschutzes) eine Aufgabe der Länder beziehungsweise der Ebenen darunter ist. Beim physischen Schutz zeigt sich somit eine Multi-level Governance. Das heißt, er ist Thema auf unterschiedlichen politischen Ebenen vom Bund bis in die Kommunen. Auf Grundlage von Art. 18 im Gesetz über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes (Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz - ZSKG) übernimmt der Bund, in Form des BBK, eine Koordinierungsfunktion. Die Koordinierungsfunktion nimmt das BBK zum Beispiel im Rahmen des UP KRITIS

Aspekt	Physischer Schutz	Informationstechnischer Schutz
Zentrale Behörde auf Bundesebene	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)
Instrumente	Strategie und Empfehlungen auf Basis einer freiwilligen Selbstverpflichtung und Kooperation	Gesetzlich (IT-SiG 2.0, BSI KritisV)
Steuerungs- und Umsetzungsebenen	Länder (oder/und tiefer)	Bund
Identifizierung	Auf unterschiedlichen Ebenen ohne vorgegebenes Vorgehen / keine klare Liste mit Betreibern Kritischer Infrastrukturen	Auf Bundesebene anhand von Schwellwerten / zentrale „Betreiberliste“
Anforderungen	Sektorenspezifisch, aber weitgehend unklar und nicht definiert	Definierte Anforderungen (zum Beispiel durch sektorenspezifische Sicherheitsstandards (B3S))

Tabelle 1: Governance Unterschiede beim physischen und informationstechnischen Schutz Kritischer Infrastrukturen. (Quelle: BBK)

Auf Grundlage der notwendigen nationalen Umsetzung der europäischen Netzwerk-Informationssicherheits-Richtlinie (NIS-Richtlinie) ist seit 2015 die Verantwortung der Betreiber für den informationstechnischen Schutz ihrer kritischen Dienstleistungen gesetzlich verankert. Das derzeit gültige IT-Sicherheitsgesetz 2.0 hat 2021 das ursprüngliche IT-SiG ersetzt. Es wird flankiert durch die „Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz“ (BSI-KritisV). Das Gesetz ist „ein übergreifender Rechtsrahmen für die Gewährleistung von IT-Sicherheit in Deutschland“ (Gitter et al. 2016: 7) und stärkt als solches die Bedeutung des Schutzes Kritischer Informationstechnologien in Politik und Wirtschaft (Gitter et al. 2016; Grudzien 2016). Dieser „übergreifende Rechtsrahmen“ fehlt bisher beim physischen Schutz Kritischer Infrastrukturen.

Nicht zuletzt durch die gesetzliche Verankerung ist die Stellung und Rolle des BSI beim informationstechnischen Schutz Kritischer Infrastrukturen nicht mit dem BBK vergleichbar. Die Verankerung des informationstechnischen Schutzes in einem Bundesgesetz verankert die Steuerung und Umsetzung auf Bundesebene. Der informationstechnische Schutz Kritischer Infrastrukturen wird zum Thema für die nationale Informationssicher-

wahr. Für die Umsetzung zentral sind die obersten Katastrophenschutzbehörden in den Innenministerien der Bundesländer. Dabei ist der Schutz Kritischer Infrastrukturen bisher hier gesetzlich nur in vier Fällen verankert: Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen. Angeschnitten wird das Thema in den anderen Bundesländern vor allem im Rahmen von Katastrophenschutzplänen oder Sondereinsatzplänen. Zusätzlich sind weitere untergeordnete Verwaltungsebenen für die Umsetzung des Schutzes Kritischer Infrastrukturen relevant. Wichtig sind dabei die unteren Katastrophenschutzbehörden – die oberen Katastrophenschutzbehörden, die Regierungsbezirke und -präsidien beziehungsweise Landesdirektionen haben zwar die Aufsicht über die Kreise und sind den Landkreisen und kreisfreien Städten übergeordnet, übernehmen jedoch nur teilweise (in Absprache mit den Kreisen und kreisfreien Städten) eine freiwillige Koordinationsfunktion, wenn Infrastrukturbetreiber über kommunale Grenzen hinweg relevant sind. Die Kreise und kreisfreien Städte sind im Katastrophenschutz in Deutschland nicht nur operativ von Relevanz, sondern auch bei Fragen des Schutzes Kritischer Infrastrukturen. In der Katastrophenvorsorge werden hier Kritische Infrastrukturen und

ihre Betreiber identifiziert und Kooperationen, wie Runde Tische oder bilaterale Austausche, aufgebaut. Im Fall eines Großschadenslage oder eines Infrastrukturausfalls sind diese die direkten Kooperationspartner der Betreiber.

Eine Folge der politischen Zuständigkeitsteilung sind unterschiedliche Vorgehensweisen der administrativen Ebenen bei der Bestimmung „ihrer“ Kritischen Infrastrukturen. Dabei ist die Idee der Reichweite von Effekten beim Ausfall ein wichtiger Indikator für die Kritikalität und damit für die Identifizierung. Die Identifizierung ist in der Praxis höchst unterschiedlich, auch wenn Empfehlungen des BBK bestehen. In der Folge gibt es für den physischen Schutz bisher keine einheitliche „Liste“ von Betreibern Kritischer Infrastrukturen in Deutschland. Diese Aussage kann nicht auf den Teilbereich des informationstechnischen Schutzes übertragen werden. Denn das IT-SiG macht es notwendig, die davon Betroffenen juristisch zu definieren. Im Rahmen des Gesetzes werden Kritische Infrastrukturen durch die „Erbringung kritischer Dienstleistungen“ (IT-SiG §1 Abs. 3) und durch vorgegebene Schwellenwerte definiert. Daraus lässt sich eine Art „Betreiberliste“ generieren.

Eine weitere Folge des Gesetzes ist die klarere Definition von Anforderungen an den informationstechnischen Schutz. Auch dies liegt bei dem physischen Schutz durch die KRITIS-Strategie nicht vor. Hier sind die Fachministerien und -behörden zuständig Anforderungen an die Infrastrukturschutz zu formulieren. Ihnen obliegt die fachliche Ausgestaltung und die Verabschiedung von Standards und Vorgaben der Infrastruktursicherheit. In der Strategie selbst und in anderen Dokumenten bleiben sie daher oberflächlich und allgemein. In diesem Punkt wird klar, dass die Identifizierung als Kritische Infrastruktur für die Betreiber, je nachdem wer sie auf welcher Grundlage vornimmt, unterschiedliche Konsequenzen haben kann.

Fazit

Mit dem KRITIS-Dachgesetz soll der physischen Schutz Kritischer Infrastrukturen ähnlich dem informationstechnischen Schutz für den Bund geregelt werden. Die aufgezeigten Unterschiede zwischen den beiden Teilbereichen beim Schutz Kritischer Infrastrukturen werden dabei jedoch nur teilweise aufgelöst werden können.

Literatur

Bruijne, Mark de / van Eeten, Michel. 2007. Systems that Should Have Failed: Critical Infrastructure Protection in an Institutionally Fragmented Environment. *Journal of Contingencies & Crisis Management* 15 (1): 18–29.

Gitter, Rotraud / Meißner, Alexander / Spauschus, Philipp. 2016. Das IT-Sicherheitsgesetz. *Datenschutz und Datensicherheit* 40 (1): 7–11.

Grudzien, Waldemar. 2016. IT-Sicherheitsgesetz – Gedanken zur Implementierung. *Datenschutz und Datensicherheit* 40 (1): 29–33.

Förderhinweis:

Diese Forschung wurde von der LOEWE-Initiative (Hessen, Deutschland) im Rahmen des emergenCITY-Zentrums und durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft im Rahmen des Graduiertenkollegs KRITIS gefördert.

Denn der physische Schutz Kritischer Infrastrukturen bleibt weiterhin ein zentrales Thema und eine zentrale Aufgabe der Länder und insbesondere der Kommunen. Die im Rahmen des Gesetzes identifizierten Infrastrukturen sind dementsprechend Kritische Infrastrukturen aus Sicht des Bundes. Die Identifizierung auf Ebene der Länder und der Kommunen bleibt bestehen. Somit können auch Betreiber, die nicht unter das KRITIS-Dachgesetz fallen, als Kritischer Infrastrukturen gelten. Die Verwendung desselben Begriffes kann darüber hinwegtäuschen, dass verschiedene Problembereiche bearbeitet werden. Folglich sind weitere Differenzierungen notwendig, um zu verstehen, in welchen Strukturen nach welchen Grundlagen und mit welchen Folgen der Begriff genutzt wird. Durch das föderale System wird es keine abschließende Liste der KRITIS-Betreiber in Deutschland geben. Nichtsdestotrotz besteht mit dem Gesetz die Möglichkeit klarere Anforderungen an den physischen Schutz Kritischer Infrastrukturen zu definieren und hier eine Einheitlichkeit in Deutschland und eine Orientierungsmöglichkeit für die Kritischen Infrastrukturen aus länder- oder kommunaler Sicht zu schaffen. Es gibt zudem die Möglichkeit, eine bessere Verknüpfung der Teilbereiche des physischen und informationstechnischen Schutzes auf Bundesebene zu schaffen. Denn trotz ihrer Unterschiede sind die Bereiche durch einen konstanten Austausch auf Basis ihrer Interkonnektivität und Interdependenz gekennzeichnet, sodass eine klare Trennung bisweilen in der Praxis schwierig ist.

Dr. Eva K. Platzer arbeitet als Referentin im Referat für Strategie KRITIS, Cybersicherheit KRITIS beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Zuvor war Platzer als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am LOEWE Zentrum emergentCITY und am Graduiertenkolleg „Kritische Infrastrukturen: Konstruktion, Funktionskrisen und Schutz in Städten“ der TU Darmstadt tätig.

Teil 1: Belastungen und Ressourcen im Kontext der Flutkatastrophe 2021

Ergebnisse der Studie FLUTPerspektive PSNV – quantitative Befragung der Einsatzkräfte

Marie-Luise von Berg, Samuel Tomczyk, Francesca Müller, Marvin Linke, Marvin Kubitz, Lars Tutt und Frank Fiedrich

Wie viele Einsatzkräfte waren während der Flutkatastrophe 2021 durch eigene Betroffenheit und hohe Einsatzdichte belastet? Wie wurde die Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) wahr- und angenommen und welche Gründe sprachen gegen die Inanspruchnahme? Um die Sichtweise von Betroffenen, Einsatzkräften und Spontanhelfenden auf Belastungen, Ressourcen und die Rolle sozialer Medien während der Flutkatastrophe 2021 mit Fokus auf den Kreis Euskirchen zu erfassen, wurde eine Studie unter dem Akronym „FLUTPerspektive PSNV“ realisiert. Dabei wurden eine Webumfrage, Interviews und Gruppendiskussionen in Kooperation mit dem Kreis Euskirchen durchgeführt. Im Rahmen der Studie konnten vor allem Belastungsfaktoren, Einflüsse auf das Belastungsempfinden und geographische Unterschiede in der Bekanntheit der PSNV abgeleitet werden. Die Studie ist eingebettet in das vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) geförderte Forschungsprojekt „Systematische Analyse der Kommunikation in sozialen Medien zur Anfertigung Psychosozialer Lagebilder in Krisen und Katastrophen“ (kurz: #sosmap).

Flutkatastrophe 2021

Die Flutkatastrophe, die sich im Juli 2021 in vielen europäischen Ländern ereignete, war eine verheerende Naturkatastrophe, die durch starke und langanhaltende Regenfälle verursacht wurde. Zu den betroffenen Ländern gehörten Deutschland, das Vereinigte Königreich, die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich, die Schweiz, Italien und Österreich. Ausgelöst durch ein Tiefdruckgebiet namens „Bernad“ kam es innerhalb weniger Tage zu heftigen Regenfällen, die zu einem raschen Anstieg der Wasserstände führten und viele Flüsse über die Ufer treten ließen. Die Wassermassen führten zu Erdbeben und der Zerstörung von Siedlungen und Infrastrukturen (Junghänel, 2021). Rund 180 deutsche Städte und Gemeinden waren von den Überschwem-

mungen betroffen (Radio Euskirchen, 13.07.2022). Besonders betroffen waren die Bundesländer Nordrhein-Westfalen (Euskirchen und Hagen) und Rheinland-Pfalz (Ahrweiler und Bad Neuenahr-Ahrweiler). In einigen Gebieten wurden innerhalb von 24 Stunden 150 Liter/m² gemessen (verglichen mit dem durchschnittlichen Niederschlag in Deutschland im Jahr 2021 von 805 Liter/m²). Insgesamt starben in Deutschland mehr als 180 Menschen, davon etwa 48 Menschen in Nordrhein-Westfalen (Schröder, 2022).

Offene Webumfrage im Kreis Euskirchen

Um die wahrgenommenen Belastungen, Ressourcen, psychosozialen Unterstützungsleistungen und die Nutzung von Sozialen Medien (SoMe) während der Flutkatastrophe 2021 nachzubereiten, wurde zwei Jahre nach der Katastrophe die Studie FLUTPerspektive PSNV durchgeführt. Hierfür wurde vom 01. bis 31.03.2023 eine offene Webumfrage mittels Link und QR-Code über diverse Kanäle, beispielsweise lokale Radiosender, Zeitungen und Accounts lokaler Organisationen in den SoMe verbreitet. Die Umfrage wurde durch einen Verständlichkeitstest sowie strukturierte Interviews im Vorfeld von 36 Personen getestet und sprachlich angepasst. Insgesamt haben 1.412 Personen die Umfrage vollständig ausgefüllt (65,6 % weiblich; $\bar{x}_{\text{Alter}} = 47,0$ Jahre, $\bar{\sigma}_{\text{Alter}} = \pm 13,6$ Jahre). Die Stichprobe der Einsatzkräfte umfasste dabei 463 Personen (29,4 % weiblich; $\bar{x}_{\text{Alter}} = 41,7$ Jahre, $\bar{\sigma}_{\text{Alter}} = \pm 29,4$ Jahre). Als Einsatzkräfte wurden Personen definiert, die im Rahmen der Flutkatastrophe in Behörden oder Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) im Katastrophenschutz tätig waren. 70 % der Stichprobe gaben dabei an, in Feuerwehr und/oder Rettungsdienst aktiv zu sein, 38 % in mehr als einer Organisation. Die Verteilung der Einsatzkräfte im Kreis Euskirchen ist in Abbildung 3 dargestellt. 23 % der Einsatzkräfte kamen aus der Gemeinde Euskirchen, 15 % aus Mechernich und 14 % aus Bad Münstereifel.

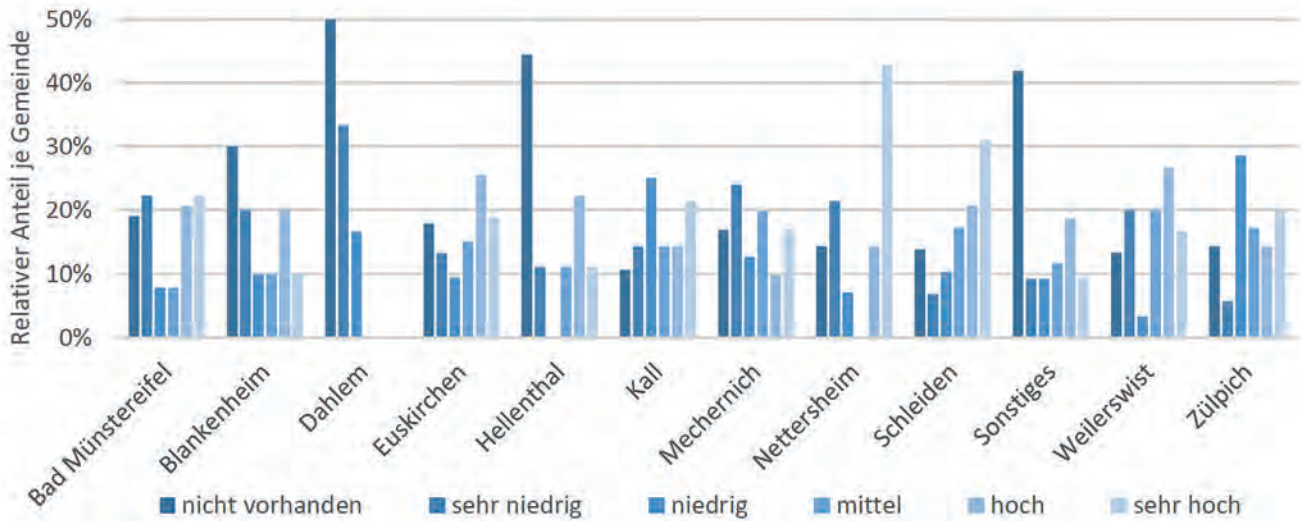


Abbildung 1: Belastung in Bezug auf den eigenen Haushalt während der Flutkatastrophe 2021, Betrachtung je Gemeinde des Kreis Euskirchen (Stichprobe: Einsatzkräfte).

Psychosoziale Belastungen von Einsatzkräften der Flutkatastrophe 2021

Jede Krisen- und Katastrophensituation stellt einen massiven Stressor für die gesamte Bevölkerung dar (Vitaliano et al., 1987). Stressoren können dabei in umweltbedingte, organisatorische und betriebliche Stressoren unterteilt werden (Paton und Flin, 1999). Einsatzkräfte im Katastrophenschutz sind dabei auf allen Ebenen Stressoren ausgesetzt, da durch das Einsatzgeschehen, formale und inhaltliche Aspekte ihrer Tätigkeit betroffen sind. Zudem können sie eine zusätzliche Betroffenheit im persönlichen Umfeld erleben, wenn etwa das eigene Umfeld durch die Katastrophe betroffen ist.

Im Rahmen der Umfrage gaben 46 % der Einsatzkräfte ($n_{\text{gesamt}} = 463$ Personen) an, mit dem eigenen Haushalt gar nicht betroffen gewesen zu sein, während 25 % mittel bis sehr hoch betroffen waren. Aufgrund der Situation des eigenen Haushalts fühlten sich jedoch 51 % während und 43 % bis zu einem Monat nach der Flutkatastrophe mittel bis sehr hoch belastet. Dabei gibt es einen signifikanten Unterschied zwischen Einsatzkräften und der Allgemeinbevölkerung (Mann-Whitney-U-Test: $U = 131.810,00$, $Z = -12,22$, $p < .001$), welcher die Befragten ohne Einsatzfähigkeit in BOS als höher belastet kennzeichnet. Besonders belastet waren die Einsatzkräfte der Gemeinden Nettersheim und Schleiden (52 % und 57 % mindestens hoch belastet), siehe Abbildung 1 und 3. Die berichtete Belastung in Bezug auf den eigenen Haushalt korreliert mit dem Gefühl der Vorbereitung durch Aus- und Fortbildung sowie dem Alter der befragten Einsatzkräfte (Alter: Spearman's $\rho = .115$, $p = .013$, Vorbereitungsgefühl: Somer's $d = -.132$, $p < .001$). Ältere Personen berichten daher höhere Belastung, wahrgenommene Vorbereitung auf den Einsatz durch Aus- und Weiterbildung hängt mit geringerer Belastung zusammen. Ein Zusammenhang zwischen Alter und Einschätzung der Vorbereitung auf das Ereignis lässt sich nicht

signifikant ableiten. Die empfundene Belastung aufgrund der Betroffenheit des eigenen Haushalts wird folglich mit besserem Vorbereitungsgefühl geringer eingestuft. Insgesamt fühlten sich 25 % der Einsatzkräfte gar nicht auf die Situation in der Flutkatastrophe 2021 vorbereitet, während 47 % angaben, sich mittelmäßig bis sehr gut vorbereitet gefühlt zu haben. Dies spiegelt sich auch in der Abfrage ausgewählter Stressoren wider, siehe Abbildung 2. Die lang andauernden Hilfeleistungen wurden durch 83 % der Einsatzkräfte als mindestens mittelstark belastend eingestuft. Die Länge der Hilfeleistung wurde im Median auf 23,4 Stunden angegeben. Dabei waren über 83 % der Einsatzkräfte über 9 Stunden, mehr als 48 % sogar mehr als 24 Stunden am Stück im Einsatz. Am stärksten belastend wurden jedoch der Stress, die fehlenden Kommunikationsmöglichkeiten sowie fehlende Informationen bewertet. Darüber hinaus zeigen die Umfragedaten einen signifikanten Unterschied zwischen den doppelt (Einsatzfähigkeit und mindestens mittlere Betroffenheit des eigenen Haushalts) und einfach (Einsatzfähigkeit) belasteten Einsatzkräften (Mann-Whitney-U-Test: $U = 6.036,00$, $Z = -11,42$, $p < .001$). Ein deutlich größerer Anteil der doppelt betroffenen Einsatzkräfte der Stichprobe gibt eine hohe bis sehr hohe Belastung an. Insgesamt gaben 25 % der befragten Einsatzkräfte an doppelt, 11 % sogar dreifach betroffen zu sein (zuzüglich Spontanhilfetätigkeit, neben der formalen Einsatzfähigkeit).

Bekanntheit und Inanspruchnahme von PSNV

In Katastrophen können Maßnahmen der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) personale und soziale Ressourcen ergänzen und aktivieren, um die Krisenbewältigung zu stärken. Diese zielen darauf ab, individuelle und soziale Bewältigungsressourcen zu fördern, Resilienz zu stärken und psychischen Traumastörungen vorzubeugen (Beerlage, 2021). Die Angebote der PSNV wer-

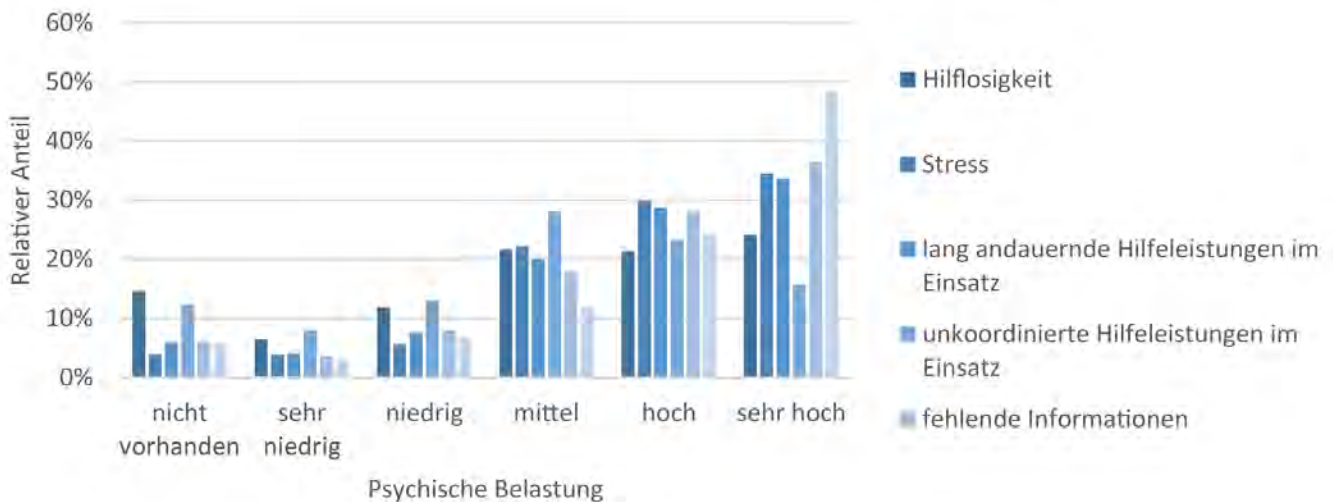


Abbildung 2: Empfundene Belastung durch ausgewählte Stressoren während der Flutkatastrophe 2021.

den unterschieden in Maßnahmen für Überlebende, Angehörige, Zeuginnen und Zeugen und/oder Vermisste sowie Maßnahmen für Einsatzkräfte. Maßnahmen für die Betroffenen zielen in erster Linie auf die Befriedigung der Bedürfnisse nach Sicherheit, Beruhigung, Wiedererlangung von Selbstwirksamkeit, Verbundenheit mit nahestehenden Personen, Zuversicht und Information (Psychoedukation) ab (Müller-Cyran, 2013). Maßnahmen für Einsatzkräfte unterscheiden sich in einsatzvorbereitende (beispielsweise Aus- und Fortbildung), einsatzbegleitende (beispielsweise durch das Kollegium) und einsatznachorgende Maßnahmen (beispielsweise Demobilisierung oder Defusing). Im Rahmen der Umfrage wurde infolge der Verständlichkeitstests PSNV als „psychosoziale Unterstützung“ erklärt, da das Konzept so am besten verstanden wurde.

Insgesamt 92 % der befragten Einsatzkräfte sind die Angebote der psychosozialen Unterstützung bekannt. Vor allem in den Gemeinden Dahlem, Nettersheim und Zülpich ist der Bekanntheitsgrad mit über 97 % besonders hoch, wobei hier zu berücksichtigen ist, dass vor allem Dahlem und Nettersheim die kleinste Stichprobe vorweisen, siehe auch Abbildung 3. In Weilerswist waren zum Zeitpunkt der Umfrage nur 83 % der befragten Einsatzkräfte die Angebote bekannt. 33 % der befragten Einsatzkräfte haben psychosoziale Unterstützung wahrgenommen, 10 % sogar oft oder sehr oft. Zeitlich wurden diese Angebote überwiegend (41 %) innerhalb von einer bis vier Wochen nach dem Einsatz aufgesucht, 33 % innerhalb von einer Woche und 27 % mehr als einen Monat nach dem Einsatz. Die Zufriedenheit mit den Angeboten war zum Zeitpunkt der Flutkatastrophe noch deutlich geringer als zum Zeitpunkt der Umfrage im März 2023. Lediglich 51 % der Einsatzkräfte, denen die Angebote bekannt waren, gaben an, zum Zeitpunkt der Flutkatastrophe mit den Angeboten zufrieden gewesen zu sein (20 % unzufrieden). Zwei Jahre später waren dies bereits 60 % (12 % unzufrieden).

Die 67 % der Einsatzkräfte, welche keine psychosoziale Unterstützung in Anspruch genommen haben, wurden nach ihrer Zustimmung zu spezifischen Begründungen befragt, weshalb sie die Angebote nicht wahrgenommen haben. Dabei fanden vor allem die Gründe, mit dem eigenen sozialen Umfeld über die Belastungen gesprochen zu haben (91 % Zustimmung), alleine mit der Belastung umgehen zu können (60 % Zustimmung) und keine starke Belastung verspürt zu haben (60 % Zustimmung). Angst vor der Wirkung auf die Karriere (8 % Zustimmung) sowie Nicht-Gut-Heißen der Wirkung einer solchen Inanspruchnahme auf das eigene Umfeld (9 % Zustimmung) waren die Gründe mit der geringsten Zustimmung.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Flutkatastrophe 2021 hat viele Regionen gleichzeitig betroffen und zu zahlreichen materiellen Schäden und psychosozialen Belastungen geführt. Aus der offenen Webumfrage der Studie FLUTPerspektive PSNV lassen sich einige zentrale Ergebnisse für die Stichprobe „Einsatzkräfte“ ableiten:

- Das subjektive Belastungsempfinden der Einsatzkräfte zeigt einen Zusammenhang zur eingeschätzten Betroffenheit des eigenen Haushaltes auf, wird aber auch vom Alter und der wahrgenommenen Vorbereitung auf das Ereignis und den Einsatz beeinflusst.
- Viele Einsatzkräfte waren durch den Beruf und die Betroffenheit des eigenen Haushaltes doppelt belastet. Die PSNV für Einsatzkräfte muss daher nicht nur eine potentielle, sekundäre Traumatisierung, sondern auch die eigene Betroffenheit der Einsatzkräfte berücksichtigen und sollte Schnittstellen zu den Maßnahmen der PSNV für Betroffene, insbesondere für die Nachsorge, vorhalten.

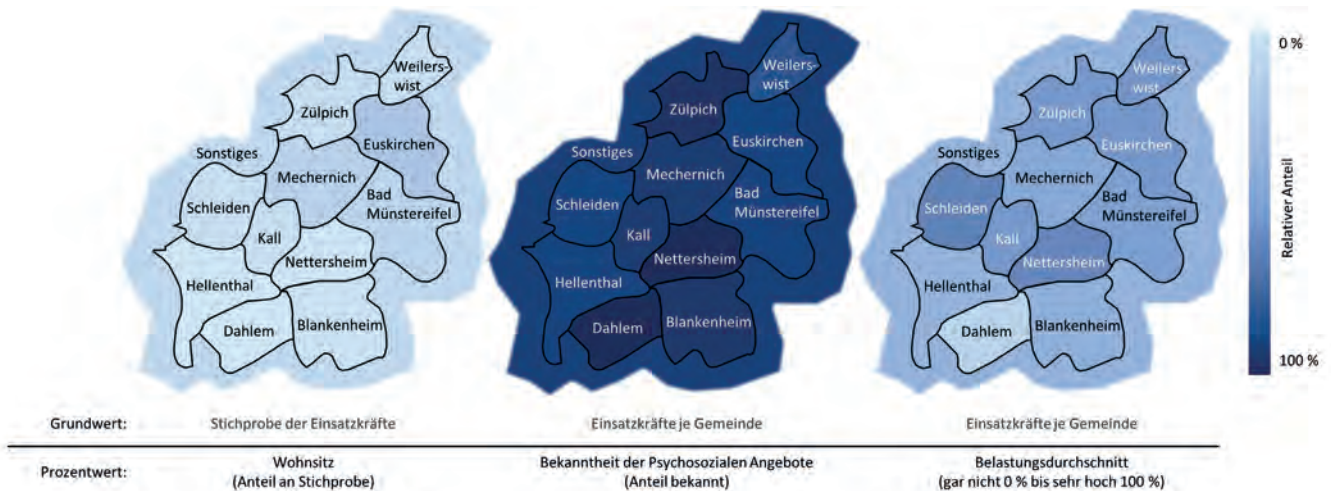


Abbildung 3: Heatmaps der relativen Anteile der Wohnsitz (links), der Bekanntheit der Psychosozialen Angebote in den Gemeinden (mitte) und des Belastungsdurchschnitts je Gemeinde (rechts) (Stichprobe: Einsatzkräfte) (Quelle: eigene Darstellung im Rahmen des Forschungsprojektes #sosmap).

- Besonders belastend für die Einsatzkräfte waren der Stress im Einsatz, die fehlenden Kommunikationsmöglichkeiten und Informationen sowie die lang andauernden Hilfeleistungen. Es wird deutlich, welche Relevanz organisatorische Fragen im Rahmen der Arbeitsgestaltung für die PSNV-E haben. Hier wäre eine dementsprechende Unterstützung sinnvoll, zum Beispiel zur Stärkung der Kommunikation und zur Arbeitsorganisation (etwa Einsatzdauer pro Person)
- Die Vorbereitung auf Einsätze in Form von Aus- und Fortbildung hängt mit geringerer Belastung der Einsatzkräfte zusammen. Dies zeigt sich auch in einer geringeren Beanspruchung der Einsatzkräfte im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung und verdeutlicht daher das präventive Potenzial von Ausbildungsinhalten mit Fokus auf PSNV (vergleiche Klein, 1996 und 1997).
- Psychosoziale Unterstützung war bereits über 90 % der befragten Einsatzkräfte bekannt und wurde durch 33 % wahrgenommen. Die Zufriedenheit mit den Maßnahmen ist jedoch noch nicht ausreichend, sodass eine tiefergehende Analyse der getroffenen Maßnahmen notwendig ist.

Francesca Müller, Marvin Kubitzka und Frank Fiedrich arbeiten an der Bergischen Universität Wuppertal im Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit.

Marie-Luise von Berg und Samuel Tomczyk arbeiten am Lehrstuhl Gesundheit und Prävention der Universität Greifswald.

Dr. Lars Tutt arbeitet an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.

Literatur

- Beerlage, I. (2021). Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV). <https://doi.org/10.17623/BZGA:Q4-I140-1.0>
- Deutscher Wetterdienst (30.12.2021). Wetter und Klima - Deutscher Wetterdienst - Presse - Deutschlandwetter im Jahr 2021.
- Junghänel, T., Bissolli, P., Daßler, J., Fleckenstein, R., Imbery, F., Jansen, W., Kaspar, F., Lengfeld, K., Leppelt, T., Rauthe, M., et al. (2021). Hydro-klimatologische Einordnung der Stark- und Dauerniederschläge in Teilen Deutschlands im Zusammenhang mit dem Tiefdruckgebiet Bernd vom 12. bis 19. Juli 2021.
- Klein, G. (1996). „The effect of acute stressors on decision making“, in Driskell, J. and Salas, E. (Hrsg.). *Stress and Human Performance* (pp. 49–88). Lawrence Erlbaum Associates, Inc, Hillsdale, NJ.
- Klein, G. (1997). „Recognition-primed decision making“, in Zsombok, C. and Klein, G. (Hrsg.). *Naturalistic Decision Making* (pp. 285–292). Lawrence Erlbaum Associates, Inc, Hillsdale, NJ.
- sMüller-Cyran, A., & Zehentner, P. (2013). Wenn der Tod plötzlich kommt: Vom Umgang mit Schicksalsschlägen – das Kriseninterventionsteam im Einsatz. Heyne.
- Paton, D., & Flin, R. (1999). Disaster stress: An emergency management perspective. *Disaster Prevention and Management*, 8(4), 261-267. <https://doi.org/10.1108/09653569910283897>
- Radio Euskirchen (13.07.2022). Als die Flutwelle Nordrhein-Westfalen im Juli 2021 traf.
- Schröder, L. (2022). Die Flutkatastrophe 2021: Ein Protokoll. Herausgegeben durch WDR.
- Vitaliano, P.P., Maiuro, R.D., Bolton, P.A. and Armsden, G.C. (1987). A psychoepidemiologic approach to the study of disaster. *Journal of Community Psychology*, 15, 99-122. [https://doi.org/10.1002/1520-6629\(198704\)15:2<99::AID-JCOP2290150202>3.0.CO;2-Q](https://doi.org/10.1002/1520-6629(198704)15:2<99::AID-JCOP2290150202>3.0.CO;2-Q).

Teil 2: Belastungen und Ressourcen im Kontext der Flutkatastrophe 2021

Ergebnisse der Studie FLUTPerspektive PSNV – qualitative Interviews mit Betroffenen

Marie-Luise von Berg, Samuel Tomczyk, Francesca Müller, Marvin Linke, Marvin Kubitz, Lars Tutt und Frank Fiedrich

Betroffene des Starkregenereignisses 2021 in Deutschland beschreiben aus heutiger Sicht besonders die erlebte Hilflosigkeit angesichts der Katastrophe als belastend. Nach wie vor sind materielle sowie psychosoziale Folgen der Flut spürbar, beispielsweise, wenn starker Regen erneut Angst auslöst. Unter dem Titel „FLUTPerspektive PSNV“ wurden unter anderem Interviews mit betroffenen Personen aus der Bevölkerung im Kreis Euskirchen durchgeführt. Neben Belastungen wurden auch Ressourcen im Umgang mit der Katastrophe sowie die Nutzung sozialer Medien im Zusammenhang mit der Flut untersucht, dazu zählen auch die Bekanntheit und Nutzung von Angeboten der psychosozialen Notfallversorgung (PSNV).

Die qualitativen Interviews der Studie sind eingebettet in das Forschungsprojekt „Systematische Analyse der Kommunikation in sozialen Medien zur Anfertigung Psychosozialer Lagebilder in Krisen und Katastrophen“ (kurz: #sosmap), welches sich mit der Nutzung sozialer Medien in Krisen- und Katastrophenlagen zur Identifikation psychosozialer Bedarfe und Ressourcen beschäftigt.

Interviewstudie mit Betroffenen im Kreis Euskirchen

Welche Auswirkungen hat die Flutkatastrophe 2021 für die betroffene Bevölkerung im Kreis Euskirchen? Was hat im Umgang mit dem Erlebten geholfen und wo gibt es noch Handlungsbedarf?

Im Rahmen des Projektes wurden zwischen Februar und Juni 2023 insgesamt 38 Personen aus dem Kreis Euskirchen hinsichtlich ihrer Erfahrungen interviewt (jeweils circa 30–60 Minuten), darunter 20 Frauen und 18 Männer zwischen 21 und 70 Jahren. Die Auswahl der Interviewten erfolgte mittels stratifizierten Samplings anhand von Geschlecht, Altersgruppe und Tätigkeit beziehungsweise Einsatzerfahrung im Kontext des Katastrophenschutzes. Es handelt sich um Personen, die auch an der Web-Umfrage im Kreis Euskirchen teilgenom-

men haben (siehe Beitrag von Müller et al. in dieser Ausgabe S.31 folgende). Die Interviews wurden gemäß qualitativer Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2016) ausgewertet. Das mittlere Alter der Betroffenen beträgt 46,7 Jahre. Als betroffen gelten Personen, wenn ihr eigener Haushalt durch die Flut betroffen war oder sie eine flutbezogene berufliche Tätigkeit ausgeübt haben, zum Beispiel im Katastrophenschutz. Die Mehrheit der Interviewten (53 %) gab an, haupt- oder ehrenamtlich im Bevölkerungs- oder Katastrophenschutz tätig zu sein, sodass sie unmittelbar mit der Flut und ihren Folgen konfrontiert worden sind. Die relevanten Tätigkeiten sind den Bereichen Rettungsdienst, Katastrophenschutz, Feuerwehr, PSNV, Polizei, Verwaltung, sowie Medien, Energie und Versicherungen zuzuordnen. Die meisten Teilnehmenden waren sowohl im Rahmen ihrer Tätigkeit als auch mit ihrem privaten Haushalt betroffen oder haben Fluterlebnisse im nahen sozialen Umfeld begleitet und waren damit einer Mehrfachbelastung ausgesetzt.

Psychosoziale Belastungen von Betroffenen

Die Interviews explorierten das Empfinden von Betroffenen in der akuten, postakuten und späten Phase nach der Flut. Dadurch sollten insbesondere das emotionale, aber auch das körperliche Erleben in der Krise sowie die Bewältigungsansätze und deren retrospektive Bewertung erfasst werden. Ziel dieser Erfassung ist die Ableitung von Empfehlungen für den Umgang mit psychosozialen Belastungen im Kontext zukünftiger Krisen.

In den Interviews berichteten Betroffene sowohl von körperlichen als auch psychosozialen Belastungen, das heißt Stresserleben infolge von Beanspruchung (Folkman, 2009), die sich in verschiedenen Phasen der Katastrophe unterscheiden (siehe Abbildung 1). Während der akuten Phase der Flut und kurz danach stand vielfach die Sorge um Mitmenschen im Vordergrund. Aber auch eine empfundene Hilflosigkeit oder Ohnmacht angesichts der Situation wurde sowohl von Befragten aus



Abbildung 1: Psychosoziale Reaktionen von Betroffenen während, wenige Tage/Wochen und einige Monate nach der Flutkatastrophe 2021.

stark als auch weniger stark betroffenen Haushalten berichtet. Zudem waren die Dauer der Aufräumarbeiten und die andauernde Präsenz der Katastrophe für Betroffene besonders herausfordernd. Sie berichteten von individuell sehr unterschiedlichen Reaktionen, die von innerer Unruhe oder Anspannung bis hin zu depressiver Verstimmung reichten. Neben den psychischen wurden zum Teil auch körperliche Belastungsreaktionen berichtet. Dabei spielten etwa die körperlichen Anforderungen oder psychisch belastenden Erfahrungen während der Aufräumarbeiten, aber auch Vorerkrankungen eine Rolle. Zum Zeitpunkt der Interviews, ungefähr 2 Jahre nach der Katastrophe, beschreiben die Teilnehmenden zum Teil auch heute noch die Empfindung von Angst bei Regen. Dies spricht für eine hohe Reaktivität, sowie Belastung durch die anhaltende, auch mediale, Präsenz der Katastrophe. Dies erweckt möglicherweise den Anschein einer mangelnden Bewältigung der Situation und könnte damit das Erleben von Ohnmacht verstärken.

Diese Kaskade des Erlebens psychosozialer und körperlicher Belastung steht im Einklang mit Phänomenen wie akuter und posttraumatischer Belastungsreaktion und erfordert ein phasenspezifisches und zielgruppenspezifisches Handeln. In den ersten Stunden der Krise soll die PSNV einen Teil dieser Aufgaben übernehmen (vergleiche Beerlage, 2015; Hobfoll et al., 2007). Daher wurden in den Interviews hilfreiche Ressourcen sowie Erfahrungen mit Angeboten der PSNV als Mittel der Krisenbewältigung erfasst.

Hilfreiche Ressourcen in der Krisenbewältigung

In vielen Fällen hat es Betroffenen geholfen, im Zuge der Aufräumarbeiten selbst aktiv zu werden. Außerdem wurde ein Bewusstsein für noch stärkere Betroffenheit, also ein Relativieren der eigenen Situation, mehrfach als hilfreich im Umgang mit Belastungen beschrieben. Besonders präsent in der Untersuchung ist auch die ge-

schilderte soziale Unterstützung, welche von der praktischen Hilfe, beispielsweise bei Aufräumarbeiten oder bei der Kinderbetreuung, bis hin zu Empathie im Allgemeinen reicht, zumeist im familiären oder nachbarschaftlichen Umfeld. Unabhängig von professioneller Unterstützung wird damit die Relevanz sozialräumlicher Kapazitäten deutlich, wie sie sich etwa als Teil des regionalen Sozialkapitals beschreiben lassen. Sehr häufig wurden dabei Gesprächen positive Effekte auf empfundene Beanspruchungen zugeschrieben. Dabei unterscheidet sich, welche soziale Verbindung zum Gesprächspartner für Betroffene als besonders wertvoll hervorgehoben wurde: Während einigen besonders der Austausch mit anderen betroffenen Personen half, ist für andere das Gespräch mit Außenstehenden beziehungsweise professionell geschulten Personen entscheidend. Die Aktivierung relevanter sozialer Netze, der Austausch untereinander sowie das Erleben von Selbstwirksamkeit scheinen dabei zentrale Faktoren für eine positive Bewältigung zu sein. Diese Faktoren sollen auch im Zuge der PSNV-Arbeit angesprochen werden (vergleiche Hobfoll et al., 2007).

Bekanntheit und Inanspruchnahme von PSNV

Die Betroffenen berichteten größtenteils, von PSNV-Angeboten gewusst zu haben, was sich aber seltener in deren Nutzung ausdrückte. Die Präsenz von PSNV-Einsatzkräften vor Ort wurde jedoch positiv hervorgehoben. In Fällen, in denen kein direkter Kontakt zu PSNV vor Ort existierte, wurde eine mögliche digitale Kontaktaufnahme durch unterbrochene Stromversorgung und den Ausfall von Telefonkommunikation erschwert. Tatsächlich wurde bereits das Wissen über bestehende Angebote der PSNV als hilfreich beschrieben, auch wenn diese letztlich nicht genutzt wurden. Dieser Befund deckt sich mit den Ergebnissen einer Untersuchung zu Belastungen bei Einsatzkräften, die gezeigt hat, dass

schon das Bestehen von Angeboten ungeachtet deren Nutzung entlastend wirkt und als wertschätzend wahrgenommen wird (Helmerichs et al., 2007). Somit scheint die wahrgenommene Verfügbarkeit von PSNV eine wichtige Ressource zu sein. Bei der Frage der Inanspruchnahme zeigt sich außerdem, dass der Kontakt zu PSNV-Personal und der erforderliche Aufwand sowie die zeitliche Verfügbarkeit eine Rolle spielen: Wenn Personen aus der PSNV persönlich bekannt und mit geringem Aufwand zum Beispiel wohnortsnah erreichbar sind, werden PSNV-Leistungen eher angenommen. Dies kommt strukturell der Inanspruchnahme sozialer Unterstützung nahestehender Personen gleich, sodass diese wichtige Funktion gegebenenfalls von PSNV übernommen werden kann, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind (Balz, 2018).

In der akuten Phase wurde PSNV zum Teil als weniger hilfreich erlebt. Es wurde stattdessen von einem Wunsch nach Ruhe berichtet (und damit weniger nach aufsuchenden, psychosozialen Hilfsangeboten). Eine klare Kommunikation (weiterhin) bestehender Angebote zu späteren Zeitpunkten nach der Flut (zum Beispiel in der Postakutphase) wurde hingegen als wünschenswert beschrieben, da in der Akutphase andere Dinge Priorität gehabt hätten. Dies setzt einen anderen Zeitrahmen für die PSNV-Tätigkeit, der stärker auf die Nachbereitung als auf die akute Begleitung zielt (Beerlage, 2015). Diese Unterschiede, auch mit Blick auf regionale Differenzen,

systematisch aufzuarbeiten, und geeignete Zeitfenster für gezielte psychosoziale Unterstützung zu identifizieren, könnte weiteres Potential für Prävention und Chancengleichheit eröffnen. Neben der Nutzung von PSNV-Angeboten berichteten Betroffene über viele weitere Ressourcen, die sie als hilfreich in der Bewältigung erlebt haben.

Nutzung sozialer Medien – Chancen und Herausforderungen

Neben bereits genannten Ressourcen und Bedarfen lag ein weiteres Augenmerk des Projekts auf der Nutzung sozialer Medien im Rahmen der Flutkatastrophe. Dazu wurden genutzte Medien, Medienformate und Funktionen sowie die potentielle Unterstützung durch soziale Medien abgefragt (siehe Abbildung 2). Nachdem die Nutzung des Internets in den ersten Tagen der Flutkatastrophe durch Zerstörungen der Infrastruktur stark eingeschränkt war, trat vor allem WhatsApp in der Nutzung hervor. Aber auch YouTube, Facebook und Instagram spielten für mehrere Befragte eine Rolle im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe, wurden jedoch weniger häufig genannt. Hier deutet sich an, dass die Betroffenen auch im Falle einer Katastrophe die Medien genutzt haben, die sie auch im Alltag verwenden. Da es sich allerdings vielfach um Personen mit Verbindung zum Bevölkerungs- oder Katastrophenschutz handelt,

ist zu klären, inwiefern dies repräsentativ für die Allgemeinbevölkerung ist, die hinsichtlich der Nutzung sozialer Medien über Unterschiede zwischen Alltagsnutzung und Nutzung in Krisen und Katastrophen berichten (Müller et al., 2023). Für das Krisenmanagement in sozialen Medien ist dabei die verbreitete Nutzung von Instant Messaging-Diensten wie WhatsApp herausfordernd, da sie sich weniger strategisch und gezielt zur Kommunikation (one-to-many) nutzen lassen.

Die am stärksten thematisierten Nutzungsfunktionen insgesamt sind Informationsbeschaffung und das Informieren anderer Personen sowie das Anbieten und Suchen von Hilfe. Zu den Informationen gehören sowohl solche zur allgemeinen Lage als auch zur Sicherheit und Situation sozialer Kontakte. Diese Nutzungsfunktionen spiegeln sich auch in den genannten Potentialen sozialer Medien wider, die unter anderem in der Geschwindigkeit von Austausch und Unterstützung sowie in der Reichweite der Informationen

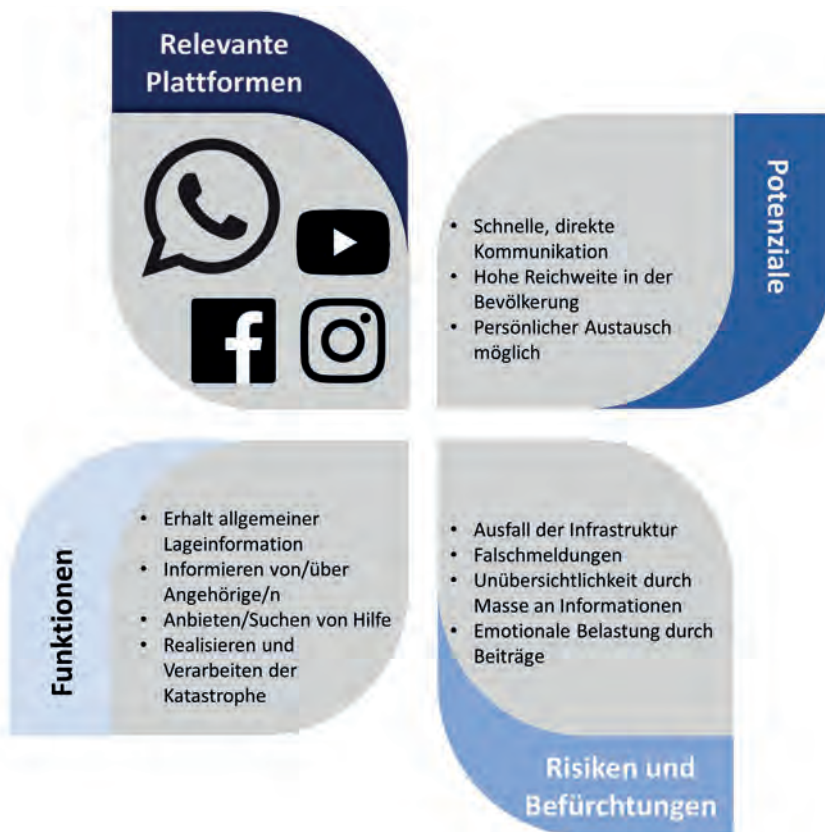


Abbildung 2: Potenziale, Funktionen und Risiken sozialer Medien für die Bewältigung psychosozialer Folgen der Flutkatastrophe 2021 aus der Sicht von Betroffenen (Quelle: eigene Darstellung im Rahmen des Forschungsprojektes #sosmap).

gesehen werden. Neben den Chancen werden jedoch auch zahlreiche Bedenken und Hürden der Nutzung sozialer Medien im Kontext von Katastrophen genannt, wobei Falschmeldungen und Überforderung durch die Vielzahl an Beiträgen sowie eine emotionale Belastung durch die Konfrontation mit unangenehmen Beiträgen häufiger thematisiert werden.

Fazit

Die Flutkatastrophe 2021 hat in der betroffenen Bevölkerung vielfältige und zahlreiche materielle Schäden und psychosoziale Belastungen erzeugt. Zugleich wurden aber auch eine hohe Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung in Umfang und Bandbreite der individuellen Bewältigungsstrategien, der sozialen Unterstützung sowie des Engagements von Helfenden deutlich. Herausforderungen in der Prävention und Bewältigung künftiger Schadensereignisse sehen Betroffene vor allem im Bereich der Koordination und Kommunikation von Unterstützungsleistungen. Soziale Medien können in diesen Bereichen hilfreich sein, bergen aber auch Hürden und Herausforderungen. Hier kann eine tiefergehende Untersuchung, wie im Projekt #sosmap, helfen, Potenziale zu identifizieren, um künftig Barrieren und Risiken besser adressieren zu können.

Im Folgenden sind einige zentrale Ergebnisse und Schlussfolgerungen zusammengefasst:

- Subjektive Belastungsempfindungen können unabhängig von der objektiven Betroffenheit des eigenen Haushaltes oder des sozialen Umfeldes auftreten.
- Dass Hilflosigkeit und Ohnmachtsgefühle als besonders belastend beschrieben werden, verdeutlicht ein Ungleichgewicht zwischen Stressoren und Ressourcen zur Bewältigung, sodass eine Ressourcenstärkung der Bevölkerung (im Sinne der Resilienzförderung) zu begrüßen ist.
- Ressourcen im Umgang mit der Flutkatastrophe sind sehr individuell: Soziale Unterstützung in Form von Gesprächen wurde vielfach als wertvoll beschrieben, dabei wurde allerdings zwischen Gesprächen mit anderen Betroffenen sowie mit PSNV-Personal differenziert. Bei PSNV-Angeboten kann auch schon das Wissen um Angebote als hilfreich gelten, sodass eine größere Bekanntheit der PSNV wichtig erscheint.
- Soziale Medien wurden als hilfreich beim Informationsaustausch und der Koordination von Unterstützung wahrgenommen. Besonders kritisch wurden in diesem Zusammenhang jedoch Angst und Unsicherheit aufgrund von potenziellen Falschmeldungen eingeschätzt.

Francesca Müller, Marvin Kubitzka und Frank Fiedrich arbeiten an der Bergischen Universität Wuppertal im Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit.

Marie-Luise von Berg, Marvin Linke und Samuel Tomczyk arbeiten am Lehrstuhl Gesundheit und Prävention der Universität Greifswald.

Dr. Lars Tutt arbeitet an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.

Literatur

- Balz, H. J. (2018). Prekäre Lebenslagen und Krisen. Strategien zur individuellen Bewältigung. In: E.-U. Huster, E.-U., Boeckh, J., & Mogge-Grotjahn, H. (Hrsg.), Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung (S. 642-663). Wiesbaden: Springer VS Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-19077-4>
- Berlaage, I. (2015). Psychosoziales Belastungs- und Handlungsverständnis für Interventionen nach Notfallereignissen und für belastenden Einsatzsituationen. In: Perren-Klingler, G. (2015). Psychische Gesundheit und Katastrophe (S. 1-35). Berlin, Heidelberg: Springer. <https://doi.org/10.1007/978-3-662-45595-1>
- Folkman, S. (2009). Commentary on the Special Section "Theory-based approaches to stress and coping" Questions, Answers, Issues, and Next Steps in Stress and Coping Research. *European Psychologist*, 14(1), 72-77. <https://doi.org/10.1027/1016-9040.14.1.72>
- Helmerichs, J. & Fritsche, A. (2007). Prävention im Einsatzwesen. Forschung zur Belastung von ehrenamtlichen Einsatzkräften und zur

Wirksamkeit psychosozialer Einsatzvorbereitung und Nachsorge sowie Empfehlungen zur Umsetzung. Bonn: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK).

Hobfoll, S. E., et al. (2007). Five essential elements of immediate and mid-term mass trauma intervention: Empirical evidence. *Psychiatry: Interpersonal and Biological Processes*, 70(4), 283-315. <https://doi.org/10.1521/psyc.2007.70.4.283>

Kuckartz, U. (2016). Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung (3. Auflage). Beltz Juventa.

Müller, F., Tomczyk, S., Fathi, R., von Berg, M.-L., Tutt, L., & Fiedrich, F. (2023). Soziale Medien als psychosoziale Ressource in Krisen und Katastrophen. *Mensch und Computer 2023*, 10. Workshop Mensch-Maschine-Interaktion in sicherheitskritischen Systemen (3. bis 6. September 2023 in Rapperswil).

Glanzlichter des Engagements

Rückblick auf die Verleihung des Förderpreises „Helfende Hand“ 2023

Ricarda Lühr

Wir blicken zurück auf die 15. Verleihung des Förderpreises „Helfende Hand“, die am 27. November 2023 in einem feierlichen Rahmen im Bundesministerium des Innern und für Heimat in Berlin stattfand.



Viefältige Auszeichnungen: Die Trophäen zeigen eine Helfende Hand.

Der Parlamentarische Staatssekretär Johann Saathoff eröffnete die Preisverleihung und zeichnete unter der Moderation von Volker Wieprecht insgesamt 16 bemerkenswerte Projekte für ihre Beiträge zum ehrenamtlichen Bevölkerungsschutz mit einer Helfenden Hand aus. Die festliche Veranstaltung versammelte zahlreiche engagierte Persönlichkeiten, deren Einsatz und Unterstützung die Grundlage für positive Entwicklungen im Ehrenamt und im Bevölkerungsschutz bilden.

Als besonderes Highlight wurde in diesem Jahr ein Sonderpreis an das Krisen-Interventions-Team München (KIT-München) des ASB verliehen, welches die Fachjury mit langjährigem Bestehen und der Vorreiterrolle für die Psychosoziale Notfallversorgung in Deutschland überzeugte.

Auch das Publikum konnte für seinen Favoriten abstimmen: Insgesamt 18.118 Stimmen wurden bis zum Tag der Verleihung online abgegeben. Über den 1. Platz durfte sich schließlich das Norbertusgymnasium Magdeburg gemeinsam mit der DLRG Wernigerode freuen. Mit dem Projekt „Die jungen Rettungsschwimmer von Dannigkow – ein Juniorchef-Projekt“ konnten die Partner die größte Unterstützung aus der Öffentlichkeit für sich gewinnen und den Publikumspreis mit in die Heimat nehmen.

Inmitten von inspirierenden Geschichten und herzlichen Begegnungen wurden die strahlenden Gewinnerinnen und Gewinner des Förderpreises geehrt. Für jedes Projekt wurde ein animierter Film produziert, welcher die Projektidee auf kreative Art und Weise dem Publikum vorstellt. In diesem Jahr durften wir über individuell gestaltete Planeten aus ei-

ner Bevölkerungsschutz-Galaxie staunen. Die musikalische Begleitung durch die Berliner Jazz-Band „Sunset Orange“ verlieh dem Event zusätzlich einen klangvollen Rahmen.

Tauchen Sie mit uns ein in die Welt der Helferinnen und Helfer und lassen Sie sich von den Ideen inspirieren, die sich 2023 im Wettbewerb von rund 250 Einreichungen durchsetzen konnten.

Die 16 ausgezeichneten Projekte 2023

In der Kategorie „Innovative Konzepte“

Platz 1: *Dieser Weg wird kein leichter sein: Verbesserung der Schutzbekleidung von Feuerwehrfrauen / Institut für Arbeitswissenschaft sowie Institut für Textiltechnik, RWTH Aachen*

Schutzbekleidung ist essenziell, um Feuerwehrleute vor den vielfältigen Gefahren im Einsatz zu schützen. Passt sie nicht, steigt das Unfallrisiko der Tragenden. Kann die Feuerwehrschtutzbekleidung also noch besser auf die individuellen Bedürfnisse der Einsatzkräfte abgestimmt werden? Das Institut für Arbeitswissenschaft der RWTH Aachen wollten diese Frage gemeinsam beantworten. Ihre Befragung mit über 1.700 Teilnehmenden zeigt: Feuerwehrfrauen fühlen sich schlechter durch die Schutzbekleidung geschützt als -männer. Sie vertrauen ihr weniger. Um der Sache auf den Grund zu gehen, untersucht das Forschungsteam die Zusammenhänge zwischen Körperformen, Schutzbekleidungsmodellen und Unfallverhalten. Durch ihre Forschung verbessert das Team die Geschlechtergerechtigkeit bei der Feuerwehr und schützt Frauen im Einsatz.



Platz 2: *Jahresendspurtkalender: Krisenfest in 31 Tagen / DRK-Landesverband Westfalen-Lippe e. V.*

Stell dir vor es ist Blackout. Viele Dinge, die für uns selbstverständlich sind, funktionieren plötzlich nicht

mehr: Kühlschrank, Heizung und Handyempfang. Mit seinem Jahresendspurtkalender hat der DRK-Landesverband Westfalen-Lippe in 31 Tagen Menschen für eine Krise vorbereitet. Den ganzen Dezember lang wurde auf Social Media jeden Tag ein Türchen des virtuellen Adventskalenders geöffnet. Zu jedem Eintrag gab es einen Tipp: Was tun, wenn der Strom ausfällt? Was mache ich, wenn das Handynetz nicht erreichbar ist? Unter dem Hashtag #krisenfestin31tagen konnte die Community kommentieren und eigene Ideen mitbringen. Insgesamt 300.000 Menschen konnte das Team durch den Kalender erreichen und sie so für das wichtige Thema sensibilisieren.

Platz 3: Ehrenamtsinitiative „Cottbus braucht dich“

Pandemie, Ukrainekrieg, Waldbrände und Flut – die Geschehnisse der letzten Jahre zeigen: Wir brauchen eine stärkere Unterstützung durch Ehrenamtliche. Um den Katastrophenschutz in der Region zu stärken, schlossen sich die Hilfsorganisationen in Cottbus zusammen. Unter dem Schirm „Cottbus braucht dich“ finden regelmäßige Abstimmungen zur Entwicklung, Planung und Durchführung von Aktionen zur Gewinnung Freiwilliger statt. Artikel, Videos, Uni-Vorlesungen, Aktionen für Vorschul- und Hortkinder – all diese Maßnahmen sorgen für mehr Sichtbarkeit und motivieren andere, sich freiwillig zu engagieren. Somit sichert die Ehrenamtsinitiative eine langfristige Stärkung aller Hilfsorganisationen.

Platz 4: Emulation radiologischer Messgeräte / Dr. Michael Schwalm

Bei Unfällen mit radioaktiven Stoffen sind Messungen entscheidend für Sicherheit und Einsatzerfolg. Eine realitätsnahe Übung war bis jetzt aber kaum möglich. Echte Strahlenquellen sind zu gefährlich und handelsübliche Trainingsgeräte zu teuer. Um die Ausbildung im Bereich Strahlenschutz zu verbessern, baute Michael Schwalm von der GABC-Messgruppe des Schwalm-Eder-Kreises spezielle Trainingsgeräte. Er entwickelte ein günstiges, präzises, sicheres und einfaches System, das die Lücke in der Ausbildung schließt. Die tragbaren Emulatoren simulieren Strahlenfelder auf wenige Zentimeter genau und zeigen diese an. Die Innovation ermöglicht es, überall und jederzeit Strahlenschutzübungen durchzuführen und Einsatzkräfte sicher auf atomare Gefahrenlagen vorzubereiten.

Platz 5: Solarkraft für Einsatzkräfte / THW Euskirchen

Smartphones und Einsatzgeräte sind ein wichtiger Schlüssel zur Hilfe. Während Großschadensereignissen wie Flutkatastrophen kann die Stromversorgung aber flächendeckend ausfallen. Was also, wenn der Akku leer ist? Um jederzeit die nötige Power zu haben, hat sich das THW Euskirchen etwas überlegt: eine mobile Ladestation – betrieben von Solarenergie. Egal wo und wann bietet der Stromerzeuger eine netzunabhängige 5V-Lademöglichkeit. Smartphones, Power

Banks, PCs, USB-Lampen und Navigationsgeräte können ohne Probleme angeschlossen werden. Die mobile Ladestation ist nicht nur eine umweltschonende Lösung, sondern auch eine große Hilfe für jeden Einsatz.

In der Kategorie „Nachwuchsarbeit“

Platz 1: Schulanfänger-Wochen Jugendrotkreuz / DRK KV Rhein-Neckar/Heidelberg e. V.

Wer sich vor den Sommerferien aus seinem Kindergarten verabschiedet, findet oftmals bis zur Einschulung keine Betreuung. Genau da setzt das Jugendrotkreuz Heidelberg an und lässt den Traum vieler Vorschulkinder wahr werden: Einmal in einen Rettungswagen steigen! In den sogenannten Schulanfängerwochen lernen die Kinder verschiedene Blaulichtberufe kennen. Neben dem Blick in den Rettungswagen und einem Erste-Hilfe-Kurs zeigt auch die DRK-Hundestaffel ihr Können. Die Gruppe darf mit dem Wasserschlauch bei der Feuerwehr hantieren und die Polizeiwache erkunden. Mit der drei Wochen Ganztagsbetreuung entlastet das Projekt nicht nur Eltern, sondern entfacht auch die Leidenschaft für Blaulichtberufe.

Platz 2: Die jungen Rettungsschwimmer von Dannigkow – Ein Juniorchef-Projekt Norbertusgymnasium Magdeburg / DLRG Wernigerode

Am Norbertusgymnasium Magdeburg ist es Teil des Lehrplans, sich für die Gesellschaft einzusetzen. Dazu gehört die Ausbildung „Rettungsschwimmen“. Doch wie können die jungen Menschen für reales Engagement begeistert werden? Die DLRG Wernigerode und das Norbertusgymnasium hatten da eine Idee: das Juniorchef-Projekt. Hier können die ausgebildeten Rettungsschwimmerinnen und -schwimmer echte Verantwortung übernehmen und für einige Zeit als Chefin oder Chef agieren. Am Badensee des Campingplatzes in Dannigkow haben sie die Aufgabe, unter geeigneten Bedingungen die Wasseraufsicht zu organisieren und selbstständig sicherzustellen. Das Projekt ermöglicht den Jugendlichen nicht nur, ihre erworbenen Fähigkeiten anzuwenden. Sie werden auch motiviert, Teil des Ehrenamts zu bleiben.

Platz 3: Kleine Helfer ganz groß – Dippoldiswalder Teamtag Bevölkerungsschutz / DRK Kreisverband Dippoldiswalde e. V.

Die Corona-Pandemie hat das Leben vieler Menschen beeinträchtigt. Auch die regelmäßigen Nachwuchs-Treffen des DRK-Kreisverbandes Dippoldiswalde konnten nicht stattfinden. Im gemeinsamen Austausch mit der Leitung der Kinder- und Jugendgruppen von Jugendrotkreuz, THW und der Freiwilligen Feuerwehr in Dippoldiswalde, hat das DRK nach einer Möglichkeit gesucht, danke zu sagen. So wurde der Dippoldiswalder Teamtag Bevölkerungsschutz ins Leben gerufen. In einem spiele-



rischen Wettkampf treten kleine Gruppen gegeneinander an. An verschiedenen Stationen können die Teams ihre Fähigkeiten und ihr Wissen in den Bereichen der Hilfsorganisationen unter Beweis stellen. Jede Organisation stellt hierfür vier Stationen zur Verfügung, die jährlich neu ausgestaltet werden. Der Teamtag steht im Zeichen von Ehrenamt, Teamgeist und Vernetzung und lässt „Kleine Helfer ganz groß“ werden. 120 Kinder und Jugendliche nahmen voller Elan und Freude teil.

Platz 4: *Wenn wir nicht kommen, kommt keiner. Kommst du mit? / Die Seestadtretter - ein Zusammenschluss aller Bevölkerungsschutzeinheiten aus Bremerhaven*

Die Kluft zwischen notwendigen und verfügbaren Einsatzkräften wird immer größer. Das wollten die Seestadtretter – ein Zusammenschluss aller Bevölkerungsschutzeinheiten aus Bremerhaven – ändern und dachten ihre Nachwuchswerbung neu. Einen gebrauchten 20-Fuß-Seecontainer bauten sie zu einem Eventcontainer um. Der moderne Öffentlichkeitsraum ermöglicht eine einzigartige Umgebung für Veranstaltungen. Er ist einfach aufzubauen und für unterschiedliche Hilfsorganisationen adaptierbar. Zusätzlich erstellte die Gruppe für ihre Webpräsenz einen Image-Film, der eine große Bevölkerungsschutzübung zeigt. Hierfür wurden mehrere Filmteams organisiert, die 450 Ehrenamtliche im Einsatz begleiteten. Beide Säulen ermöglichen eine organisationsübergreifende Mitgliederwerbung und begeistern potenzielle Einsatzkräfte für das Ehrenamt.

Platz 5: *Jugend-Übung im Kat-Schutz / THW Jugend Görlitz e. V.*

Sich vernetzen und zusammenhalten: So geht Ehrenamt. Kann man jungen Ehrenamtlichen spielerisch vermitteln, was es heißt das eigene Fachwissen im Team aus verschiedenen Hilfsorganisationen einzusetzen? „Ja das kann man!“ dachte sich die THW Jugend Görlitz und organisierte die „Jugend-Übung im Kat-Schutz“. Beim jährlichen Event können sich Jugendgruppen in gemischten Teams verschiedenen Aufgaben stellen und die Kameradschaft stärken. Gemeinsam im Einsatz lösen sie fachtechnische, allgemeinbildende, aber auch lustige Aufgaben. Die Mannschaft mit den meisten Punkten gewinnt! Die Jugend-Übung fördert den Spaß am Katastrophenschutz und ist ein Erlebnis für Groß und Klein.

In der Kategorie „Unterstützung des Ehrenamtes“

Platz 1: *Dräger sucht euch! Eure Leidenschaft im Rampenlicht / Dräger Safety AG & Co. KGaA*

In den Freiwilligen Feuerwehren fehlen oft die finanziellen Mittel, um die Mitgliederwerbung auszubauen. „Dräger“, Unternehmen für Medizin- und Sicherheitstechnik, sah eine Chance, zu helfen: Bei der Leitmesse „Inter-schutz“ stellte der Hersteller die Feuerwehren in den Vordergrund. Mit der Kampagne „Dräger sucht Euch! Eure Leidenschaft im Rampenlicht!“ ermöglichte das Unternehmen Feuerwehren, ein professionelles Imagevideo zu

gewinnen. Dafür mussten sie ein Foto einsenden und zwei Fragen beantworten: „Warum seid Ihr bei der Feuerwehr?“ und „Was macht Eure Leidenschaft aus?“. Nach einer Online-Abstimmung wählte eine qualifizierte Jury aus den Top fünf die Gewinnerwache aus. Mit der Aktion konnte Dräger den Feuerwehren eine wertvolle Bühne geben, das ehrenamtliche Engagement unterstützen und effektive Nachwuchswerbung ermöglichen.



Platz 2: *Malwettbewerb – Unser Katastrophenschutz / Förderverein Freiwillige Feuerwehr Romrod e. V.*

Ehrenamtliche leisten täglich Außergewöhnliches. Doch nicht immer bekommen sie die Anerkennung, die sie verdienen. Der Förderverein Freiwillige Feuerwehr Romrod machte dieses Engagement sichtbar – durch die Augen von Kindern. Mit ihrem Malwettbewerb „Unser Katastrophenschutz“ ermutigten sie junge Leute im ganzen Vogelsbergkreis, die ehrenamtliche Arbeit auf Papier zu bringen. Egal ob rotes Feuerwehrauto, weißer Rettungswagen oder blaues Einsatzfahrzeug – hier wurde der Kreativität freien Lauf gelassen. Insgesamt vergab die Jury dreizehn Preise im Wert von über 500 Euro, die der Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr organisierte. Die pressewirksame Aktion würdigt das Ehrenamt und begeistert Kinder und Eltern, sich kreativ mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Platz 3: *Hand in Hand durch die Krise – Spontanhelfende & Ehrenamt / DRK Kreisverband Dresden-Land e. V.*

Die letzten Jahre haben gezeigt: Katastrophen können parallel auftreten und alle Ressourcen des Bevölkerungsschutzes beanspruchen. Gut, dass es Menschen gibt, die spontan helfen. Doch wie bindet man sie am besten in Kriseneinsätze ein? Hier setzt das Projekt „Hand in Hand durch die Krise“ des DRK Kreisverbandes Dresden-Land an. Das Ziel: Rahmenbedingungen schaffen, um Spontanhelfende und Hilfsorganisationen besser zu verzahnen. Das Team will in regionalen Krisen Anlaufpunkte schaffen und kommunizieren wann, wo und wie die Freiwilligen eingesetzt werden können. Egal ob Materialien, Informationen oder Grundausrüstung persönlicher Schutzausrüstung – das Projekt bereitet alle Akteure bestens vor. So können Spontanhelfende sicher und informiert im Einsatz agieren und Einsatzkräfte langfristig entlasten.

Platz 4: *PSNV-Online / Förderverein PSNV Neckar-Odenwald*

Während der Corona-Pandemie gab es so gut wie keine Aus- und Fortbildungen für Ehrenamtliche der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV). Das ließen der Förderverein PSNV Neckar-Odenwald und benachbarte PS-



Die Preisträgerinnen und Preisträger, Jury und PSSt Johann Saathoff haben sich zum Gruppenfoto aufgestellt (Fotos: Mike Auerbach).

NV-Verbände nicht auf sich sitzen und starteten das Format „PSNV-Online“ für Mitglieder und Interessierte. An sogenannten PSNV Online Fortbildungsabenden können Teilnehmende kostenlos neues Wissen erlangen. Der Erfolg spricht für sich: An den Fortbildungsabenden nahmen teilweise über 400 Ehrenamtliche aus ganz Deutschland, Österreich und der Schweiz teil. Auf diese Art konnte ein Netzwerk der PSNV-Mitarbeitenden und darüber hinaus geschaffen werden.

Platz 5: Bildungslotse Einsatzdienste / Malteser Hilfsdienst e. V. NRW

Der Bevölkerungsschutz entwickelt sich immer weiter. Doch nicht immer werden die Ausbildungsinhalte schnell genug angepasst. Oft stimmen sie nicht ganz mit der Einsatzrealität überein oder sind veraltet aufbereitet. Die Malteser Region NRW sah das Verbesserungspotential und rief die Stabstelle „Bildungslotse Einsatzdienste“ ins Leben. Das Projekt unterstützt Führungs- und Einsatzkräfte sowie Auszubildende dabei, den Unterricht ansprechend zu gestalten – unabhängig von ihrer Qualifikation. Parallel baut die Stabstelle ein Beratungsnetzwerk auf, das den Austausch fördert. Über die Zeit sollen weitere Daten gesammelt werden, um die Einrichtung eines ChatBots für häufig gestellte Fragen zu eruieren. „Bildungslotse Einsatzdienste“ stellt einen Eckpfeiler für die Arbeit des Bevölkerungsschutzes dar und schafft ein modernes ortsnahe Coachingangebot.

In der Kategorie „Sonderpreis der Jury“

Platz 1: KIT-München / Krisen-Interventions-Team München
Schwere Unfälle hinterlassen nicht nur Spuren bei körperlich Verletzten, sondern auch bei indirekt Betroffen-

nen wie Angehörigen. Hier setzt die psychosoziale Notfallversorgung ein: In Ausnahmesituationen ist sie für die Menschen da. Dass diese Versorgung überhaupt existiert, verdanken wir dem Krisen-Interventions-Team (KIT) München. In dem Leuchtturmprojekt arbeiten Ehrenamtliche der ersten Stunde mit Freiwilligen der zweiten und dritten Generation zusammen. Auch bei Katastrophen und globalen Notsituationen wie dem Elften September oder dem Germanwings-Absturz werden sie einberufen. Das Krisen-Interventions-Team ist seit fast 30 Jahren rund um die Uhr einsatzbereit. Die 60 Ehrenamtlichen bewältigen um die 1.000 Einsätze pro Jahr – ein Meilenstein für die Notfallversorgung und für das gesamte Ehrenamt.

Helfende Hand 2024

Während wir noch die Gewinnerinnen und Gewinner des vergangenen Jahres feiern, steht bereits die nächste Bewerbungsphase für den Förderpreis im Jahr 2024 bevor. Vom 1. März bis zum 30. Juni können die Ideen von morgen eingereicht werden.

Das Online-Bewerbungsformular, abrufbar unter www.helfende-hand-foerderpreis.de, führt Schritt für Schritt durch den Bewerbungsverlauf.



Quelle: Johannes Grewer

Ricarda Löhr ist Mitarbeiterin des Referates Grundsatzangelegenheiten des Bevölkerungsschutzes, Ehrenamt, Risikoanalyse im BBK.



Regieeinheiten im Einsatz beim Ostseehochwasser



Ein Beispiel der hervorragenden Zusammenarbeit: Die Regieeinheit Schleswig-Flensburg mit NEA 250 und das THW mit Hochleistungspumpe am Hafen von Langballig. (Foto: ARKAT)

Am 20.10.2023 kam es zu einem der eher seltenen Ostseehochwasser. Die Wetterlage ließ besonders in Schleswig-Holstein die Pegelstände über die schon hohen Prognosen steigen. Die Sturmflut wurde damit zu einer Jahrhundertflut. Vielerorts konnten trotz massiver Gegenwehr durch Einsatzkräfte der verschiedenen Organisationen die Küstenschutzanlagen nicht gegen die rasant ansteigenden Wassermassen gehalten werden. Hierbei wurden teils die Küstenschutzanlagen, aber auch große Bereiche im unmittelbaren Umfeld der Küste schwer in Mitleidenschaft gezogen und zum Teil komplett zerstört. Deshalb waren auch noch in den Tagen nach der Flut Einsatzkräfte aller Organisationen damit beschäftigt, die Folgen zu beseitigen.

Die Regieeinheiten in Schleswig-Holstein trugen mit technischer Unterstützung, vor allem Stromerzeugung, Beleuchtung und Kraftstoffversorgung, sowie mit ihren

Führungsunterstützungsgruppen zu diesem herausfordernden Einsatz bei:

Im Kreis Schleswig-Flensburg hatte die Regieeinheit Technik und Infrastruktur an mehreren Einsatzstellen alle Hände voll zu tun. Am Hafen Olpenitz leuchtete sie mit einer Netzersatzanlage mit einer Leistung von 100 kVA (NEA 100) der Platz der Sandsackbefüllung und des Bereitstellungsraumes aus. In der Stadt Arnis unterstützte sie in mehreren Schichten von 21. bis 27.10. die umfangreichen Arbeiten der Hilfskräfte mit zwei Notstromaggregaten. Für die Kraftstoffversorgung der Einsatzfahrzeuge und deren Maschinen betrieb sie vier mobile Tankstellen aus der Katastrophenschutzreserve des Kreises Schleswig-Flensburg. Weitere Einsatzstellen mussten ausgeleuchtet werden,

damit die Einsatzmaßnahmen auch bei Dunkelheit fortgeführt werden konnten. Zur Versorgung der Bevölkerung stellte die Regieeinheit in Arnis in der Nähe der Schlei-Mündung einer örtlichen Bäckerei Strom bereit. Im Hafengebiet von Langballig an der Flensburger Förde unterstützte die Regieeinheit das THW durch eine NEA 250, um deren Hochleistungspumpen betreiben zu können. Auch auf dem Gut Oehe / Maßholm im östlichsten Teil des Kreises stellte die Regieeinheit Strom und Licht, um die Aufräumarbeiten sowie die notdürftige Schließung der Deichdurchbrüche zu unterstützen.

Bei diesen Arbeiten half die Beschaffung von Netzersatzanlagen in den letzten drei Jahren durch das Land Schleswig-Holstein. Je zwei NEA 100 und eine NEA 250 stehen nun jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt in Schleswig-Holstein zur Verfügung. In der erst im Dezember abgeschlossene-

nen Landesbeschaffung sind die NEA 100 vorrangig zum Betreiben von Tankstellen gedacht. Im Falle eines flächendeckenden Stromausfalles werden dann nur BOS-Fahrzeuge weiter betankt. Dadurch ist die Einsatzbereitschaft aller BOS-Einheiten auch bei länger dauernden Stromausfällen zu jeder Zeit gewährleistet. Mit ausgewählten Tankstellenbetreibern wurden vorab Verträge geschlossen und die vorgesehenen Tankstellen für den Notbetrieb ertüchtigt.

Die Regieeinheiten Technik und Infrastruktur profitieren bei der Erfüllung ihrer Aufgaben von dem Wissen einiger Mitglieder, die beruflich auf diesen Gebieten tätig sind und für ein Engagement im Katastrophenschutz gewonnen werden konnten. Die Netzersatzanlagen werden in Schleswig-Holstein von Regieeinheiten und in manchen Kreisen von Feuerwehren und dem THW betrieben. Hierbei entwickelt sich ein reger Austausch zwischen den Organisationen.

Die Regieeinheit Führungsunterstützung des Kreises Schleswig-Flensburg unterstützte mit Fernmeldern und

Führungsassistenten die Untere Katastrophenschutzbehörde im Lagezentrum des Kreises. Darüber hinaus war die Regieeinheit ab dem 23.10. mit ihrem Einsatzleitwagen 2 und dem Gerätewagen Information und Kommunikation bei den Nacharbeiten im Abschnitt Arnis tätig. Während die Regieeinheit des Kreises Schleswig-Flensburg besonders viel tun hatte, war zeitgleich die Regieeinheit Neumünster damit beschäftigt, mit ihrer Betreuungsgruppe eine Feuerwehrebereitschaft mit Lunchpaketen für deren Lenzarbeiten in Flensburg zu versorgen. Innerhalb von zwei Stunden mussten knapp 70 Lunchpakete besorgt, zubereitet und gepackt werden.

Dieses Ereignis hat gezeigt, wie gut die Zusammenarbeit der Regieeinheiten mit den anderen Organisationen funktioniert und wie sehr die Regieeinheiten mit ihrem Leistungsspektrum zu einem Gesamteinsatz beitragen können – egal in welcher Fachrichtung.

Sönke Bumann, Regieeinheit Neumünster



Hilfe zur Selbsthilfe

Resilienz der Bevölkerung muss gestärkt werden

Kommunen, Hilfsorganisationen und Gesellschaft stehen vor Herausforderungen: hohe Erwartungen an das Deutsche Hilfeleistungssystem, mangelndes Katastrophenbewusstsein, kaskadierende und zunehmende Akutlagen, Selbstüber- und Unterschätzung der eigenen Handlungsmöglichkeiten in der Bevölkerung. Das Sturmtief Bernd, das im Juli 2021 mit seinem verheerenden Starkregen großflächig zu massiven Zerstörungen und Todesopfern führte, traf die Menschen beinahe unvorbereitet. Über 180 Menschen starben, unzählige verloren ihr Hab und Gut. Die Schäden gehen in die Milliardenhöhen und Deutschland wurde Zeuge des eigenen Systemversagens. Gleich-

zeitig muss sich das Land auf weitere Schadensereignisse vorbereiten. Tatsächlich ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Sturmtief erneut eintritt durch die Erderwärmung um das 1,2 bis 9-fache erhöht, sodass sich sowohl die Politik, Kommunen oder BOS (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) wie auch jede einzelne Person auf Extremwetterereignisse vorbereiten muss¹. Vorbereitende Maßnahmen als Katastrophenprävention

¹ Heavy rainfall which led to severe flooding in Western Europe made more likely by climate change | <https://www.worldweatherattribution.org/heavy-rainfall-which-led-to-severe-flooding-in-western-europe-made-more-likely-by-climate-change/>

müssen jetzt in den Fokus genommen werden und sowohl bedarfsgerecht als auch zielgruppenorientiert Anwendung finden.

Das Hochwasser 2021 hat gezeigt, dass die Menschen darin gestärkt werden müssen, sich vorzubereiten, sich im Notfall – vor Eintreffen von Rettungskräften – selbst zu helfen oder das Hab und Gut gegen Gefahren zu sichern. Prävention erfährt im Diskurs weiterhin zu wenig Aufmerksamkeit, dabei besteht insbesondere in Deutschland ein erheblicher Nachholbedarf in der Risikokommunikation. Es gilt, schnelle und wirksame Kommunikations- und Bildungsstrategien für unterschiedliche Zielgruppen zu entwickeln, die Vorsorgemaßnahmen zum Selbstschutz fördern, und spezifisches Wissen über regionale Katastrophenrisiken zu aktivieren und zu erweitern. Betroffene sollen in der Lage sein, vulnerable Bevölkerungsgruppen zu unterstützen oder in Notlagen wissen, welche Schutzmaßnahmen zu ergreifen sind oder wie Hilfe organisiert werden kann. Zudem soll vermittelt werden welche Maßnahmen in dem Moment wichtig sind, wo ggfs. Hilfe zu finden ist und welche Automatismen oder Reaktionen es aus Sicherheitsgründen zu vermeiden gilt. Insgesamt muss die Verantwortung und die daraus resultierende Eigeninitiative lokaler Gemeinschaften gestärkt werden, um geeignete Maßnahmen zu organisieren, noch bevor Rettungskräfte eintreffen.



Integriertes Hilfeleistungssystem in der Bundesrepublik Deutschland. (Quelle: BBK)

Die Rolle des Katastrophenschutzes in Deutschland

Der Katastrophenschutz in Deutschland, mit all seinen Akteuren sowie vielfältigen Aufgaben und Verantwortlichkeiten, wird oftmals auf die örtliche Gefahrenabwehr und, seit dem Sturmtief Bernd 2021, auf Katastrophenlagen reduziert. Dabei ist das System weit komplexer gestaltet und fordert zunehmend mehr Ressourcen. Während der Zivilschutz in die Verantwortlichkeit des Bundes fällt, ist es an den Ländern den Katastrophenschutz zu finanzieren, zu managen und zu organisieren. Die örtliche Gefahrenabwehr wie beispielsweise die Wasserrettung oder

Rettungsdienst sind wiederum den Kommunen untergeordnet.

Der ASB ist, als eine der anerkannten Hilfsorganisationen, im Gegensatz zu behördlichen Strukturen auf allen föderalen Ebenen des Hilfeleistungssystems aktiv und dabei so vielfältig aufgestellt wie seine Aufgaben. Dabei ist die Zusammenarbeit mit Politik und Bundesbehörden ebenso relevant wie die mit anderen Hilfsorganisationen oder auch der Bevölkerung selbst. Der ASB versteht sich somit auch als Vermittler, der verschiedene Interessensgruppen zu bedienen versucht. Und während der Bedarf mit dem demografischen Wandel oder den beschriebenen Klimaveränderungen tendenziell steigt, gehen die aktiven Ehrenamtszahlen zurück und Finanzierungen werden eingeschränkt. Doch wieviel muss noch geschehen, bis Prävention als ein sich auszahlendes Mittel verstanden wird?

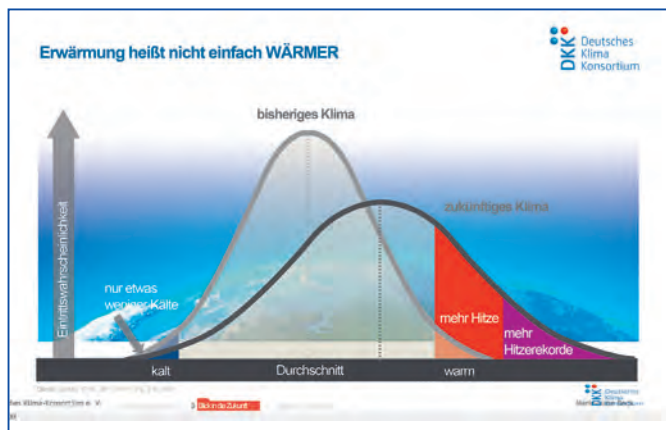
Greifende Maßnahmen

Denn den ausführenden Instanzen ist längst bewusst, dass in Extremsituationen benötigte Hilfeleistungen durch unzureichenden Kapazitäten nicht oder nur ungenügend erbracht werden können. Nachbarländer wie Italien sind, nicht zuletzt aus der Not heraus, im Vergleich wesentlich aktiver in der Ansprache der Bevölkerung. In Deutschland herrscht noch immer ein Grundvertrauen in das System und in die eigene Sicherheit. Und genau darum geht es: Der Bevölkerung muss kommuniziert werden, dass die Beteiligung der Bevölkerung unabdingbar geworden ist.

Obwohl es auch in Deutschland viele Ideen und Ansatzpunkte gibt, scheitert es vermehrt an Ressourcen oder an bürokratischen Hürden. Denn ob Erste-Hilfe-Kurse verpflichtend in Lehrpläne aufgenommen werden, muss auf politischer Ebene entschieden werden. Dass Pflegekräfte keine Kapazitäten für resilienzsteigernde Fortbildungen zur Verfügung haben, ist ein weitgehend strukturelles Problem und für Stand-up-First-Aid-Kurse ohne Refinanzierung fehlt es den Organisationen an personellen Ressourcen. Das durch das BBK finanzierte Programm „Erste Hilfe mit Selbstschutzinhalten“ (EHS) bahnt sich seit 2021 seinen Weg in die Bevölkerung und stellt eine vergleichsweise niederschwellige und zielgruppenübergreifende Maßnahme dar. Doch auch hier werden bestimmte vulnerable Bevölkerungsgruppen, wie Menschen mit Beeinträchtigung oder ältere Personen, nicht angesprochen. Es sind insbesondere die Menschen, die sich nicht in stationären Einrichtungen aufhalten, die im Zweifel auf sich alleine gestellt und abhängig davon, ob das soziale Umfeld Initiative ergreift. Dieses Bewusstsein muss geschärft werden und, möglichst früh beginnend, im Kindes- und Jugendalter, kommuniziert werden.

Fazit

Ohne die Mithilfe der Zivilbevölkerung ist die Bewältigung von Schadenslagen, je nach Ausmaß, nicht oder nur



Das bisherige und das voraussichtlich zukünftige Klima.
(Quelle: Deutscher Wetterdienst)

kaum zu realisieren – besonders im Hinblick auf die beschriebenen klimatischen Herausforderungen und die da-

mit einhergehende Intensivierung und Häufung von Naturkatastrophen. Eine Hilfsorganisation wie der ASB ist dabei ebenso ausführende wie auch multiplizierende Instanz, kann aber, ohne Zutun von der Politik, nur begrenzt einen Beitrag zur verstärkten Öffentlichkeitsbeteiligung leisten. Es braucht sowohl Finanzierungen als auch strukturelle Veränderungen, damit Zielgruppen erreicht werden, sie das Hilfeleistungssystem verstehen, Maßnahmen umsetzen oder sich sogar selbst engagieren können. Kurzum: ein Umdenken muss stattfinden, damit individuelle und kollektive Resilienz gesteigert werden kann. Denn dieses Unterfangen kann nicht von einer Organisation, Behörde oder Institution alleine bewältigt werden. Hilfe zur Selbsthilfe ist schlussendlich der Weg, den es zu verfolgen gilt und in das die nötigen Mittel fließen müssen, um größere Schäden nachhaltig vermeiden zu können.



Umfrage unter Feuerwehrangehörigen

Beleidigungen und Bedrohungen trauriger Alltag im Einsatz

Gewalterfahrungen im Einsatz sind für ehrenamtliche Feuerwehrangehörige keine Seltenheit. Das ist das Ergebnis einer bundesweiten Umfrage unter den Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren, die der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) gemeinsam mit der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) durchgeführt und vor dem Jahreswechsel in der Bundespressekonferenz vorgestellt hat. Danach gab rund die Hälfte der Befragten an, in den vergangenen zwei Jahren im Einsatz Gewalt erlebt zu haben. Verbale Gewalt in Form von Beleidigungen oder Bedrohungen dominiert dabei. Tätliche Angriffe kommen deutlich seltener vor. DFV und DGUV appellieren vor diesem Hintergrund an alle Teile der Gesellschaft, Gewalt entschieden entgegenzutreten.



Ali Khattab (Feuerwehr Berlin) auf der Bundespressekonferenz.
(Foto: Simone M. Neumann)

„Die Zahl erlebter Gewaltvorfälle gegen Einsatzkräfte ist zu hoch – und mittlerweile trauriger Alltag“, sagte der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Karl-Heinz Banse.

„Feuerwehrmitglieder sind bei ihrer freiwilligen Tätigkeit viel zu häufig psychischer Belastung durch Beleidigungen, Beschimpfungen und Bedrohungen ausgesetzt.“ DGUV-Hauptgeschäftsführer Dr. Stefan Hussy fügte hinzu: „Respektlosigkeit und Aggression gegenüber Einsatzkräften sind keine Bagatellen. Sie demotivieren und frustrieren die Betroffenen. Das schadet dem Ehrenamt und damit letztlich der gesamten Gesellschaft.“

Die Umfrage von DFV und DGUV ist die erste bundesweite Befragung, die gezielt Gewalterfahrungen von ehrenamtlichen Einsatzkräften in den Blick nimmt. Von Anfang November bis Mitte Dezember 2023 beteiligten sich über 6.500 Feuerwehrleute daran. Das Institut für Arbeit und Gesundheit der DGUV (IAG) aus Dresden führte die Online-Befragung durch und wertete die Zahlen aus. 3.275 Personen gaben an, in den vergangenen zwei Jahren Aggression im Einsatz erlebt zu haben – am häufigsten in Form von Beleidigungen und Beschimpfungen. Häufig seien auch Einschüchterungsversuche – zum Beispiel die Androhung, mit dem Auto angefahren zu werden. Tätliche Angriffe – zum Beispiel mit Fäusten, Feuerwerk oder einer Waffe – seien dagegen deutlich seltener.

Gefragt haben DFV und DGUV auch nach dem Umgang mit Gewalterfahrungen und Unterstützungsbedarfen. „Erfreulich ist, dass das Meldeverhalten innerhalb der Feuerwehr gut ist“, so Banse. Mehr als drei Viertel der von Gewalt Betroffenen hätten angegeben, intern darüber informiert zu haben. Allerdings erstatteten viele Feuerwehrleute nach wie

Hohes Interesse an Informationen zu Selbsthilfe

Im Rahmen der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, dem Deutschen Feuerwehrverband und der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes zum Selbstschutz der Bevölkerung waren die Partner mit einem Stand auf der wichtigsten Konferenz für Lehrkräfte in Deutschland vertreten. „Bei fast 2.000 Teilnehmern insgesamt stoßen insbesondere die neuen Blätter für Lehrkräfte zu den Themen Hochwasser, Sturm und Gewitter, Selbstschutz und Stromausfall

DFV-Präsident fordert verbesserte Ausstattung für Katastrophenschutz

Karl-Heinz Banse, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV), würdigte zu Jahresbeginn den seit vor Weihnachten andauernden Einsatz der Feuerwehrkräfte in den vom Hochwasser betroffenen Regionen. „Ohne dieses vorwiegend ehrenamtliche Engagement wäre es nicht möglich, die Bevölkerung so wirkungsvoll zu schützen“, so der Verbands-Chef. Die Feuerwehren bilden das Rückgrat des Katastrophenschutzes in ganz Deutschland. Banse lobt die gute

vor keine Anzeige bei der Polizei, weil sie nicht glaubten, dass ihr Anliegen ernst genommen werde. „Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, wenn Angriffe auf die Feuerwehr juristisch nicht konsequent verfolgt werden, weil die Strafverfolgungsbehörden ein ‚zu geringes öffentliches Interesse‘ darin sehen.“ Hussy betonte: „Wer sich für andere einsetzt, muss sich des Rückhalts der Gemeinschaft sicher sein. Das heißt auch: Wer Gewalt gegenüber Einsatzkräften ausübt, muss dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Jede Attacke auf sie ist von öffentlichem Interesse.“ Die beiden Spitzenverbände sehen das Ehrenamt nachhaltig durch einen verrohten Umgangston sowie mangelnden Respekt online und offline bedroht. Aktuelle Kampagnen wie #GewaltAngehen der DGUV sollen die Gesellschaft dafür sensibilisieren.

Dringender Appell mit Blick auf Silvester

Banse und Hussy warnen mit Blick auf die gewalttätigen Ausschreitungen insbesondere gegen Einsatzkräfte in der Silvesternacht 2022/23 eindringlich vor einer Wiederholung der Angriffe: „Diese Gewalt muss aufhören. Es darf nicht sein, dass Menschen, die anderen zu Hilfe eilen, um ihre eigene Sicherheit und Gesundheit fürchten müssen“, betont Hussy. „Die Gesellschaft muss zurück zu respektvollen Verhaltensnormen. Null Toleranz für Gewalt ist der erste Schritt, den jede und jeder Einzelne sofort machen kann“, appelliert Banse.

Die Ergebnisse der Umfrage stehen auf folgenden Webseiten zum Herunterladen zur Verfügung:

Keine Gewalt | <https://www.feuerwehrverband.de/kampagnen/keine-gewalt/www.gewalt-angehen.de>

auf hohes Interesse!“, berichtete Frieder Kircher, Vorsitzender des *Gemeinsamen Ausschusses Brandschutz-erziehung und Brandschutzaufklärung* von DFV und vfdB. Die Blätter sind so angelegt, dass Lehrkräfte schnell Materialien für die Erstellung von Unterricht finden. Frieder Kircher und Sabine Geicht (BBK-Referentin für Selbstschutz und Selbsthilfe) informierten in einem Kurzvortrag über die Aufklärung zur Vorbereitung auf Naturgefahren wie Sturm und Hochwasser, aber auch auf Stromausfall.

Zusammenarbeit mit den anderen Akteuren wie Technischem Hilfswerk, Hilfsorganisationen, Bundeswehr und Polizei. Er dankte auch den Spontanhelfern: „Ihr Einsatz kann sinnvoll sein – aber es muss auch Verständnis dafür da sein, dass es an manchen Stellen zu gefährlich ist.“

Der DFV-Präsident appellierte an die Bevölkerung, sich weiterhin an die Anordnungen der Behörden wie etwa Betre-

DVF Präsident Karl-Heinz Banse
Banse
(Foto: Katrin Neuhauser / DVF)



tungsverbote aufgeweichter Deiche oder Drohnenverbot zu halten. In der Silvesternacht hatten die Menschen in den Hochwassergebieten doppelte Belastungen auszuhalten: „Viele Menschen haben allerdings Rücksicht gezeigt und auf ausgedehntes Feuerwerk verzichtet – damit haben sie geholfen, die Einsatzzahlen der durch das Hochwasser belasteten Feuerwehren zu reduzieren“, dankte Karl-Heinz Banse. Um in Zukunft für derartige, offensichtlich durch den Klimawandel verursachten, Flächenlagen besser gewappnet zu

sein, forderte DVF-Präsident Karl-Heinz Banse eine bundesweite, koordinierte Verbesserung der Ausstattung im Katastrophenschutz. „Nach der Katastrophe im Ahrtal wurde die Warnung der Bevölkerung verbessert und hat diesmal in vielen Bereichen gut funktioniert. Wichtiger denn je ist es jetzt, dass das Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz nun auch vollständig arbeits- und einsatzfähig wird, um schnell und effektiv arbeiten zu können. Hier müssen vor allem die Feuerwehren und die Hilfsorganisationen direkt beteiligt werden“, so Banse.

Für Hochwasserlagen forderte er vordringlich Beschaffungen von zusätzlichen mobilen Schutzsystemen, mit denen personalintensive Sandsackbarrieren ersetzt werden können. Zudem müsse die Anforderung von Hubschraubern etwa zum Einsatz bei der Deichverteidigung entbürokratisiert werden. „Präventiv müssen Deiche unabhängig von Gefährdungslagen regelmäßig kontrolliert und auch Instand gesetzt werden. Die Ufer der Flüsse sind durch die zuständigen Behörden von Unrat, Ästen und ähnlichem zu reinigen, damit sich nichts aufstauen kann“, erklärte Banse.



Weserflut 2023

Katastrophenschutz-Großübung in Hameln

Anhaltender Regen sorgte Weihnachten 2023 für zahlreiche Überschwemmungen und angespannte Hochwasserlagen, die vor allem die DLRG Einsatzkräfte in Norddeutschland noch bis ins neue Jahr hinein beschäftigen sollten. Allein in Niedersachsen waren mit insgesamt rund 1.500 Retterinnen und Rettern in fast 20 Wasserrettungszügen so gut wie alle verfügbaren Kräfte des hiesigen Landesverbandes involviert. Nur wenige Wochen zuvor übten viele von ihnen noch in einer neu konzipierten Großübung des Landesverbandes. In fünf Szenarien stellten über 500 Kräfte ihre Kernkompetenzen unter Beweis. Dazu gehörten vor allem Menschen- und Tierrettung, Evaku-

ierung, Taucharbeiten, sanitätsdienstliche Versorgung und Deichsicherung.

Der Katastrophenschutz ist in Deutschland aufgrund immer häufiger auftretenden Naturkatastrophen ein wichtiges Thema. Daher initiierte der Landeseinsatzleiter der DLRG in Niedersachsen, Martin Witt, eine Großübung zu Schadenslagen bei Hochwasser. Ein Jahr lang erarbeitete das Planungsteam um Dr. Jürgen Laudien, Wolfgang Leskau und Moritz Pollehn die Szenarien. „Jedes Einsatzszenario ist anders, jeder Ort und jeder Tag ebenso. Unter diesen sich dauernd wandelnden Gegebenheiten, unter Druck und dem

Wirken von Gefahren professionell zu arbeiten, das kann man nicht einfach so leisten. Dafür bilden wir unsere Einsatzkräfte breit und gezielt fort“, so Martin Witt. „Doch zwischen Theorie, Lehrgang und Einsatzpraxis liegen manchmal große und manchmal kleine Welten“, ergänzt Dr. Jürgen Laudien, „und genau dafür sind solche Großübungen da, die im Anschluss intensiv besprochen werden, um noch besser zu werden.“

Bereits wenige Tage zuvor reisten das Vorauskommando und die Mitglieder der Koordinierungsstelle an. Diese beraten den Stab „Besondere Ereignisse“ der Stadt Hameln und führten bereits eine Lageerkundung durch. Die Koordinierungsstelle alarmierte die vier Landeseinsatzzüge (LEZ) und einen Fachzug Strömungsrettung. Die Züge sind personell, materiell und technisch umfangreich ausgestattet und arbeiten Einsatzabschnitte autark zu jeder Tages- und Nachtzeit ab. An der Übung beteiligten sich 500 Einsatzkräfte der DLRG mit 50 Landfahrzeugen, 32 Booten, zwei Rafts und fünf Fernerkundungsdrohnen. Sie arbeiteten zusammen mit Einsatzkräften des THW, der Feuerwehr und des DRK Hameln.

Vier Einsatzszenarien

Alle Züge wurden am Samstagmorgen zu ihren jeweiligen Einsätzen alarmiert. Der LEZ Nord war im Szenario „Evakuierung des Werderparkgeländes“ eingesetzt. Aufgrund der dortigen Hochwassersituation galt es, den Werderpark sowie die angrenzende Inselstraße zu evakuieren, da die Pegelstände aufgrund anhaltender Regenfälle im Weserbergland rapide anstiegen. Wegen der Überflutung waren Personen in einer Tiefgarage eingeschlossen. Zur Versorgung von Verletzten richtete der LEZ eine Verletztensammelstelle ein. Zusätzlich benötigte ein Imker Hilfe bei der Evakuierung seiner Bienenvölker. Die Einsatzkräfte erkundeten das Überschwemmungsgebiet zunächst mit einer Drohne und retteten die Verletzten. Gleichzeitig kümmerten sich einige Fachkräfte um die Unterstützung des Imkers. Am Nachmittag suchten die Kräfte ein vermisstes Boot mittels Sonar, bevor Einsatztaucher die Bergung vornahmen.

Das Szenario „Taucherische Bergung von Sachwerten und Evakuierung aus überflutetem Ausflugschiff ‚Triton‘“, beschäftigte den LEZ West. Während des Hochwassers war ein Segelboot gesunken. Zunächst sollten Taucher herausfinden, ob sich noch Personen an Bord befanden. Anschließend war das Segelboot zu heben und zu bergen. Zusätzlich überraschte Hochwasser das Ausflugschiff „Triton“ mit mehreren Menschen an Bord. Hier galt es zunächst, die Lage zu erkunden und zu beurteilen, ehe Verletzte (dargestellt durch Mimen) versorgt und Betroffene evakuiert werden konnten.

Der LEZ Ost befasste sich mit dem Szenario „Brennendes Fahrgastschiff“. Die Eckdaten: Löschen eines Brandes auf dem Fahrgastschiff „Karlshafen“. Maschinisten der Feuerwehr Hameln unterstützten die DLRG Einsatzkräfte, indem

sie Tragkraftspritzen auf den Katastrophenschutzbooten installierten.

Dazu mussten die zahlreichen Verletzten – versehen mit täuschend echt aussehenden Brandwunden – mit Motorrettungsbooten über den Wasserweg zu einer Verletztensammelstelle transportiert werden. Zudem hatten Einsatztaucher ein Leck im Bootsrumpf abzudichten. Hier stand auch der Fachzug Strömungsretter zur Seite, der sich von der Weserbrücke auf das havarierte Fahrgastschiff abseilte, um die Lage zu erkunden und bei der Versorgung und Evakuierung zu unterstützen.



Rettung eines Verletzten.
(Foto: DLRG)

Der LEZ Süd war beim Szenario »Deichverteidigung« im Einsatz. Aufgrund starker Regenfälle und dem Hochwasser durchweichte der Binnendeich. Die Einsatzkräfte schützten diesen vor dem Bruch, indem sie ihn einfoliierten und einen punktuellen Wasseraustritt durch den Bau einer sogenannten Quellkade stoppten. Schließlich evakuierten sie noch die betroffenen Personen.

Der Fachzug Strömungsrettung übernahm bei zwei weiteren Einsätzen. Zum einen war ein Schleusenmitarbeiter ins Becken gestürzt. Eine Rettung und Lageerkundung war nur mit Seiltechnik, der Transport nur mit Hilfe eines Rafts möglich. An anderer Stelle hatten sich zwei Personen vor dem Hochwasser auf eine Insel gerettet. Auch dort musste die Lage erkundet und die Personen per Raft gerettet werden.

Bereits nach den ersten Stunden der Katastrophenschutz-Großübung ließen sich erste Erkenntnisse für die weitere Arbeit der Landeseinsatzzüge festhalten. Landesverbandspräsident Dr. Oliver Liersch dankte allen Beteiligten bereits bei der Erkundung am Mittag: „Diese Übung wird ehrenamtlich gestemmt, eine großartige Leistung unserer Engagierten. Ihnen gebührt unser Dank – wie auch allen städtischen und kommunalen Beteiligten. Mit der Übung zeigen wir als DLRG Niedersachsen gleichzeitig: Auf uns ist im Einsatzfall Verlass.“

*Anna-Lena Kropp
DLRG Landesverband Niedersachsen*



Der DRK Unimog Ambulanz

Ein innovatives Einsatzfahrzeug für den gesundheitlichen Bevölkerungsschutz



Geländefahrt mit dem Unimog Ambulanz.
(Foto: DRK)

Komplexe Einsatzlagen, wie beispielsweise das Winterhochwasser 2023/2024, sind im Bevölkerungsschutz keine Ausnahmen mehr. Unter anderem tragen die Auswirkungen der Klimakrise zu einer Häufung, gesteigener Intensität und Unberechenbarkeit von Unwetter- und extremen Wetterereignissen bei. Diese ziehen erhebliche gesundheitliche Auswirkungen und andere schwerwiegenden Folgen für die Lebensgrundlage, die psychische Gesundheit und das psychosoziale Wohlbefinden von Betroffenen nach sich. In zukünftigen Einsatzszenarien im Bevölkerungsschutz ist mit einer erhöhten Anzahl pflegebedürftiger und vulnerabler Personen zu rechnen. Der demografische Wandel führt dazu, dass unter anderem immer mehr ältere Menschen auf Gesundheits- und Sozialfürsorgedienste angewiesen sind, die unter Umständen auf länger anhaltende Notlagen nicht genügend vorbereitet sind. Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie hat Lücken im deutschen Bevölkerungsschutzsystem offenbart. Auch Ereignisse außerhalb Deutschlands, wie beispielsweise die Ebola Epidemie von 2014 bis 2016, haben zu einer weiteren Sensibilisierung bezüglich möglicher Ausbruchsszenarien von Infektionen beigetragen. Die Folgen globalisierter Interdependenzen können besonders für die Gesundheits-

systeme und -versorgung Betroffener katastrophal sein. Zudem ergeben sich Anpassungsbedarfe aufgrund des sich ändernden sicherheitspolitischen Umfeldes bei zunehmenden Bedrohungs- und Störungspotentialen für kritische Infrastrukturen durch multiple Krisen, wie beispielsweise den bewaffneten Konflikt in der Ukraine.

Durch die aktuellen Herausforderungen sind die Anforderungen im Bereich des gesundheitlichen Bevölkerungsschutzes an Material, Einsatzmittel und Personal gestiegen. Das DRK begegnet diesen Herausforderungen mit holistischen und resilienten Ansätzen. Mit mehreren Mobilien Medizinischen Versorgungseinheiten (MMVe) hält der Bundesverband des DRK mobile Arztpraxen vor, die insbesondere bei Großschadenslagen und längerfristigen Krisen, aber auch bei Veranstaltungen und einem Spontanausfall von Gesundheitsinfrastruktur die ärztliche Versorgung der Bevölkerung sicherstellen können. Das Konzept der MMVe wird fortlaufend weiterentwickelt und Erfahrungen vergangener Einsätze, insbesondere im Rahmen der Bewältigung der Corona-Pandemie, der Einsätze nach den Unwettern 2021 und auch der Unterstützung in der Ukraine-Hilfe, fließen ein. Derzeit sieht das Konzept die Mehrrollenfähigkeit für die Fachbereiche allgemeine Medizin, Chirurgie, Gynäkologie, Geburtshilfe, Pädiatrie und Geriatrie vor, welches entsprechend des Einsatzszenarios und Bedarfs der Betroffenen vor Ort angepasst werden kann.

Die Fähigkeit der MMVe wird im Einsatz durch die Bereitstellung von hochgeländegängigen Krankentransportwagen unterstützt. Diese sind geeignet für den Transport von infektiösen Patientinnen und Patienten und mit einer Materialausstattung nach DIN EN 1789 C erweitert, welche speziell für den Einsatz im Zivilschutz entwickelt wurden. Es können entweder vier Personen sitzend, eine Person liegend, oder zwei Personen sitzend und zwei Personen liegend befördert werden. Die hochgeländegängigen Einsatzmittel auf Basis eines Unimog kommen zur Versorgung und Beförderung von verletzten und erkrankten Personen, insbesondere bei zerstörter Infrastruktur und bei Verdacht auf Infektionskrankheiten zum Einsatz. Zwei voneinander unabhängige

Überdruckbelüftungsanlagen und Filtersystemen (geeignet für biologische- und chemische Lagen, mit Nachrüstsatz), jeweils für den Fahrerraum und den Patientenraum, und damit einhergehender zeitweiser außenluftunabhängiger Belüftungsanlagen, ermöglichen den Einsatz insbesondere auch bei den vermehrt vorkommenden Waldbrandlagen. Die Fahrzeuge verfügen über eine Reifendruckregelanlage, die Möglichkeit der Eigensicherung und Bergfähigkeit durch eine Seilwinde sowie drei Anhängerkupplungen (Kugelkopf, Schleppkupplung und Maulkupplung). Ergänzt

wird das Einsatzmittel durch eine umfassende Sauerstoffversorgung für alle sitzenden und liegenden Personen. Zusatzausstattung für die Traumaversorgung, UV-Desinfektion und eine Isolationseinheit für den Transport von potenziell kontaminierten Betroffenen erweitern das Einsatzspektrum und garantieren einen bestmöglichen Schutz von Besatzung und Betroffenen. Durch einen kombinierten Einsatz von alleinstehenden Komponenten werden Synergieeffekte ermöglicht.



JOHANNITER
Aus Liebe zum Leben

Was wäre wenn?

Viele Katastrophen-Szenarien und eine Lösung: „Akkon“ Heidenau

Am Anfang fehlte nur der Platz für die Einheiten des Bevölkerungsschutzes. Die ehrenamtlichen Johanniterinnen und Johanniter im Regionalverband Dresden zogen sich bis 2019 in kalten Hallen um und hatten keine Duschen. Die Schulungsräume waren Bürocontainer, weit entfernt von der Fahrzeugflotte. Für die Autos standen kaum Garagen zur Verfügung.

„Das konnte so nicht bleiben“, erinnert sich der damalige Regional- und heutige Landesvorstand, Carsten Herde. „Und wenn wir schon bauen, dann sollten wir weiterdenken. Schnell war eine Arbeitsgruppe gebildet und dann begann das Grübeln. Intensiv nachgedacht haben wir, welche Szenarien die Zukunft wohl bringen könnte. Mit Hochwasser und Evakuierungen kannten wir uns schon aus. Wie aber können wir die Bevölkerung schützen bei Terrorlagen oder Blackouts und Großschadensereignissen. Die große Frage war: ‚Wie bleibt eine Hilfsorganisation arbeitsfähig?‘ Wir haben alle Varianten bedacht, allerdings ABC-Lagen ausgeschlossen. Das wäre für uns finanziell nicht machbar gewesen“, so Herde.

Die Arbeitsgruppe suchte sich auch externen Rat, sprach mit Experten der Bundeswehr, der Energie- und Wasserversor-

gung und des Landkreises. Das Ziel: Die Konzepte aller Beteiligten für den Ernstfall sollten zusammenpassen. Mit dem Maßnahme-Buch in der Tasche machte sich der Regionalverband auf die Suche, wollte ein Grundstück kaufen, um es zu bebauen. In Zeiten des Immobilienbooms kaum machbar. Ebenso schwer gestaltete sich die Suche nach einer geeigneten Bestandsimmobilie. Schließlich war es Zufall. Eine Mitarbeiterin entdeckte das Gebäude auf ihrer Pflgetour durch Heidenau. „Wir waren aber nicht die einzigen Interessenten“, erinnert sich Herde. „Schließlich gefiel dem Eigentümer unser Konzept für das Johanniter-Notfallzentrum, auch Bürgermeister und Landkreis waren begeistert.“

Viel zu teuer

„Alle waren mit großem Enthusiasmus dabei“, erinnert sich Denis Papperitz, damaliger Verwaltungsleiter, und gleichzeitig verantwortlich für das Projekt Katastrophenschutzzentrum Akkon. „Der Blick auf die Kosten für Investments und den späteren Betrieb trieb uns Sorgenfalten in die Gesichter. Wir mussten das anders angehen.“ Platz für die Einheiten des Bevölkerungsschutzes inklusive Rettungshundestaffel und Psychosoziale Notfallversorgung gab es im Überfluss.

„Es entstand ein Konzept, um weitere Dienste und Dienstleistungen der Johanniter im Akkon Heidenau zusammenzuführen“, resümiert der jetzige Regionalvorstand Papperitz. Die Architekten- und Ingenieurgesellschaft Zipp+Pöschl bestätigten: Ein Autohaus sei durch die Hallenbauweise mit großräumigen Grundrissen recht flexibel und leicht umbaubar. „Das Tragwerk war kaum unterteilt und passte gut zu den neuen Anforderungen. Was schon einmal für viele Fahrzeuge konzipiert war, passt auch gut zur Fahrzeugflotte der Johanniter. Nur beim Brandschutzkonzept mussten wir ein wenig tiefer nachdenken“, so die Architektin Silke Zipp.



Fahrzeughalle beim Umbau.
(Fotos: Johanniter / Martin Storch, Danilo Schulz, Sebastian Späthe)

Und so zogen in das ehemalige Autohaus der Fahrdienst, der Pflegedienst und der ambulante Hospizdienst ein. Zudem entstanden Schulungsräume für die Breitenausbildung und Fortbildungen.

Alle packen an

Was dann passierte war wie ein Gestaltungsrausch. Alle – egal ob haupt- oder ehrenamtliche Mitarbeitende – wuchsen über sich selbst hinaus. In nicht zählbaren Stunden entkernten sie das alte Autohaus, griffen den Baufirmen unter die Arme, malerten und richteten ein. Im Dezember 2018 wurde der Kaufvertrag unterschrieben und schon im März 2019 zog der Fahrdienst ein – mehr oder weniger in eine Baustelle. Die anderen Dienste und Dienstleistungen folgten nach nur wenigen Monaten.

Dynamische Weiterentwicklung

„Wir befinden uns in einem ständigen Prozess“, erklärt Christian Eckhardt, Zugführer im Bevölkerungsschutz. „Bei jedem Training, jedem neuen Szenario fallen uns Verbesserungsmöglichkeiten auf, die wir dann recht zügig umsetzen.“ Und Anlässe gab es schon sehr viele. Angedacht hatten die Johanniter das Akkon als Notunterkunft, Lage-, Krisen- und Informationszentrum. In den Corona-Tagen wurde es aber auch schon zum Testzentrum und Logistik-Hub für medizi-

nische Schutzausrüstung. Das Team der Psychosozialen Notfallversorgung hat hier eine ganze Schulklasse nach einem Unfall betreut. Zudem war das Gebäude Transit-Quartier für ukrainische Flüchtlinge und Logistiklager für Hilfstransporte in die Ukraine.

Der Stresstest

Im letzten August wurde das 2.270 Quadratmeter große Akkon einem Stresstest unterzogen. Wie lässt sich die Photovoltaik-Anlage mit 99,6 kW auf dem Dach nutzen, reichen das 165 kW Notstromaggregat, der Notbrunnen und die Abwasser-Zisterne, um mit bis zu 200 Evakuierungsgästen für ein paar Tage autark zu sein? Die Aufregung war groß, die Sorgen aber zum größten Teil unberechtigt. Die Lebensmittelvorräte waren richtig kalkuliert, die Küche lief unter Vollast. Routiniert entstand die Registratur im Foyer und in der Kraftfahrzeughalle die Notunterkunft. Auch waren die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer optimal auf die Aufgaben vorbereitet. „Wir waren positiv überrascht, wie glatt alles gelaufen ist“, freut sich Udo Hornhauer, Teamleiter Praxisanleiter und Ausbildungsbeauftragter im Hauptamt sowie Einheitsführer des Betreuungsplatzes 200 im Ehrenamt. „Lediglich das Duschwasser war etwas knapp und die Photovoltaik-Anlage war nicht mit dem Notstromaggregat kompatibel. Dort arbeiten wir gerade nach.“

Insgesamt lagert im Akkon ein Betreuungsplatz für 1.000 Leute. Dieser kann in öffentliche Strukturen wie Schulen oder Turnhallen eingebunden werden. Lediglich die Versorgungskomponente – also die Küche – muss extern gestellt werden.

Noch Wünsche offen

Wir haben in den vergangenen Jahren gemeinsam mit der Politik im Bevölkerungsschutz sehr viel erreicht und sind dafür äußerst dankbar. Jedoch war das Akkon als Katastrophenzentrum nur möglich, weil die Johanniter neue Wege gegangen sind und alle erdenklichen Synergien genutzt haben. Ohne unsere hauptamtlichen Dienste und Dienstleistungen im gleichen Haus, wäre das Projekt nicht finanzierbar gewesen. Das bedeutet aber auch: „Mit der momentanen Standard-Finanzierung im Freistaat Sachsen hätten wir Akkon nicht hinbekommen“, gibt Denis Papperitz zu bedenken. „Dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben, hat uns auch die Politik bestätigt“, freut sich Papperitz. Im kommenden Jahr werden wir auf dem 8.500 Quadratmeter großen Gelände die Erweiterung unseres Katastrophenschutzentrums in Angriff nehmen. Ein Neubau, finanziert mit 640.000 Euro aus Mitteln des Freistaates Sachsen. Und die Johanniter planen weiter in die Zukunft: Ein Notfallzentrum wird auch im Erzgebirge entstehen, der Bauantrag liegt den Behörden vor und zwei weitere Projekte sind in Leipzig und im Landkreis Meißen geplant.

Video: Akkon Heidenau im Stresstest





Malteser

...weil Nähe zählt.

Gleiche Rechte für alle Katastrophen-Helfer

Fast zwei Drittel der Menschen in Deutschland sprechen sich dafür aus, dass Ehrenamtliche im Katastrophenschutz bei nicht-öffentlichen Hilfsorganisationen die gleichen Rechte bekommen sollen wie Ehrenamtliche bei der Feuerwehr und dem Technischen Hilfswerk (THW). Das geht aus dem aktuellen Ehrenamtsmonitor im Auftrag der Malteser hervor.

Bislang haben oftmals nur Ehrenamtliche der Feuerwehr und des THW uneingeschränkt Anspruch darauf, bei einem Einsatz in der Gefahrenabwehr auch unterhalb der Katastrophenschwelle vom Arbeitgeber weiterbezahlt zu werden.



Malteser im Einsatz mit Feuerwehr und THW.
(Foto: Jannik Hoegener)

Sie sind das Rückgrat des Katastrophenschutzes in Deutschland: die Helfer, die gerufen werden, wenn die staatlichen Einsatzkräfte nicht mehr ausreichen. Ehrenamtliche, die die Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienste unterstützen. Doch helfen bedeutet in den Augen des Gesetzgebers nicht gleich helfen. Insbesondere, wenn es um die Absicherung der Einsatzkräfte geht, gibt es gravierende Unterschiede. „Während Ehrenamtliche bei den Feuerwehren oder dem THW im Einsatz Anspruch darauf haben, vom Arbeitgeber weiterbezahlt zu werden, trifft das oftmals auf die Ehrenamtlichen der nicht-staatlichen Hilfsorganisationen nicht zu“, erklärt Markus Bensmann, Leiter der Notfallvorsorge bei den Maltesern. Das gilt vor

allem bei Einsätzen, bei denen nicht der Katastrophenfall ausgerufen wurde. Zum Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember fordern Malteser, Johanniter, Arbeiter-Samariterbund, Deutsche Lebensrettungsgesellschaft und das Rote Kreuz deshalb gemeinsam dazu auf, diese und andere Nachteile zu korrigieren.

Das hält auch die Mehrheit der Bevölkerung für richtig: Im aktuellen Ehrenamtsmonitor, einer repräsentativen YouGov-Umfrage* der Malteser, sprechen sich 64 Prozent der Befragten dafür aus, dass alle Helfenden im Katastrophenschutz die gleichen Rechte bekommen sollten und niemand Nachteile im Arbeitsverhältnis und bei Sozialleistungen haben sollte.

Die Verantwortlichkeit für die Förderung des ehrenamtlichen Engagements, sehen knapp zwei Drittel (64 Prozent) der Befragten in der Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen.

Wie könnten mehr Bürgerinnen und Bürger für die Mitwirkung im Katastrophenschutz gewonnen werden? Auch hier nennen die Befragten zuerst Aspekte der Absicherung im Einsatzfall: 47 Prozent sagen, dass ein gleicher Versicherungsschutz (z. B. Invalidität, Rente etc.) für alle ehrenamtlichen Helfer gewährleistet werden sollte, und 46 Prozent sprechen sich für eine Lohnfortzahlung aus, wenn Ehrenamtliche von öffentlichen Stellen angefordert werden. 41 Prozent sind der Meinung, dass Ehrenamtlichen eine Aufwandsentschädigung gezahlt werden sollte, 39 Prozent sprechen sich für zusätzliche Mittel für Fort- und

* Die verwendeten Daten beruhen auf einer Online-Umfrage der YouGov Deutschland GmbH, an der 2058 Personen zwischen dem 31. Oktober und 2. November 2023 teilnahmen. Die Ergebnisse wurden gewichtet und sind repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren.

Weiterbildungen und die Erstattungen von Aufwendungen aus und 38 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Ehrenamtlichen durch steuerliche Anreize oder zusätzliche Rentenpunkte motiviert werden sollen.

Mehr Informationen zum aktuellen Ehrenamtsmonitor unter: www.malteser.de/ehrenamtsmonitor



THW ab Weihnachten vier Wochen lang im Hochwasser-Einsatz

Das Jahr 2023 ging für 325 Ortsverbände des Technischen Hilfswerks (THW) sehr einsatzreich zu Ende. Hochwasser und Überflutungen forderten bereits einige Tage vor Weihnachten und dann bis weit in den Januar hinein THW-Einsatzkräfte aus allen Landesverbänden. Rund vier Wochen lang waren mehr als 5.500 THW-Helferinnen und -Helfer im Einsatz. Insgesamt förderten die THW-Einsatzkräfte in dieser Zeit mit Hochleistungspumpen rund 5,4 Milliarden Liter Wasser, das entspricht dem Volumen von etwa 2.160 olympischen Schwimmbecken. „Die Leistung unserer ehrenamtlichen THW-Einsatzkräfte – besonders auch über die Feiertage – macht mich sehr stolz. Über Wochen waren unsere Expertinnen und Experten sowie die spezialisierten Fachgruppen und Trupps an den Deichen sowie in den überfluteten Gebieten mit ihrer Expertise gefragt“, berichtete THW-Präsidentin Sabine Lackner.

Sturmtief „Zoltan“ und die folgenden starken Regenfälle hatten im Dezember 2023 in vielen Regionen Deutschlands die Flüsse anschwellen lassen und die Deiche durchweicht. Ab dem 21. Dezember bekämpften THW-Einsatzkräfte über die Feiertage die Folgen des Sturms und der steigenden Wasserstände. Seite an Seite standen die THW-Helferinnen und -Helfer tagelang mit Einsatzkräften von Feuerwehren und Hilfsorganisationen sowie Spontanhelfenden an den Deichen und sicherten sie mit Sandsäcken. Alleine in einer Nacht füllten und transportierten sie im Landkreis Mansfeld-Südharz in Sachsen-Anhalt 100.000 Sandsäcke. Mit dieser Menge kann ein



An den Einsatzstellen im Bereich des Serengeti-Parks in Niedersachsen setzten THW-Fachgruppen Hochleistungspumpen ein, die zusammen pro Minute 109.000 Liter Wasser abbumpfen. (Quelle: THW)

Deich auf 1.800 Metern Länge um rund 50 Zentimeter erhöht werden.

1.400 THW-Einsatzkräfte am Tag

Während rund um Weihnachten der Einsatzschwerpunkt in Nordrhein-Westfalen lag, verlagerte sich das Einsatzgesche-

hen für das THW anschließend nach Niedersachsen. Im Januar waren THW-Einheiten dann auch in Sachsen-Anhalt stark gefragt. Insgesamt setzte das THW über einen Zeitraum von rund vier Wochen Einsatzkräfte aus 325 Ortsverbänden aus allen acht Landesverbände ein. Alleine am einsatzreichsten Tag waren im Dezember 1.400 THW-Helferinnen und -Helfer gleichzeitig im Einsatz. Mitte Januar waren in Sachsen-Anhalt noch täglich THW-Einsatzkräfte aus etwa fünf Ortsverbänden vor Ort tätig, um Wasser abzupumpen und die Wasserstände zu überwachen.

„Die lokalen Einsatzleitungen waren sehr dankbar für die Beratung durch die THW-Expertinnen und -Experten sowie die Spezialtechnik des THW. Denn an zahlreichen Einsatzstellen haben unsere Technischen Beraterinnen und Berater für Hochwasserschutz und Deichverteidigung ihr Fachwissen eingebracht, die Stabilität von Deichen bewertet und Schutzmaßnahmen vorgeschlagen. Zudem setzte das THW 62 mobile Hochwasserpegel ein, um frühzeitig zu erkennen, falls Wasserstände weiter steigen“, erläuterte Präsidentin Lackner.

In vielen überfluteten Gebieten, an Talsperren und Kiesgruben waren THW-Fachgruppen mit ihren Hochleistungspumpen gefragt. Insgesamt kamen 35 große Pumpen unterschiedlicher Typen zum Einsatz, die 5.000 Liter, 15.000 Liter oder 25.000 Liter pro Minute fördern können. Alleine an den Einsatzstellen im Bereich des Serengeti-Parks in Niedersachsen setzten THW-Fachgruppen Hochleistungspumpen ein, die zusammen pro Minute 109.000 Liter Wasser abpumpten. THW-Einsatzkräfte sorgten auch für Notstromversorgung und Notinstandsetzung, überwachten einsturzgefährdete Bauwerke und instabile Dämme mit dem Einsatzstellen-Sicherungssystem und stützten Gebäude mit dem Einsatz-Gerüst-System ab. Außerdem führten sie Logistik- sowie Transportaufgaben zu Lande und zu Wasser aus, richteten Fähren ein und entfernten Treibgut. Das „Virtual Operations Support Team“ (VOST) des THW wertete zahlreichen Daten aus, wie beispielsweise Bildmaterial von Drohnen und Satelliten oder die Messwerte von mobilen Hochwasserpegeln sowie stationären Pegeln, und stellte diese aufbereiteten Informationen lokalen Einsatzleitungen für die Einsatzplanung zur Verfügung.

Internationale Zusammenarbeit

Am 2. Januar 2024 trafen auf Bitten des Bundeslandes Niedersachsen französische Spezialkräfte in Deutschland ein, um in der niedersächsischen Hochwasserregion einen mobilen Deich zu errichten. THW-Einsatzkräfte übernahmen ab der Grenze die Versorgung des französischen Teams und begleiteten sie zur Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung in Ahrweiler, wo sie übernachteten. Am nächsten Tag fuhr die Kolonne weiter in den Landkreis Celle. Dort baute das Team des so genannten „Flood Containment“-Moduls in Thören einen 650 Meter langen Deich auf, der mit Wasser gefüllt wurde. Bis zur Rückkehr in ihre Heimat am 10. Januar betreute das THW die Einsatz-

kräfte des französischen Zivilschutzes. Unter anderem übersetzten THW-Einsatzkräfte für die Gäste und stellten Kontakte zu den örtlichen Führungsstellen her.

Aufgrund der starken Niederschläge kam es auch in den Niederlanden zu großflächigen Überschwemmungen. Sieben THW-Einsatzkräfte aus Nordrhein-Westfalen waren deshalb in der ersten Januarwoche 2024 im Nachbarland im Einsatz. Sie organisierten im Schichtbetrieb in Roermond einen Pendelverkehr mit Fahrzeugen und Booten, um Anwohnerinnen und Anwohner sicher zu ihren Häusern zu bringen.



Während des Hochwasser-Einsatzes waren vor allem die Spezialistinnen und Spezialisten des THW mit ihrer technischen Ausstattung gefragt. (Quelle: THW / Raphael Maus)

Neue leistungsfähige Technik

Durch größere Beschaffungsprogramme in den vergangenen Jahren war das THW in der Lage, seit dem Jahr 2019 mehr als 2.500 Einsatzfahrzeuge und neue Spezialgeräte in den Dienst zu stellen. Beispielsweise wurden mit Mitteln aus dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung für die Fachgruppen Räumen Radlader, Teleskoplader und Bagger angeschafft, die während des Hochwassereinsatzes wichtige Räum- und Transportarbeiten ausführen. Acht Fachgruppen Wasserschaden/Pumpen und das THW-Ausbildungszentrum Hoya stattete das THW in den vergangenen Jahren zudem mit neu entwickelten Hochleistungspumpen aus, die jeweils 25.000 Liter Wasser pro Minute fördern können. Bei der Beschaffung der neuen LKW mit Ladekran und Seilwinde für die Fachgruppen Wassergefahren hat das THW ebenfalls die Erfahrungen aus zahlreichen Hochwassereinsätzen sowie aus dem Einsatz nach Starkregen „Bernd“ berücksichtigt. 24 Fahrzeuge des geländegängigen Modells wurde im Jahr 2023 bereits ausgeliefert.

Eine multimediale Zusammenfassung des Hochwassereinsatzes des THW finden Sie im Internet:

<https://story.thw.de/Zoltan>

Die Gewinner des BBK Schülerzeitungswettbewerbs stehen fest!

Was mache ich, wenn es brennt? Wenn ein Hochwasser bevorsteht? Oder wenn der Strom für längere Zeit ausfällt? Unter dem Titel „Für alle Fälle vorbereitet – oder etwa nicht?“ rief das BBK im vergangenen Jahr Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen dazu auf, die Themen „Notfallvorsorge“ und „richtiges Verhalten in Notsituationen“ kreativ in ihrer Schülerzeitung aufzubereiten. Als Gewinn winkten unter anderem



Der erste Platz ging an die Schülerzeitung „FREE“ des Gymnasiums Hechingen (Quelle: BBK).

eine Campingausrüstung und befüllte Notfallrucksäcke. Viele Schulen sind diesem Aufruf gefolgt und haben spannende Beiträge eingereicht, die von einer Jury aus verschiedenen Fachbereichen des BBK bewertet wurden. Nun stehen die Gewinner fest!

Mit dem Beitrag „Blackout – Was tun, wenn es plötzlich dunkel wird?“ sicherte sich die Schülerzeitung „FREE“ des Gymnasiums Hechingen den ersten Platz. Die Zeitung „Echo“ des Gymnasiums Wertingen auf Platz 2 setzte sich in „7 Ways to be an expert in Notfallvorsorge“ mit sinnvoller Bevorratung und weiteren Vorsorgethemem auseinander. Die Schülerzeitung der sechsten Klassenstufe des Burg-Gymnasiums Wettin belegte den dritten Platz mit einem Video, in dem Interviews zu verschiedenen Selbstschutz-Themen geführt wurden.

Das BBK bedankt sich für vielen kreativen Einsendungen und wünscht den

Gewinnerinnen und Gewinnern viel Freude mit ihren Preisen.

Die zehn besten Beiträge wurden auf der Website des BBK veröffentlicht und können unter folgendem Link abgerufen werden:

www.bbk.bund.de/schulwettbewerb23

Blackout Havelland – Wie sich eine Kreisverwaltung auf einen Stromausfall vorbereitet

Ein Stromausfall über einen längeren Zeitraum ist auch in Deutschland möglich. Zum Beispiel gingen im Februar 2019 im Berliner Stadtteil Köpenick für fast zwei Tage die Lichter aus. Das Problem: Wir sind in allen Bereichen des Lebens so abhängig wie nie von der Versorgung mit elektrischer Energie.

Wie kann es da gelingen bei einem flächendeckenden Stromausfall

Verwaltungsstrukturen von Behörden aufrecht zu erhalten? Dieser Frage ist die Verwaltung im Landkreis Havelland im Detail nachgegangen und hat eine Kernprozessanalyse durchgeführt. Somit ließ sich beispielsweise ermitteln wie viele Prozesse zwingend aufrechterhalten werden müssen und wie viele Büroarbeitsplätze im Gegenzug mit Notstrom versorgt werden können. Lesen Sie den ganzen Bericht des Landkreis Havellands in der Online-Ausgabe der aktuellen Bevölkerungsschutz.

Hier geht es zur Online Ausgabe:

www.bbk.bund.de/magazin

Hier finden Sie eine Übersicht zu Notfallplanungen in Ländern und Kommunen:

Notfallplanungen in Ländern und Kommunen | www.bbk.bund.de/DE/Infothek/Fokusthemen/Im-Fokus-Stromausfall/im-fokus-stromausfall_node.html

IMPRESSUM

Herausgeber:

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK),
Provinzialstraße 93, 53127 Bonn
Postfach 1867, 53008 Bonn
redaktion@bbk.bund.de
<https://www.bbk.bund.de>

Redaktion:

Ursula Fuchs (Chefredakteurin),
Tel.: 022899-550-3600
Sebastian Heuft,
Tel.: 022899-550-3621
Petra Liemersdorf-Strunk,
Tel.: 022899-550-3613

Layout:

Petra Liemersdorf-Strunk
Sebastian Heuft

Bevölkerungsschutz erscheint vierteljährlich (März, Mai, August, November), Redaktionsschluss ist jeweils der erste Werktag des Vormonats.

Auflage:

30.000 Exemplare

Vertrieb und Versand:

Bevölkerungsschutz wird kostenfrei geliefert. Bestellungen und Adressänderungen bitte an: redaktion@bbk.bund.de

Druck und Herstellung:

BONIFATIUS Druck · Buch · Verlag
Karl Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn
Postf. 1280, 33042 Paderborn
Tel.: 05251-153-0
Fax: 05251-153-104

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird i. d. R. auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

Titelbild: © colinslight / pixabay.com

Heute: Aub – eine fränkische Kleinstadt als Denkmal der Haager Liste, Bayern



Die Kleinstadt Aub ist als Ensemble in die Bayerische Denkmalliste und zugleich auch in die Liste der „Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten“ von 1954 eingetragen. Sie ist damit eines von 151 der 879 bayerischen Ensembles, die diesen besonderen Schutz genießen.

Der Ort liegt im Ochsenfurter Gau, einer fruchtbaren Landschaft im südlichen Unterfranken. Eine ungewöhnliche topographische Lage zeichnet den Ort aus: er zieht sich den südlichen Talhang der Gollach, einem Nebenfluss der Tauber hinauf. So besitzt er eine eindrucksvolle Höhenstaffelung aus der Blickrichtung von Norden.

Keimzellen des Städtchens waren eine frühmittelalterliche ländliche Siedlung namens Lemmerheim, an die sich um 1000 eine Propstei des Würzburger Klosters St. Burkhard anlehnte. Ihren Namen „Unser Liebe Frauen in der Au“ übernahm die spätere Stadt. Eine wichtige Voraussetzung für deren Entstehen im späten Mittelalter waren zwei Altstraßen von Süden nach Norden (Augsburg-Würzburg) und von Osten nach Westen (Nürnberg-Frankfurt), die sich bei der Furt über die Gollach kreuzten. Hauptfunktion von Kleinstädten in dieser Zeit war jedoch die Sicherung und Verwaltung der sich herausbildenden landesherrschaftlichen Territorien. Im Fall von Aub war dies die Herrschaft der Hohenlohe, denen der Kaiser 1325 das Marktrecht verliehen haben soll. Für die Ausübung dieses Rechts bedurfte es eines Marktplatzes, der noch heute das Herz des Städtchens bildet. Tatsächlich sind bis heute Bauteile aus dem 14. Jahrhundert in Bauten am Marktplatz erhalten, so etwa im stattlichen Renaissancebau Marktplatz 19. Neben dem Handel waren die Herren der aufkeimenden Stadt auch um deren Schutz besorgt, weshalb sie in der Südwestecke am topographisch höchsten Punkt der Stadt eine Burg errichteten, das heutige Schloss, dessen Kernbau aus dem 15. Jahrhundert mit Mauerteilen aus dem 13. Jahrhundert erhalten ist. Der letzte Hohenloher Stadtherr stiftete 1355 das Spital an der Nordwestecke der Stadt, in typischer Weise am Fluss und damit an der tiefsten Stelle der Siedlung gelegen. Auch dieser Bau ist mit seinem Kern aus dem 14. Jahrhundert in der Form des Umbaus von 1595 unter dem Würzburger Bischof Julius Echter überliefert, dem später der größte Teil der Stadt gehörte. Er beherbergt heute das „Fränkische Spitalmuseum Aub“, das eindrucksvoll die Lebenswelt einer historischen Fürsorgeanstalt demonstriert. Ein weiterer Schritt zu dem, was eine mittelalterliche Stadt ausmacht, war das 1404 vom

König verliehene Privileg, den Ort zu befestigen. Die danach errichtete Stadtmauer ist fast vollständig erhalten, ebenso in weiten Teilen der vorgelagerte Graben, dazu noch 11 Mauertürme. Von den zwei Stadttoren steht nur noch das „Obere Tor“. Zeichen des bürgerschaftlichen Selbstverständnisses ist das spätgotische Rathaus von 1489 in der Mitte der Stadt. Neben der Vielzahl überlieferter historischer Bauten zeichnet die Stadt Aub eine gut erhaltene Stadtstruktur aus. Noch heute lassen sich die unterschiedlichen sozialen und



Der Marktplatz der Stadt Aub mit giebelständiger, teils noch in das späte Mittelalter zurückreichender Bebauung (Foto: Fotostudio Menth, Aub).

funktionalen Stadtviertel an der Bausubstanz und dem Straßenraum ablesen. Hier gibt es eine lebendige Bürgergesellschaft, die sich um die kulturellen Werte ihres Ortes kümmert, insbesondere auch um die Relikte des jüdischen Erbes. Derzeit unterstützt das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege die Stadt Aub im Rahmen eines Kommunalen Denkmalkonzepts, eine proaktive, partizipative und prozesshafte Form der Denkmalpflege, die es so innerhalb der Bundesrepublik nur in Bayern gibt.

Wie wichtig der Schutz historischen Kulturguts in bewaffneten Konflikten ist, zeigte sich in den letzten Tagen des 2. Weltkriegs, als sinnloser Widerstand der deutschen Truppen in Aub zu einigen Zerstörungen führte. Unter anderem brannte die Stadtpfarrkirche völlig aus.

*Prof. Dr. Thomas Gunzelmann,
Referatsleiter Denkmalforschung, Städtebauliches Erbe und
Welterbe (Bau), Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege*

Bevölkerungsschutz
ISSN: 0940-7154
Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe
Postfach 1867, 53008 Bonn

